Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



Einzelverkaufspreis: 1,50 DM incl. 6 % MWSt.

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 221 18. MÄRZ 1978 D 1870 CX

Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.00 Uhr

Kurzes von Seite 1 und 2: *Neues vom Tages-ID zum Russell-Tribunal / Berichtigung Alexander Schubarts / Juristische Selbsthilfe / Kongreß über Verkehrsplanung / Wer weiß was über Manöverschäden? / „Alternatives Wahlbündnis" / Ostern in Paris: Kongreß Freier Radios*

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr. 197
0221/420214

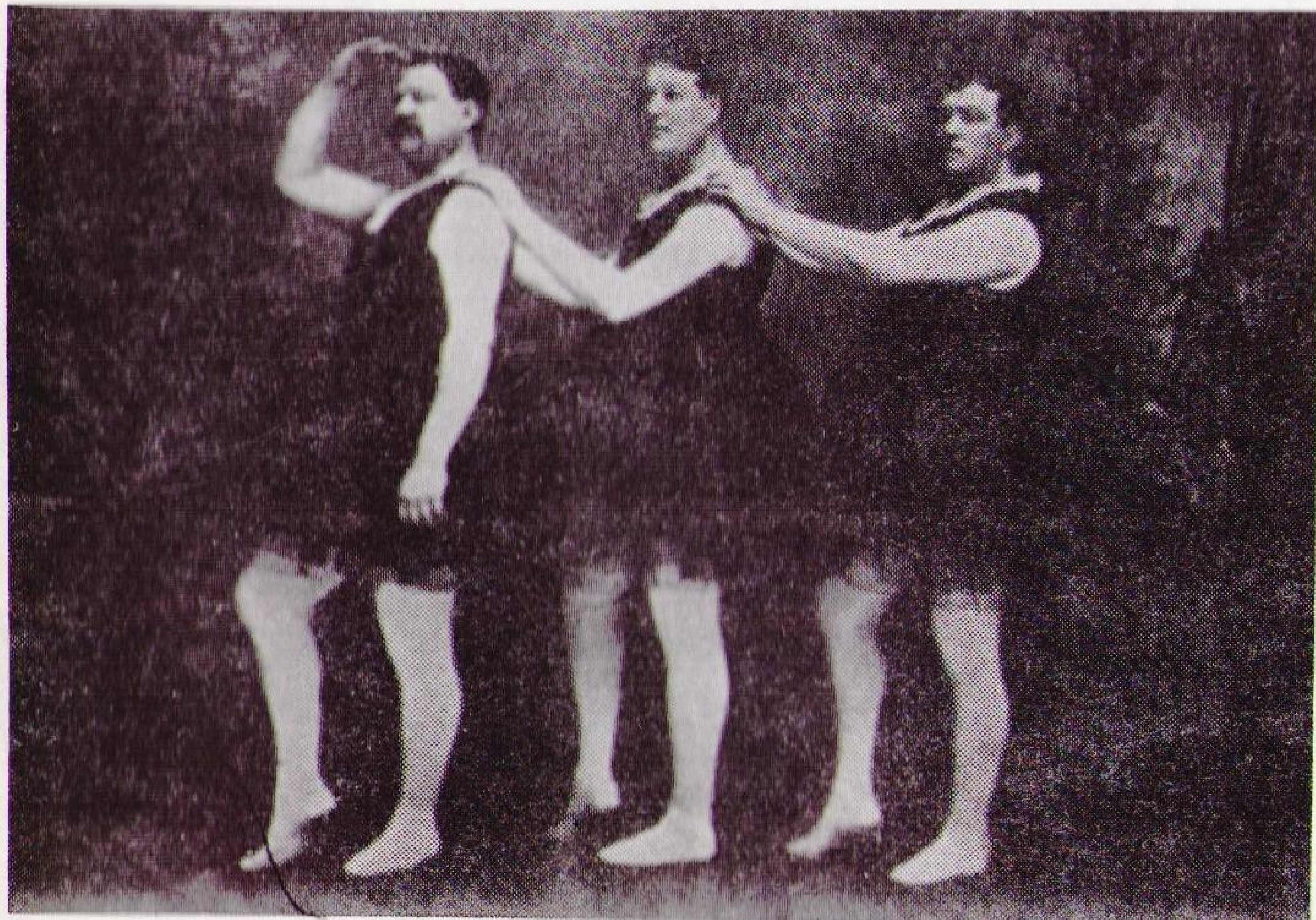
7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel. 089 / 280 95 22

eco libro
8004 zurich
engelstr. 62
tel. 01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/705772





FRIEDE DEN ROLLMÖPSEN
TOD DEN PROFITHAIEN
UND AALE FÜR ALLE ...

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je Heft. Mindestbetrag 18 dm für 12 Hefte (vierteljahr) auf
postscheckkonto
52 52 28 - 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)
bitte stichwörter angeben: „neuabo", „verlängerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adress. noch besser: die abonummer

Neues vom Tages–ID zum Russell–Tribunal (dazu ID 219 und 220)

Nach ca. 2000 Telefoneinheiten ergibt sich folgendes Bild: In 52 Städten haben sich Russell – Initiativen gemeldet, um an der Verteilung des ID und des Wandzeitungs-Plakats mitzuarbeiten.
Bei vielen Gesprächen hat sich herausgestellt, daß noch Unklarheiten über die Produkte bestehen. Zum einen wollen wir täglich eine 16–Seiten–Nummer des ID herstellen und unabhängig davon noch ein Wandzeitungs-Plakat, auf dem Kurzfassungen und Schwerpunktthemen auf die Straße bzw. unter die Leute gebracht werden sollen. Diese Plakate erscheinen auch täglich und sind kostenlos.
Um den Versand möglichst einfach zu gestalten, wird mit Ausnahme weniger Großstädte, nur eine Verteilerstelle beschickt. Gruppen oder auch Einzelne, die an der Verteilung mitarbeiten wollen, können sich bei diesen Kontaktstellen melden, ansonsten hier anrufe..

Für dieses Projekt haben wir ein Sonderkonto eröffnet:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Sonderkonto
Postscheckamt Frankfurt
Nr. 447 47–608

Alle Zahlungen, die den Russell–ID betreffen bitte auf dieses Konto. Die Preise des ID und besonders des Plakats sind politische Preise. Über Spenden sind wir froh.

Die Marburger Gruppe hat kurz dargestellt, was bei ihnen an diesen Tagen passieren soll:

Wir haben uns hier in der Iniative zusammengesetzt und überlegt, wie wir den Vertrieb des Tages–ID's und das Aushängen der Wandzeitung gestalten können. Uns war klar, daß wir nicht auf ein Vertriebsnetz zurückgreifen können, daß wir was alternatives machen müssen. Das Ganze wird losgehen vom Buchladen.
Wir haben dann gemerkt, daß es doch schon ein alternatives Vertriebsnetz gibt, und zwar die Marburger Stadtzeitung, wird hier an ca. 50 - 60 verschiedenen Plätzen verkauft; an Kiosken und alternativen Läden und daraufhin sind wir losgezogen und haben den Großteil dieser Läden, die die Stadtzeitung verkaufen, gefragt, ob sie bereit wären den ID zum Russell-Tribunal zu verkaufen.
Im Augenblick haben etwa zehn zugesagt. Wenn also jeden Morgen das Schnellpaket im Buchladen ankommt, setzt sich einer ins Auto und macht die Tour durch die Stadt, gibt zehn Exemplare ab, nimmt die Reste vom Vortag mit, bei zehn Läden sind das 100 Stück, im Buchladen können wir 50 ausliegen lassen und mit 50 machen wir noch einen Straßenverkauf durch die Altstadt und in der Mensa der Universität.

Bei der Wandzeitung haben wir überlegt, daß es ja nicht nur auf die Menge ankommt, sondern, daß wir zentrale Stellen haben müssen, die möglichst breit gestreut sind in der Stadt.
Wir haben alles, was uns eingefallen ist, gesammelt; das waren Läden, Kneipen, auch Parteibüros – hier würde evtl. auch die FDP mitmachen, bei anderen wären es die Jusos, evtl.
Mit den entsprechenden Leuten haben wir schon gesprochen, und vereinbart, daß wir morgens um zehn kommen und das neue Plakat aufhängen. Bei den Kneipen halt nachmittags, wenn sie aufmachen. Auf die Plakate kleben wir noch Zettel mit der Adresse der Verkaufsstellen, wo der Tages-ID zu kaufen ist, für diejenigen, die sich noch ausführlicher informieren wollen.
Damit über das Projekt möglichst viele Bescheid wissen, sei es zum Lesen oder Mitarbeiten, haben wir in der Stadtzeitung noch eien Hinweis eingerückt, was hier auf uns zukommt."

BERICHTIGUNG zur Meldung im ID Nr. 219

„Russell Tribunal und Sozialistisches Büro":
Nach Aussage von Alexander Schubart hat er weder an der Arbeitsgruppentagung des Sozialistischen Büros in Wuppertal teilgenommen noch die Erklärung des Erckenschwicker Kreises unterzeichnet.

Vielmehr ist er, im Gegensatz zu der in dieser Erklärung vertretenen Position der Meinung, daß Gewerkschaftsausschlüsse sehr wohl als Menschenrechtsverletzung anzusehen sind.

JURISTISCHE SELBSTHILFE

NÜRNBERG
13. März 78

Aus Nürnberg erhielten wir folgenden Brief:

"Wir in Nürnberg haben es satt, uns, wenn wir vor Gerichten stehen, noch zusätzlich von Rechtsanwälten ausbeuten zu lassen.
Wir haben einen eigenen Mund und sind auch nicht in der Lage, die Blutsauger zu bezahlen. Daher ergibt sich für uns die ökonomische wie auch politische Notwendigkeit, uns vor Gericht selbst zu verteidigen. Um das aber tun zu können und eine juristische Selbsthilfe aufzubauen, die auch in der Lage ist linke Ghetto zu verlassen, brauchen wir viele Informationen, Broschüren, einfach: Unterstützung (ein bißchen wissen wir auch selbst).
Welche Gruppen arbeiten auf diesem Gebiet? Vielleicht können wir uns mal treffen und Erfahrungen austauschen. Oder ihr könnt uns ein wenig 'auf die Sprünge helfen'.

Kontakt:
c/o Kollektiv Hornstraße 5, 85 Nürnberg

KONGRESS ÜBER VERKEHRSPLANUNG

BERLIN
13. März

Vom 21. April bis zum 23. April 1978 führen die Bürgerinitiativen aus dem Verkehrs- und Stadtplanungsbereich einen Kongreß über Fragen der Verkehrsplanung in Berlin durch. Eingeladen sind alle in der BRD aktiven Bürgerinitiativen, sowie namhafte BI's aus dem Ausland.
In der Einladung heißt es weiter:

„Eine der wichtigsten Fragestellungen auf dem Verkehrskongreß ist es, wie der Verkehr umweltverträglicher, sicherer, energiesparender, weniger stadt- und landzerstörerisch und letztlich kostensparender werden kann.

Schon das bloße Kennenlernen der unterschiedlichen Gruppen untereinander und der geplante Austausch von Arbeitsunterlagen sollen die Intitiativen in ihrer Arbeit bestärken. Die bereits jetzt vorliegenden 45 Anmeldungen aus dem ganzen Bundesgebiet sprechen für das Interesse an einer solchen überregionalen Zusammenarbeit.
Die Veranstalter bitten hiermit alle interessierten Bürgerinitiativen, Organisationen und Einzelpersonen um Mitarbeit. Da die Vorbereitung in Arbeitsgruppen zu verschiedenen Einzelthemen durchgeführt wird, bitten wir schon jetzt die Kongreßunterlagen unter der im Briefkopf angegebenen Adresse anzufordern."

Anmeldung ist erforderlich! Weitere Informationen über:

Bürgerinitiative Westtangente e.V. Berlin, Cheruskerstr. 10, 1 Berlin 62.
Michael Höppner, Kongreßbereich 3 – Öffentlichkeitsarbeit, Tel. 030/7815705

WER WEISS WAS ÜBER MANÖVERSCHÄDEN?

FRANKFURT
13. März 78

Die Nato-Pakt-Staaten haben die Absicht, in Puerto Rico im Mai 1978 ein Manöver durchzuführen. Dem soll in Puerto Rico Widerstand entgegengesetzt werden. Der Generalsekretär der sozialistischen Partei Puerto Ricos, Juan Mari Bras, hat gebeten, Informationsmaterial über Schäden, die bei Manövern der Nato-Pakt-Staaten entstanden sind, an die angegebene Kontaktadresse zu senden. In einem Brief der amerikanischen Zeitung 'Military Law Reporter' heißt es:

"Dieses Manöver erschien uns von großer Bedeutung, da es in einem Gebiet durchgeführt werden wird, das von den Vereinten Nationen als Kolonie definiert ist und in dem es eine bedeutende Befreiungsbewegung gibt. Es ist, als ob die Nato-Pakt-Staaten vor ein paar Jahren entschieden hätten, ein Manöver in Angola abzuhalten, oder in Nord-Irland."

Material an:

Military Law Reporter, c/o Bill Schaap, Dupont Circle Building, Suite 610, 1346 Connecticut Avenue, N.W., Washington D.C. 20036

"ALTERNATIVES WAHLBÜNDNIS"

HAMBURG
13. März

Am 4. Juni 1978 finden in Hamburg Bürgerschaftswahlen statt. Dazu hat sich ein "alternatives Wahlbündnis" gebildet. Die Aktionseinheit Hamburger Frauengruppen (Frauen AE) beteiligt sich daran. Ihre Forderungen (zur Ausbildung, Kinder, Arbeit, Arbeitslosigkeit, Mutterschutz, § 218, Frauenhäuser und Rente) haben sie in einem kleinen Programm zusammengestellt, das zu beziehen ist über:

Petra Nootz, Bernstoffstr. 151, 2 Hamburg 50

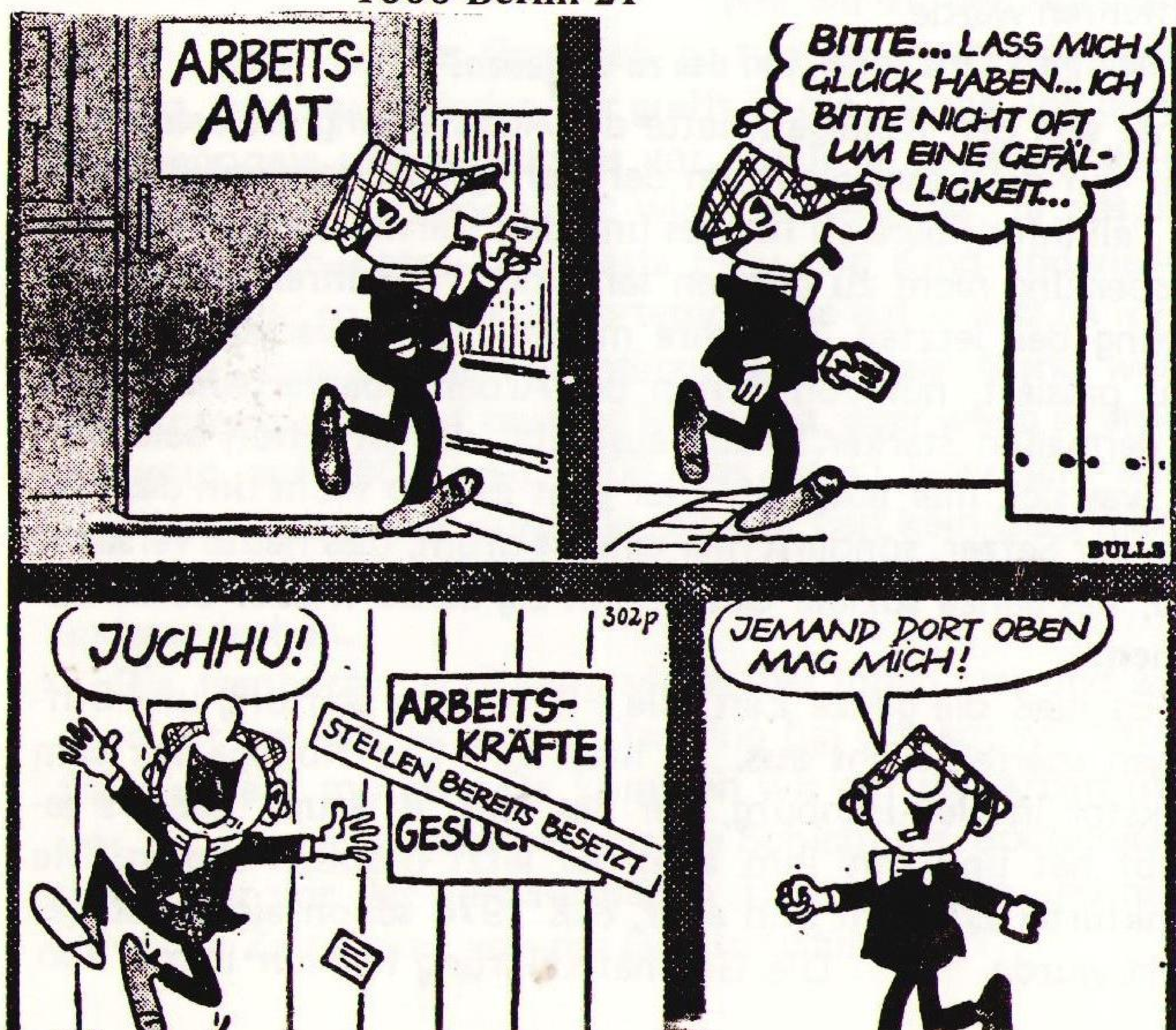
OSTERN IN PARIS: KONGRESS DER FREIEN RADIOS

PARIS/BERLIN
15.März

ALFREDO 78 ist die Parole aller Wellenreiter und -reiterinnen. Aus ganz Europa versammeln sich Leute aus den Freien Radios (ALICE u.a.) über Ostern in Paris. Am 25./26./27. März soll debattiert und kommuniziert werden. Das große Fest am 26.März wird life übertragen.

Kontakt in Paris: **Cinel 53 bis,rue de la Roquette, 750011 Paris, Tel.8058264 (tägl.19-20.oo)**

Kontakt in Berlin: **Uli Pfeffer, Elberfelderstr. 12, 1000 Berlin 21**



"WIR MACHEN JA OBJEKTSCHUTZ, ZUR SICHERUNG DER ARBEITSPLÄTZE."

FRANKFURT/NEU-ISENBURG,
16.März

Betriebsbesetzung bei der Rundschau

Für Dienstag, den 14. März war von den Unternehmerverbänden in der Druckindustrie die bundesweite Aussperrung befohlen. Diesmal beteiligten sich auch kleinere Firmen und nur ein paar größere Verlagshäuser wollten nicht so recht mitziehen. Darunter auch die Frankfurter Rundschau, die verkünden ließ, daß sie sich nicht zur Aussperrung entschließen könne, aber aus "Solidarität" mit den Verlagsherren keine Zeitung erscheinen sollte, Dieses Spiel war den Abonnenten und Straßenverkäufern schon zum dritten Mal vorgespielt worden, immer mit dem entsprechenden Kästchen und "Lieber Leser" angekündigt oder nachträglich entschuldigt. Dem Lieben Leser fiel es durchweg einigermaßen schwer, zu verstehen, was er mit Wettbewerbsverzerrungen und der Solidarität zu Arbeitgebern zu tun hatte, warum es keine Zeitungen gab, obwohl nicht gestreikt wurde. Immerhin: keiner erwartete, daß "seine liberale Rundschau" aussperren könne.

Am Mittwochmorgen dann in den Schaukästen des Rundschau-Hauses ein "EXTRABLATT", das anzeigte, daß eben doch ausgesperrt wurde. Erst beim zweiten Hinsehen dann der kleiner gedruckte Satz, daß da jemand sei, der sich das nicht gefallen lasse. Der Betrieb ist besetzt!

Extrablatt

Im Betriebsratsbüro im vierten Stock läuft seit zehn Uhr morgens die Medienmaschine heiß, der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates, H. G. Fritz, wird kaum mit seiner Ein-Mann-Rolle fertig, Telefonhörer von allen Seiten, der Hessische Rundfunk vorne und das ZDF hinten und er sagt immer wieder: "Ja, eine Besetzung, so können Sie das nennen." Die Damen und Herren von der nicht ausgesperrten Presse können es sich kaum vorstellen, finden dann aber doch sofort zur gewohnten Routine.

H. G. Fritz für die Presse: "Wir haben also, als diese Aussperrungsverfügung bekannt wurde, hier im Frankfurter Werk sofort den Spätdienst, der gegen Mitternacht beendet sein würde, gebeten, daß ein paar freundliche Kollegen bereit sein würden. die nicht vorhandene Nachtschicht zu überbrücken und den Anschluß an den Frühdienst zu schaffen; und im Übrigen weitere Kollegen, die Frühdienst hatten, der um 8 begonnen hätte, gebeten, um 5 Uhr zu kommen. Bevor die Tore geschlossen wurden (die Aussperrungsverfügung galt für Mittwochmorgen, 6 Uhr) hatten wir entscheidende Teile unserer technischen Belegschaft im Haus. Wir haben in der Zeit heute Nacht dann auch den Text der Aussperrungsverfügung genommen und haben sie kommentiert und ein EXTRABLATT der ausgesperrten Belegschaft produziert. Das wurde nur von Setzern und Korrektoren gemacht.

Wir würden auch, wenn sich entsprechende Redakteure bereit finden würden, auch uns entschließen, eine, oder die Rundschau in eigener Produktion zu machen, ohne nach der Geschäftsleitung zu fragen."

Im Büro nebenan sitzen Vertrauensleute, Setzer, Korrektoren, Metteure, alle aus der technischen Zeitungsherstellung zusammen und besprechen den weiteren Verlauf der Besetzung, teilen die bisherigen zwei Schichten in drei auf, damit nicht zwischen den Schichten kurzerhand abgeschlossen werden kann. Eine Nachtschicht gab es bis dahin bei der Rundschau noch nicht.

Ein Kollege erzählt: "Gestern am späten Abend, kurz nach 8 wurden der erste und der zweite Betriebsratsvorsitzende, die sind hochbestellt worden, denen haben sie das gesagt. Daraufhin sind die Kollegen runter und haben das dann der Mannschaft, die noch da war, erklärt, und die Kollegen haben dann



gesagt, so lassen wir uns doch nicht rausschmeißen, wir machen was. Und dann kam die Idee mit dem EXTRABLATT, und das wurde dann im Laufe der Nacht produziert, unter miesen Verhältnissen, weil wir in Frankfurt im Betrieb keine Druckmöglichkeit haben, da ist nur ein Abzugsapparat für Handbetrieb."

Jetzt ist es wichtig, daß rund um die Uhr jemand im Betrieb ist, meint einer: "Es sollen mehr Leute nachts da sein, guck mal, jetzt am Tag machen die net dicht, nur nachts, wenn die ganzen Angestellten draußen sind, das Vorderhaus leer ist, dann fangen die an. Und dann werden wir Muffe kriegen, ist doch klar, dann sind nur noch die Arbeiter hier. Da werden se dann was versuchen."

Und wenn die die Polizei holen?

"Nein, es ist folgendermaßen gewesen: es wurde ausdrücklich gesagt, daß die Polizei aus dem Spiel bleiben soll." Die meisten der Vertrauensleute halten es für ausgeschlossen, einfach undenkbar, daß die Geschäftsführung der Rundschau die Polizei ruft, aufs Hausrecht pocht und sich einfach nicht um die Hessische Verfassung kümmert (Hess. Verfassung, Artikel 29 – Die Aussperrung ist rechtswidrig). Aber, nicht die Geschäftsführung hat gesagt, daß die Polizei aus dem Spiel bleibt, sondern der Kollege Fritz vom Betriebsrat: "Er hat sich also mit der Polizei unterhalten, mit der entsprechenden Leitung, er hat es auch in Wiesbaden probiert, und hier wurde von Seiten der Polizei dann gesagt: sie halten sich zurück, denn die Geschäftsführung muß ja den Antrag stellen, auf Hausfriedensbruch. Müßte also dann die Geschäftsführung hingehen und durch Richterbeschluß feststellen lassen, daß der Hausfriedensbruch höher bewertet wird als die Hessische Verfassung."

Ein Betriebsrat aus dem Neu-Isenburger Werk der Rundschau, wo hauptsächlich Drucker arbeiten, wo keine Betriebsbesetzung stattgefunden hat, ist da nicht so sicher. "Vielleicht würden sie doch die Polizei holen, ich kann nur sagen – wie mit der Aussperrung. Wenn ich gestern gefragt worden wäre, kann ich nur sagen, ob wir ausgesperrt würden, ich glaube nein – aber vielleicht würden sies doch tun." Auch die Polizei ist immer als Drohung im Hintergrund, wenn sie heute nicht kommt, dann vielleicht morgen.

Im Frankfurter Büro ist die Stimmung besser als im Isenburger Streiklokal. Erstmal ist der Betrieb besetzt und so schnell sind die Kollegen da nicht wieder rauszubringen. "Vielleicht," meint einer lachend, "haben wir das Glück bei unserer sozial eingestellten Geschäftsführung, daß uns dann noch nachts die Getränke und das Essen gestellt werden, wir machen ja Objektschutz. Zur Sicherung der Arbeitsplätze." Als am Morgen um 6 Uhr das Tor unten dicht gemacht werden sollte, "ja, sollte zugemacht werden nich, versuchsweise", da haben ein paar Kollegen das verhindert "die haben dann anscheinend später von der Geschäftsleitung überlegt, daß das noch viel Ärger gibt, wenn man das Hausverbot für die gesamte technische Belegschaft durchführen würde."

"Erst mehrmals Luft holen, um das zu verdauen."

Keiner von den Kollegen hatte die Aussperrung erwartet, alle, nicht nur die Leser glaubten der Verlagsleitung wenigstens einen Teil ihres liberalen Images und den Versicherungen, daß an Aussperrung nicht zu denken sei. Und, "von ihrer ganzen Einstellung der letzten 30 Jahre mußte man erwarten, daß das nicht passiert, nur von Seiten des Arbeitgeberverbandes wird ein dermaßen starker Druck ausgeübt, das ist schon bald Terror, was sich hier abspielt. Hier geht es also nicht um das Problem der Setzer, sondern hier geht es drum, daß heute versucht wird, das ganze soziale Gefüge um zig Jahre wieder zurückzudrehen."

"Es hieß die ganze Zeit, die FR ist eine Stiftung und Stiftungen sperren nicht aus. Es hieß so." Der Kollege vor dem Werkstor in Neu-Isenburg, der das sagt, ist sauer, daß ers geglaubt hat und mit ihm alle, die jetzt draußen stehen. Die Frankfurter erinnern sich aber, daß 1976 schon einmal ausgesperrt wurde. Die Geschäftsführung hat nur immer von

einem auf den anderen Tag gesagt, was Sache war, aber daß sie nicht aussperren, haben sie nie gesagt." Die hat Angst gehabt einerseits vor der Belegschaft, auszusperren, andererseits vorm Verlegerverband, eine Zeitung herauszubringen, deshalb hat man uns schaffen lassen und verboten, eine Zeitungs herauszubringen, dreimal. Heute ist es dann soweit. Solidarität mit den anderen Verlegern, oder wie die das nennen."

Ein Frankfurter Kollege erinnert sich an früher: "Also, ich glaub', wenn man die Zeit ein paar Jahre zurückschrauben könnte: unser ehemaliger Chef, Karl Gerold (der Stifter), hab ihn selig, wenn der noch leben würde, dann wäre dieser Eklat heute nicht passiert, bin ich überzeugt von, eher hätte der sich aus dem Verband rausschmeißen lassen oder sonst was, aber das hier hätte der nicht gemacht." – "Gestern abend, als ich den Anruf bekam um 10 Uhr, hier sei ausgesperrt, mußte ich mehrmals Luft holen, um das zu verdauen."

In Frankfurt "halt ne knallharte Mannschaft"

Und Neu-Isenburg. Da sei die übliche Situation, sagte der Betriebsratsvorsitzende, so richtig mit Streikposten vor den Toren und Streiklokal, richtig ausgesperrt, "die können nicht rein." Setzer gibt es hier kaum, nur im Vorderhaus "ganz vorne in der ersten Etage Setzer, sonst sind hier keine Setzer, aber das ist jetzt auch egal, ausgesperrt sind alle. Und wir können uns doch denken, daß es mit den Druckern bald genauso lang geht, wie jetzt mit den Setzern, unterm selben Prinzip, das sowas abläuft: daß man dann wenige Leute braucht und alles mit EDV gemacht werden soll."

Und die Leute außenherum, die wissen nicht einmal, worum es jetzt geht." Ich merke das so", erklärt einer: "Ich bin zum Beispiel heut morgen gefragt worden, ja wollt ihr schon wieder mehr Geld, die Leut wissen überhaupt nicht, daß es hier um Arbeitsplätze geht." Vor allem die Setzer schimpfen gegen die Presse, die sie als Großverdiener hingestellt hat, und über den Neid der Kollegen aus den anderen Branchen.. "Da gibt es welche, die sagen: Guck mal die Faulenzer, der streikt – tun wir ja gar nicht, aber die sagen das, und daß wir lieber arbeiten sollten, aber sag mir mal wie. Und der das sagt, verdienst auch noch weniger, nur daß der Sonntag für Sonntag zu Hause ist – wir hier haben Schichtarbeit. Für die Familie bringt das nur Nachteile, was noch nicht ist, geht noch kaputt. Jetzt das Aussperrungsgeld (zwischen 50 und 70 Mark am Tag, je nach Beitragshöhe und Eintrag im Gewerkschaftsbuch) – damit geht alles an Zuschlägen weg, dafür arbeite ich jetzt keine Schicht und muß also sagen, daß das auch mal sehr angenehm ist. Denn da stellt man fest, durch die Überstunden, daß halt die normale Arbeitszeit reicht, gerade in der Schicht, denn was darüberhinausgeht, geht an die Substanz. Und das stellen auch jüngere fest."

"Hier, der hat gefragt, wie wir zu der Aussperrung stehen."

"Wie wir zu der Aussperrung stehen? Also was das finanziell zu tun hat: wenn du verheiratet bist, hast zwei Kinder," er greift in die Tasche und holt sein Portemonnaie und streckt es vor, "gell ja, ja genau, da haste nämlich ein Portemonnaie wie Zwiebelleder, ja des is so, wenn du verheiratet bist, haste Frau und Kind und vielleicht ein Auto und so, machstes Portemonnaie auf – und da is Ruh. Und die Aussperrungsunterstützung, die paar Mark, was soll das, kommt einer auf tausend Mark mit, aber wenn er arbeitet, so netto auf 1600 oder 1700, das merkt jeder sehr schnell. "Und das halten wir durch, ja, bis wer halt kein Geld mehr haben, nehm ich an, müß mer einbrechen gehen oder was." Die anderen lachen.

Die Isenburger erzählen, wie es bei ihnen war und warum sie nicht im Betrieb sind: "Das ging bei uns so: wir hatten ja frei bis heut morgen. Da kommen wir auf die Arbeit und da war zu. Zwei Uhr geht bei uns die Schicht los, Spätschicht, da waren wir vor der verschlossenen Tür gestanden und nur der dämliche Zettel dran von der Geschäftsführung."

Der Isenburger Betriebsrat erklärt dann im Streiklokal die Zusammenhänge: "Ja also, in dem Frankfurter Werk ist da eine viel bessere Zusammensetzung, viel viel einfacher wie hier bei uns, da existiert eine geschlossene Mannschaft, das sind alles Kollegen, die schon viele Jahre im Werk sind, da gibt es halt 'ne knallharte Mannschaft. Bei uns hier sind wir völlig zusammengewürfelt, viele Abteilungen und seit etwa Januar hatten wir so einhundertfünfzig Neueinstellungen, also das heißt Leute, die man erst in das bestehende Gerippe des Werks Neu–Isenburg einfügen muß.

Ich hatte mich gestern mit dem Kollegen Fritz abgesprochen, daß wir also in Isenburg es erst einmal so laufen lassen. Darüber gabs heut morgen am Tor noch Meinungsverschiedenheiten, und da war es dann auch sehr kompliziert, z.B. den Ausländern den Unterschied zw. Streik und Aussperrung zu erklären." Eine Besetzung wurde in Isenburg garnicht erst versucht, die Angst um einen Mißerfolg und die ohnehin schon sehr schwache Spätschicht führten mit dazu, daß im Werk 2 der Rundschau die Kollegen wirklich vor der Tür stehen. Von der mangelnden Solidarität zwischen Setzern und Druckern sprechen jetzt nur noch die Betriebsräte, zwar sind nur die Setzer jetzt gerade direkt betroffen, aber von dem was am Anfang immer gesagt wurde "Das ist doch das Bier der Setzer" ist nichts mehr zu hören. In Isenburg ist die Stimmung schlechter als in Frankfurt und die Wut größer, auch darüber, daß jetzt die Druckmöglichkeiten für die Frankfurter Redakteure und Setzer, die eine eigene Notzeitung machen, flöten sind und die Notzeitung auswärts gedruckt werden muß.

UND DIE SOLIDARITÄT

"Ja die Solidarität, die wir uns natürlich wünschen, wäre das: Daß in zahlreichen Betrieben der Bundesrepublik Warnstreiks zunächst erstmal zur Unterstützung der Kampfes oder wollen wir mal sagen, als sichtbarer Protest gegen die brutale Aussperrungsmaßnahmen der Unternehmer durchgeführt werden. Proteststreiks zunächst als sichtbares Zeichen für die Öffentlichkeit und dann natürlich die finanzielle Unterstützung, daß wir diesmal wirklich einen längeren Atem haben als 76."

„UNHEIMLICH GEMISCHT"

Eine Kollegin aus der Rundschau berichtet, wie sie die neue Situation erlebt:(Stand: Donnerstagmittag, 16.3.):

„Im Moment ist es so, daß noch weiter Leute in der Technik sind; die Technik besetzt halten - nach offiziellem Sprachgebrauch ‚ihre Arbeitskraft anbieten'. In der Redaktion kommen die Leute morgens zur Konferenz, spätestens um eins sind sie alle wieder zuhause und machen sich halt einen schönen Tag. Einige engagierte Leute machen bei der Notzeitung der Gewerkschaft mit.

Gestern (Mittwoch, 15.3.) hats fast nochmal Schwierigkeiten gegeben. Die ausgesperrten Setzer und Metteure, die aber im Haus waren, weil sie nachts gleich dageblieben sind oder gestern morgen vor sechs (ab sechs war Aussperrung) gekommen sind - da müssen unheimlich viele Leute vor sechs gekommen sein - die sollten angeblich nicht in die Kantine dürfen. Da gabs dann einen kurzen aber lauten Wortwechsel und dann hat sich keiner getraut, auch die Geschäftsleitung nicht, irgendwas dagegen zu sagen.

In der Kantine sind unheimlich viele Leute, viel mehr als sonst. Es ist eine irre gute Stimmung. In jeder Kantine sitzen sonst immer nur ganz bestimmte Gruppen am Tisch, die, die über politische Kontakte oder sonstwie halt zusammenhängen, und da auch nur: die aus der Anzeigenabteilung, aus dem Vertrieb, aus der Technik, aus der Redaktion. Und jetzt plötzlich ist es unheimlich gemischt und es war unheimlich laut gestern in der Kantine, es ist viel diskutiert worden - war schon eine ganz gute Stimmung.

DIE ZEITUNG DER BESETZER

Die erste reguläre Rundschau könne erst wieder am Dienstag, 21. März erscheinen, meinten die Kollegen, da schon am Donnerstag Anzeigenschluß für die Samstagausgabe gewesen sei und auch für die Montagzeitung wäre es schon zu spät.

Über die Notzeitung der Belegschaft unter der presserechtlichen Verantwortung des Betriebsrates ist auch am Donnerstag wieder diskutiert worden, und das ist zunächst wie am Mittwoch gescheitert. Am Mittwoch geschah dies, „weil die Redaktionsleitung sehr schnell davon Wind bekam und sofort darauf hingewiesen hat, daß, wenn die Leute sowas unter dem Namen oder dem Kopf der Frankfurter Rundschau machen, sie Schwierigkeiten wegen urheber- und namensrechtlicher Geschichten bekämen; daraufhin hat man sich gestern erst mal einschüchtern lassen''. Aber spätestens am Freitagmittag soll die Notzeitung da sein — eine richtige Zeitung, sagte der Betriebsrat, mit allem Drum und Dran, kein Gewerkschaftsblatt. Es sollen vier Seiten werden im kleineren norddeutschen Format, gemacht von Redakteuren, Setzern und Korrektoren der Rundschau, aber außer Haus gedruckt, denn „die Geschäftsführung hat uns schon in der Nacht den Strom abgedreht, den Starkstrom für die Maschinen, das Licht brennt noch''.

Kontakt: Betriebsrat Frankfurt 0611/2199401, Streiklokal Kern Neu—Isenburg 06102/27761 (Dornhofstr. 32)

VERFASSUNGSBRECHER

Nachstehende Frankfuter Druckunternehmer sind dem Aussperrungsdiktat ihrer Zentrale gefolgt und haben ausgesperrt. Damit begehen sie Verfassungsbruch.

Frankfurter Societäts-Druckerei (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Neue Presse, Abendpost Nachtausgabe und Bild-Zeitung) Frankenallee 71-81, 6000 Frankfurt am Main
Johannes Weisbecker, Voltastraße 77, 6000 Frankfurt am Main
K. G. Lohse, Am Industriehof 7-9, 6000 Frankfurt am Main
Firma Stritzinger, Benzstraße 7, 6072 Dreieich
Keim-Klischee, Fahrgasse 19, 6070 Langen
Klischee-Lang, Frankenallee 79-81, 6000 Frankfurt am Main
Typo-Studio Knauer, Schleusenstraße, 6000 Frankfurt am Main
Gebrüder Vogel, Hugenottenalle 171, 6078 Neu-Isenburg
Wittemann & Küppers, Speicherstraße 11, 6000 Frankfurt am Main
Brönners Druckerei, Stuttgarterstraße 18-24, 6000 Frankfurt am Main
Brücken-Klischee, Eysseneckstraße 10, 6000 Frankfurt am Main
Paja-Klischee, Darmstädter Landstr. 182-184, 6000 Frankfurt am Main
Kelp-Druck, Hainer Weg 46, 6000 Frankfurt am Main
Schaufler, Hanauer Landstraße 114, 6000 Frankfurt am Main
Adelmann, Eschersheimer Landstr. 26 6000 Frankfurt am Main
Frankfurter Rundschau, Große Eschenheimerstr. 16, 6000 Frankfurt 1

aus: Info der Industriegewerkschaft Druck und Papier, 14./15. März 1978

NOTZEITUNG - WARUM ?

WIESBADEN 12. März — Am 5. März wurden die Setzer und Drucker des „Wiesbadener Kuriers'' ausgesperrt, am 6. waren sie die Verlierer einer mündlichen Verhandlung vor dem Arbeitsgericht. Die einstweilige Verfügung gegen die Aussperrung wurde aufgehoben, bevor sie eingesetzt war (siehe ID 220). Aber die ausgesperrten Kollegen wollten trotzdem eine Zeitung: sie machten eine Notzeitung der Ausgesperrten. In Nr. 2 erklärten sie , warum:

„Lieber Leser. Ungewöhnlich werden Sie vielleicht sagen, daß Arbeitnehmer auf eigene Kosten und ohne die sonst verfügbare Technik schreiben, setzen und drucken. Wir wollten am Sonntag arbeiten, um Ihnen die gewohnte Lektüre zu sichern, wir wollen auch weiter verhandeln, wir sind keine ‚Scharfmacher', wir sorgen uns um die Sicherheit der Arbeitsplätze und um die Pressefreiheit, die von Unternehmern bedroht werden. Darum haben wir diese Notzeitung hergestellt. Unsere Arbeit macht uns Spaß, wir sind gern Setzer, Journalisten, Drucker und Reprofotografen. Um sie zu informieren - uns ist es im Gegensatz zu den Verlegern ernst mit Ihrem Anspruch auf Information - haben wir Geld ausgegeben und ohne Lohn gearbeitet. Belegschaftsangehörige der Wiesbadener Zeitungen.''

NOTZEITUNG für WIESBADEN

Nr. 2 — Herausgegeben von den ausgesperrten Kollegen

Aussperrung — und kein Ende

Unternehmer wollen unsere Arbeitsplätze zu Grabe tragen

Notzeitung - warum?

Börner: Aussperrungsverbot gilt!

Innenminister Gries billigt die Aussperrung

Arbeitsgericht hebt einstweilige Verfügung auf

Aufsichtsratswahl bei Opel

Treue Mieter nicht „herausmodernisiert"

Vier Tote im Wochenendverkehr in Hessen

Zwei Nachrichten aus den Notzeitungen:

MICKY MAUS AUSGESPERRT

Einige Zeitschriftenverleger haben sich offenbar auf eine lange Dauer des Arbeitskampfes in der Druckindustrie eingerichtet. Schon vor mehreren Wochen liefen Verhandlungen mit ausländischen Druckereien, um Druckaufträge verlagern zu können. Derzeit ist der Bauer-Verlag unterwegs, um seine Objekte unterzubringen. Girardet versucht, in Italien seine ''Micky Maus'' springen zu lassen. Und die Redaktion der ''Hör Zu'' soll mit Fahrkarten für Österreich ausgestattet worden sein.

Doch auch diese Schleichwege sind den Verlagen verbaut. Unser internationales ''Warnsystem'' funktioniert. Anruf genügt. Unsere Kolleginnen und Kollegen in den anderen europäischen Ländern wissen um die Kraft der Solidarität.

SO SIEHT DIE SICHERUNG DES BESITZSTANDES NACH DEN VORSTELLUNGEN DER UNTERNEHMER AUS:

Maschinensetzer Schulze, 50 Jahre alt, arbeitet in Schicht in einem Zeitungsbetrieb, Sonntagsschicht zweimal im Monat. Sein monatliches Tarifeinkommen beträgt:

173 Stunden a 12,21	2 112,33 DM
zuzügl. Antrittsgebühr für zwei Sonntage	146,47
	2 258, 80 DM

Der Betrieb stellt um, Maschinensetzer Schulze geht als Texterfasser am Bildschirmterminal in einen Zeitschriftenverlag. Tarifeinstufung' nach Groß- und Einzelhandelstarif, Gruppe 3 nach dem 10. Berufsjahr. Sein monatliches Tarifeinkommen beträgt nur noch

1 715,–

Aber er bekommt ja 6 Jahre den Ausgleich für den Überhang. Und was dann? Unter der Voraussetzung einer durchschnittlichen Tariferhöhung von 5% je Jahr hätte er, wenn er den

Maschinensetzerlohn weiterbekommen hätte:	2 882,85 DM
Sein Tarifgehalt aber beträgt	2 188,82 DM
Sein sozialer Besitzstand hat sich um	694,03 DM verringert.

Damit nicht genug, auch sein Rentenanspruch verringert sich entsprechend. Dank für ein langes Arbeitsleben!
Wenn er Glück hat. Sein neuer Brötchengeber könnte sich auch auf den Standpunkt stellen, als Berufsjahre zählen nur die Jahre einer Tätigkeit im Geltungsbereich des Tarifvertrages. Also Einstufung in Gruppe 3, unterste Stufe, also 4. Berufsjahr, z.Z.

1 250,– DM.

Tarifgehalt unter Berücksichtigung der Steigerung durch Berufsjahre nach der Angleichungsfrist von 6 Jahren

1 940,- DM

Oder ein Verlust von

942,– DM

Er könnte auch an einen ganz sparsamen Verleger geraten, Einen von denen, die ein Bildschirmterminal schlicht als Videoschreibmaschine bezeichnen und die Endlostexterfassung dementsprechend als einfache Schreibarbeiten.

Einstufung also nach Gruppe 2. Sein Tarifgehalt nach 6 Jahren 1 660,- DM
Das sind also dann –nur– 1 223,– DM
weniger, als er als Maschinensetzer gehabt hätte. Im Monat!

Ist das soziale Sicherung?

Für die Notzeitungen zeichneten verantwortlich: Klaus Dieter Hagner, IG Druck und Papier, Bezirk Wiesbaden, Tel. 06121/ 37 41 87, Wellritzstr. 49, und Klaus Schrinker, IG Druck und Papier, Landesbezirk Mainz, Kaiserstr. 26-30, 65 Mainz.

WIR HALTEN UNSEREN BETRIEB BESETZT

FRANKFURT
15. MÄRZ

Text des „Extrablatt(s) der ausgesperrten Belegschaft der Frankfurter Rundschau" vom 15. März:

§ 29 der Hessischen Landesverfassung: „Die Aussperrung ist rechtswidrig!"

WIR SIND DENNOCH AUSGESPERRT!

Diesen Widerspruch vertreten die Geschäftsführer: Dr. Engel (Tel. 21 99 333), Nabholz (Tel. 21 99 363), Kohlmeier (Tel. 21 99 332) im Namen der Mitgesellschafterin, des Rechtsanwalts Rieke, Vorstand der Karl-Gerold-Stiftung – sowie der Redaktionsleitung: Werner Holzer (Tel. 21 99 362, H. H. Gaebel, H. Wolf.

Was niemand im Lande für möglich gehalten hätte, ist eingetreten: Unter Verrat an der politischen Haltung dieser Zeitung und ihres Auftrags ließen sie sich durch den Verlegerverband zum Verfassungsbruch zwingen!

Die Menschen, die tag und nacht für sie – unsere Leser – und ihren Informationsanspruch im Einsatz sind, kämpfen um ihre berufliche Existenz, um ihre Arbeitsplätze! Sie verlangen die Wiederaufnahme von Verhandlungen um einen qualifizierten Tarifvertrag zur Einführung neuer Satztechniken.

Wir wissen, daß sie – unsere Leser – mit ihrem politischen Anspruch diese Zeitung geprägt haben! – Helfen sie uns in unserer Notwehr-Aktion! Geben sie ihrer Empörung Ausdruck! Schreiben sie, rufen sie unter der Tel.-Nr. 2 19 91 die genannten Herren an! Verlangen sie die sofortige Rücknahme der schändlichen Aussperrungsmaßnahme! Machen sie von ihrem demokratischen Widerstandsrecht Gebrauch!

Wir fordern die berufenen Hüter der Landesverfassung, vorab den hessischen Ministerpräsidenten, auf, ihrem Amtseid gemäß zu handeln!

Wir lassen uns nicht aussperren!

Wir halten unseren Betrieb besetzt!

Wir wehren uns, bis wir wieder Gelegenheit haben, ihre Zeitung in der gewohnten Qualität herzustellen!

Halten sie mit uns durch!

UND SO WURDE DER VERFASSUNGSBRUCH FORMULIERT:

Aushang

Sehr geehrte Mitarbeiterinnen,
Sehr geehrte Mitarbeiter,

die Industriegewerkschaft Druck und Papier führt im Rahmen der Tarifauseinandersetzung gegen ausgewählte Firmen der Druckindustrie seit über zwei Wochen Kampfmaßnahmen durch, die zu einer ernsthaften Existenzbedrohung der betroffenen Zeitungsverlage geführt haben. Am Montag, dem 13. 3. 1978, sind die am Vormittag aufgenommen Vermittlungsgespräche in Nürnberg mit dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, gescheitert. Am Dienstagabend, dem 14. 3. 1978, erklärte der IG Druck-Vorsitzende Mahlein, seine Gewerkschaft sei zu weiteren Verhandlungen auch dann bereit, wenn die bundesweite Aussperrung nicht aufgehoben werden würde. Allerdings würden auch die Schwerpunktstreiks nicht ausgesetzt. Damit sind unsere intensiven Bemühungen, kurzfristig zu einer gütlichen Lösung beizutragen und eine Aussperrung von unserem Hause fernzuhalten, gescheitert.

Der Bundesverband Druck hat die Aussperrung der im technischen Bereich beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer zur Erreichung der Streikaussetzung bei den betroffenen Zeitungshäusern beschlossen.

Wir sehen uns deshalb nunmehr gezwungen, zur Abwendung eines noch größeren Schadens für dieses Unternehmen – und damit im Interesse der Sicherheit der Arbeitsplätze – uns der bundesweiten Aussperrung anzuschließen und diese zum 15. 3. 1978 ab 6 Uhr zu erklären.

Von der Aussperrung ausgenommen sind alle Angestellten (jedoch nicht die Perforatortasterinnen und die Mitarbeiter der Korrektur), Redakteure, Volontäre und Auszubildende sowie solche Mitarbeiter, die durch besondere Mitteilung für den Notdienst bestimmt wurden.

Die Aussperrung löst den Arbeitsvertrag nicht auf, sondern bedeutet nur, daß ab sofort bis zur Aufhebung der Aussperrung die betroffenen gewerblichen Arbeitnehmer keinen Lohn – auch nicht Krankenlohn – erhalten und das Betriebsgelände nicht betreten dürfen.

Der Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit wird nicht durch Einzelschreiben, sondern durch Anschlag an den Betriebseingängen oder gegebenenfalls durch die öffentlichen Nachrichtenmittel bekanntgegeben.

Wir bedauern diese Maßnahme außerordentlich, sehen jedoch jetzt für unser Unternehmen keine andere Möglichkeit mehr.

DRUCKERSTREIK IN DER PROVINZ – EINE KRITIK

REUTLINGEN
10. MÄRZ

Viele, die jetzt ausgesperrt sind oder streiken, oder die sich überhaupt mit den Druckern solidarisieren, werden auf das Interview sauer sein. Wir finden, daß Selbstzensur auch im Streik unsinnig ist, und das die Kritik nicht gegen die Drucker gerichtet ist, sondern ganz klar auf ihrer Seite steht. Helmut Haasis, ein Reutlinger Journalist, ist als Mitglied des Verbands der Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier. Er schreibt seit Jahren oder Jahrzehnten über die Tarifpolitik der IG Druck und der IG Metall. 1976 gehörte er zu denen, die als Streikposten für die Reutlinger Drucker verhaftet wurden und einen langwierigen Prozeß durchmachten (s. 2. ID-Sonderausgabe zum Druckerstreik 1976).

Alle sind gleich, aber die Setzer sind gleicher

ID: Der Streik geht doch in erster Linie mal um die Arbeitsplätze der Setzer. Stimmt es, das die anderen Berufsgruppen voll mitziehen?

Helmut: Das ist die gewerkschaftliche Propagande: heute die Maschinensetzer, morgen seid ihr dran. Da ist auch was Wahres dran. Aber die Leute, die ich kenne, die haben sich in der Vergangenheit nicht für die anderen, also für die Drucker und Hilfskräfte eingesetzt. Nicht für die Angleichung der Lohngruppen. Warum sollen sich jetzt die Drucker für die Setzer einsetzen? Die haben ihren Vorsprung und verteidigen ihn; seit 1951 machen sie nur prozentuale Lohnerhöhungen; die Maschinensetzer haben das Sagen.

ID: Hat es in der IG Druck und Papier jemals eine Festbetragsforderung oder sowas gegeben?

Helmut: Es hat immer wieder mal stärkere prozentuale Anhebungen der unteren Lohngruppen gegeben. Aber insgesamt haben die oberen ihre Privilegien gehalten. Seit 1953 geht der Kampf um eine neue Lohntarifstruktur. Bisher hatten die Facharbeiter 100%, die Korrektoren 110% und die Maschinensetzer 120% vom Ecklohn.Das führt dazu, das zum Beispiel die Chemigraphen oder 4- bis 6-Farbendrucker oder Tiefdrucker, die einen höheren Lohn bekommen als die Maschinensetzer, laut Tarif nur 100 %vom Ecklohn bekommen, und der Rest tariflich nicht abgesichert ist, also vom Unternehmer abgebautnehmer abgebaut werden kann. Die ganze Tendenz zum Einheitslohn – und die gibt es – wird von den Maschinensetzern hintertrieben. Die Diskussion ist 1968 auf dem Gewerkschaftstag geführt worden, 1969 wieder, da ist nichts dabei rausgekommen. 1973 kam ein Kompromiß heraus, der sollte tarifvertraglich durchgesetzt werden. Dabei ging es nicht zuletzt um die Anhebung der Frauenlöhne. Jetzt haben's die Maschinensetzer brachial in die Hand genommen.

ID: Wie sieht's denn beim Reutlinger Generalanzeiger aus?

Helmut: Offiziell hat's auch eine Streikversammlung gegeben, aber es sind nur einige nach Stuttgart gefahren, vielleicht fünfzig. Die Belegschaft vom Generalanzeiger hat sich damals, 1976, als wir eingebuchtet worden sind, heftig hervorgetan durch Nichtstun. Damals haben uns mehr Metallarbeiter und Metallbetriebsräte unterstützt, ein bißchen auch DGB-Funktionäre, aber die kämpfende Belegschaft des Generalanzeigers? Keinen Strich!

ID: Also da läuft nichts?

Helmut: Doch, ich habe auch gehört, daß die Setzer vom Generalanzeiger in der Nacht wieder was blockiert haben. Die haben halt schon eine strenge Handwerkerdisziplin. Die sind auch hochorganisiert. Aber die anderen, die keine Fachkräfte sind, rechnen sie einfach nicht zum Betrieb: die Hilfskräfte, die Frauen, die nachts um ein Uhr kommen und die Prospekte einlegen, die Packerinnen und die Ausfahrer – all das zählt nicht, das sind ja eh „unnötige Leute". Diejenigen, die damals die Notzeitungen gemacht haben, das waren solche angelernte Leute. Aber daß die Kollegen diese Leute Hinterher organisiert hätten – keine Bohne, da hat sich nichts geändert. Nächste Woche werden sie wahrscheinlich zur Urabstimmung aufgerufen, und da strengen Disziplin herrscht im eigenen Fall, werden sie alle dafür stimmen. Das sagt gar nichts. Sie sind einig, aber nicht beteiligt. Nach der Abstimmung laufen sie alle nach Hause. Sie würden eher in die Wirtschaft gehen, als vor dem Tor stehen. Aber in anderen Städten, auch hier in Würthemberg, ist es anders, denk nicht, es wäre überall das gleiche.

ID: Und in Stuttgart?

Helmut: Da habe sie typischerweise nicht gestreikt, weil dort die Technik schon gelaufen ist. In Möhringen im Druckzentrum. Das haben sie verschlafen. Damals bei der Deutschen Verlagsanstalt gabs auch schon Kampfmaßnahmen, aber die wurden von der Gewerkschaft gestoppt! Die haben einen Arbeitskreis damals zerschlagen, and zwar mit repressiven Mitteln. Sie haben auch verhindert, daß der spontane Streik sich damals ausdehnte.

Die neue Technik und der Streik

ID: Wann kommt denn beim Generalanzeiger die neue Technik?

Helmut: Die haben schon zum Teil die neuen Geräte, aber da haben sie sofort die Betriebsräte drangesetzt. Das sind altbewährte Leute, die haben die Sache schon geschaukelt, das ist auch dem Chef klar. Die fürchten eine Sache wie den Teufel: daß neue, dequalifizierte Techniker reinkommen, zum Beispiel mit mittlerer Reife, die müssen Deutsch können. Oder Frauen. Früher, in den 60er Jahren, hat die Gewerkschaft einen Versuch gemacht: Frauen und Maschinensetzer um die Wette schreiben zu lassen – und die Maschinensetzer haben schrecklich verloren. Heute wollen sie nicht mehr daran erinnert werden. Sie glauben einfach, weil sie den Facharbeiterbrief haben, und die Frau ungelernt ist, kann die das nicht. Und das stimmt einfach nicht. Heute sind die Frauen da.

ID; Und wie sind die im Betrieb?

Helmut: Gut und relativ widerstandslos bei der Arbeit. Die kommen von Horten oder irgendeinem Kaufhaus oder Supermarkt. Die sind gar keine Gesprächspartnerinnen für die Gewerkschaft. Aus den bekannten Gründen: Zuverdienerin, nur vorübergehend, schnelle Frustration gegenüber dem Männerverein Gewerkschaft – und dann kann man mit denen auch nicht mehr die alte Politik machen. Die fallen also völlig raus.

ID: Sieht ja übel aus, und wo soll das enden?

Helmut: Ich bin gespannt. Vielleicht so: die Gewerkschaft ist pleite hinterher, und die neue Technik nicht verhindert.

ID: Du schimpfst ja kräftig, und siehst dazu noch schwarz. Was wäre denn überhaupt eine andere Möglichkeit? Wie sollen sich die Setzer denn sonst wehrern?

Helmut: Eine Lösung wär' doch nur eine, die die Belegschaft kollektiv zusammenführen würde, das heißt: geringe Differenzen, auch beim Lohn, und damit geringere Spannungen. Die Belegschaft sollte solche Veränderungen im Betrieb, auch was Lohn und Arbeitszeit betrifft, selber entscheiden können. Das hat die Gewerkschaft früher auch angestrebt. Die Privilegien der Facharbeiter würden wegfallen, und die Leute würden von ihrer Arbeitsgruppe nach ihrer Tätigkeit eingestuft. Heute verpufft die ganze Kraft in dem internen Streit um die Angleichung der Lohntarifsdifferenzen.

ID: Können sie den Streik gewinnen?

Helmut: Nur zusammen mit den Metallern, und das wollen sie nicht. Die Metaller kritisieren schon mal die Zeitungen, die Drupa-Mitglieder dagegen, sie identifizieren sich oftmals mit ihnen. Zweitausend Metaller vor den Toren – davor hätten die Unternehmer Angst. Aber die Drucker würden sie nie holen! Und so bleibt's ein winziger Handwerkerkampf.

Für Solidaritätsadressen, Spenden, nähere Erkundigungen: Heinz Straub, Bezirksbüro derIG Druck und Papier, 7410 Reutlingen, Tel. 0 71 21 / 4 08 51.

GESPALTENE KOLLEGENSCHAFT

MÜNCHEN 15.März *Brief eines ID-Lesers aus der bayerischen Provinz zur Berichterstattung über den Druckerstreik im ID 220. Dort hatten wir die Vermutung geäußert, die Gewerkschaft wolle einen geschlossenen Streik mit ihrer Taktik verhindern:*

„Ich will euch wenigstens kurz zum Tarifkonflikt im Druckgewerbe schreiben und muß euch widersprechen. Nämlich, daß die Gewerkschaft einen geschlossenen Streik mit ihrer Taktik verhindern will. Ich bin selbst gewerkschaftlicher Vertrauensmann und wir haben ebenfalls Warnstreiks durchgeführt. Was aber einen gemeinsamen Streik verhindert hat, war die gespaltene Kollegenschaft. Dies wird von den Unternehmern hervorragend betrieben. So nahmen bei unseren Warnstreiks höchstens 30% der Belegschaft teil und das war für uns Gewerkschaftler schwer genug zu organisieren. Bei uns haben sich z.B. die Drucker geweigert, mitzustreiken. Ihre Argumente waren hauptsächlich, daß sie für die besser bezahlten Maschinensetzer nicht streiken würden oder erst, wenn wir alle den gleichen Lohn haben.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist der, daß eine unheimliche Angst um den eigenen Arbeitsplatz im Betrieb herrscht. Durch die immer höhere Arbeitslosigkeit haben auch immer mehr Leute Angst, ihr eigenes bißchen Wohlstand zu verlieren; diese Angst schlägt sich zumindest bei uns in Angst vor einem Streik um. Viele denken da zuallererst einmal an sich und nicht an die Solidarität mit den Setzern. Bei einem Streik für mehr Geld bekommt man halt leichter mehr Leute zusammen als für die Solidarität mit einer anderen Sparte. Auch müßt ihr berücksichtigen, daß die IG Druck und Papier zur Zeit (nach dem letzten Totalstreik und Aussperrung 1976) finanziell nicht gerade bestens dasteht und noch sehr hoch verschuldet ist. Auch dürften höchstens 60% der Arbeitnehmer in dieser Branche organisiert sein. Man könnte noch einige Schwierigkeiten der Gewerkschaft bei diesem Streik aufzählen, aber daß hier nicht alles so läuft, wies laufen soll und wie sich viele Linken in ihrem Wunsch von einer „revolutionären Situation" dies gerne vorstellen, liegt bestimmt nicht nur an der IG Druck und Papier. Wir wissen selbst wie schwierig es ist – wenn es nicht gerade um den Geldbeutel aller geht – etwas zu organisieren. Das wärs mal von mir. Leider etwas kurz/ aber hab kaum Zeit."

WARUM IST SPRINGER NICHT IN DER SCHUSSLINIE?

HAMBURG 11.März *Aus Gesprächen – vor der zweiten Aussperrung – mit Kollegen der Industriegewerkschaft Druck und Papier:*

‚Eine schwachsinnige Streiktaktik'

„Über Hamburg hat ja die ‚Frankfurter Rundschau' (da stand klar drin, daß viele Kollegen den vom Hauptvorstand ausgehandelten Vertrag über die neue Technik kritisierten, siehe auch ID Nr. 220) einigermaßen informiert."

„der Mann, der das geschreiben hat in der FR, der Brügmann, soll ja Ärger gekriegt haben. Einer von der Gewerkschaftsspitze soll den ganz scharf angemacht haben. Aber was genaues weiß man noch nicht."

„Und wer streikt jetzt, streikt nicht, streikt wieder, streikt nicht, streikt....? "

„Das ist doch eine Schwachsinnstaktik. Hier haben die Unternehmer kaum Verluste, nur der Stern war ein bißchen dünner."

„Und Springer? "

„Samstag, 4.März waren die Kollegen wieder im Betrieb, nachdem der Proteststreik morgens um sechs Uhr beendet war. Und um 18 Uhr sollten sie den Betrieb wieder verlassen, weil sie am Sonntag um 12 Uhr ausgesperrt werden sollten! Da haben dann so an die 200 Kollegen versucht, die Auslieferung von ‚Bild am Sonntag' und Welt am Sonntag' zu verhindern. Aber die gaben schließlich auf, vor allem weil zu wenig Leute aus den Springer-Betrieben selber dabei waren. Der Vertrauenskörper beim Springer ist ziemlich von der DKP beherrscht. Da heißt es immer: Springer steht! Wir streiken! Aber die Kollegen sind stocksauer, das ist doch totale Asche: sie produzieren BamS und WamS, lassen sie auch ausliefern, – und am nächsten Tag werden sie wieder ausgesperrt!"

„Warum machen Betriebsrat und Vertrauensleute bei Springer das mit? "

„Im Ortsverein Hamburg der Gewerkschaft haben die Kollegen die Mehrheit, die den Hauptvorstand scharf kritisieren. Die DKP will den Ortsverein wieder unter die Kontrolle des Hauptvorstands kriegen, deshalb behindert sie den Ortsverein. Die Kollegen wollen richtig ransemmeln – der Hauptvorstand will im Augenblick überhaupt nur den Bauer-Verlag bestreiken."

„Bei Gruner & Jahr sollten doch alle schriftlich erklären, ob sie streiken oder nicht. Das hat jedenfalls die Geschäftsleitung gefordert. Was passiert da? "

„Nichts. Die Kollegen sollen überhaupt nichts von diesen Zetteln zurückschicken. Man darf die Kritik der Gruner&Jahr-Kollegen nicht mißverstehen: sie beteiligen sich voll, sie wollen aber nicht alleine alles ausfechten, und vor allem wollen sie die Taktik offengelegt kriegen."

„Du bist Setzer, also Aristokrat–"

„Daß ich nicht lache. Klar - und meine ‚Privilegien' werd' ich verteidigen, da kannst du Gift drauf nehmen."

Die Neue Technik ist nicht so leicht zu reparieren

Aus einem Gespräch mit einem Fotosatzmontierer in einer Druckerei von etwa 70 Beschäftigten:

„Ist das ein reiner Setzerstreik mit Hilfstruppen? "

„Wie vor zwei Jahren: man ist genervt und sauer, so bringt's nichts. Im Mittelpunkt steht eben der Setzerbereich. Die Leute streiken um einen beschissenen Arbeitsplatz. Wenn

die Terminals sich durchsetzen und zwar nicht nur in den Zeitungsdruckereien, sondern auch in den (kleineren) Akzidenzdruckereien, dann gehen die Leute weg, und es gibt keine Facharbeiter mehr. Und daß die da sind, ist für die Gewerkschaft ungeheuer wichtig. Also kämpft auch der Detlev Hensche vom Hauptvorstand um seinen Arbeitsplatz!"

„Wie kamen eigentlich die Notausgaben von BILD und von „Hamburger Abendblatt" zustande?"

„Das ist kein Problem. Der Satz wird in kleinen Betrieben von drei/vier Mann oder von kleinen Selbständigen hergestellt; es gibt bestimmt 20 bis 30 kleine Fotosatzbetriebe und 20 bis 30 kleine Offsetdruckereien in Hamburg. Und da ist die Gewerkschaft nicht drin, da läuft gar nichts. Mit vier bis fünf solchen Druckereien kann man eine Notzeitung machen, das ist kein Problem."

„Wie kann man sich gegen die neuen Techniken wirklich wehren?"

„Was gemacht werden müßte, das ist so eine Alltäglichkeit von ‚sich wehren'. Wir in den Druckereien haben durch unsere Arbeit die ganze neue Technik finanziert. Jetzt müssen wir uns sozusagen was wieder holen; dafür sorgen, daß die die neuen Maschinen nicht hinstellen. Alle Formen von Arbeitsverweigerung sind jetzt erheblich wichtiger geworden.
Wenn eine Linotype-Maschine mal kaputtging, konnte der Facharbeiter die noch meist selber, mit seinem Werkzeug, reparieren. Bei den Terminals undsoweiter geht das gar nicht mehr und das kommt teuer."

Zuständig für Solidarität, Spenden, Informationen:
Ortsvereinsvorstand der IG Druck und Papier, Besenbinderhof 57, 2000 Hamburg 1 (am besten hingehen!)

HAMBURGER HAFENSTREIK: ZUERST WAR DEN FUNKTIONÄREN DIE BASIS ZU LAHM

HAMBURG 11.März *Wie kam es denn nun wirklich zum Streik? Der folgende Bericht entstand durch ein langes Gespräch mit einem Kollegen der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG. Obwohl wir schon am 11.Februar und am 4.März einen Bericht und ein Interview zu dem Streik im ID veröffentlicht haben, Wir drucken diesen Bericht trotzdem ab, weil man nämlich nicht oft den Eindruck hat, daß es sich um denselben Streik handelt:*

„Die HHLA (Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG; sprich: ‚HALA'; größter Einzelbetrieb im Hafen) ist ein staatlicher Betrieb, gehört also der Hansestadt Hamburg. Es arbeiten hier ungefähr 4 100 Leute, die, wie das ja bei solchen SPD-verwalteten Betrieben üblich ist, praktisch zu 100% in der ÖTV organisiert sind. Sonst kommt man hier gar nicht rein.

Die einzigen Ausnahmen sind ein Prokurist, ein Lehrling, der Zeuge Jehovas ist und ein Kollege von der KPD/ML, der aus der Gewerkschaft ausgeschlossen ist.

Dennoch gibt es keinerlei offizielles gewerkschaftliches Leben, höchstens auf Initiative von einzelnen V-Leuten (Vertrauensleute) oder Betriebsräten kommt es zu gewerkschaftlichen Diskussionen. Die HHLA macht die landseitigen Hafenarbeiten und bei uns am Burchardkai haben wir es vor allem mit Containerverkehr zu tun.

System ‚Schneller Hafen'

Zunächst mal einiges zur Arbeitssituation. Der Akkord im Hafen basiert auf dem Pensumsystem, d.h. es werden Vorgaben gemacht (z.B. eine bestimmte Anzahl Container auszuladen oder eine bestimmte Tonnage an Sackgut zu verladen usw.) und wenn das fertig ist, kann man nach Hause gehen. So kann man auch 2 Schichten hintereinander fahren und kann bei guten Bedingungen zwischen 19 und 20 Uhr zu Hause sein (Beginn 6.50 Uhr) und hat dann den doppelten Lohn.

Darauf basiert dann das ganze System des ‚schnellen Hafens'. Das Lohnniveau wird auch bewußt so niedrig gehalten, damit die Kollegen auch bereit sind, am Wochenende oder 3.Schicht zu arbeiten. Die alten Löhne lagen so bei 9,99 DM für die ungelernten und für die etwas qualifizierteren (etwa Gabelstaplerfahrer) und das sind im Hafen so die meisten Kollegen, sind das 11,27 DM. Das macht dann auch die Konkurrenzfähigkeit des Hamburger Hafens aus, sodaß der Kern (HHLA-Vorstand/SPD/ÖTV) in den USA rumreisen kann und sagen: „Kommt am Wochenende nach Hamburg!" Die ÖTV zieht da natürlich voll mit „zur Sicherung der Arbeitsplätze" wie sie ja immer sagen. Hamburg ist daher am Wochenende halb so teuer wie etwa Göteborg. Der Hauptkonkurrent im Containerverkehr ist dementsprechend auch Bremerhafen, wo die gleichen Arbeitsbedingungen sind. Wenn man reichlich Schichten kloppt, kann man so aber doch im Hafen recht viel Geld verdienen. Deshalb arbeiten hier auch so viele, die irgendwie Schulden haben, auch wenn sie gelernte Berufe haben. Bei den meisten sind dann so 2-3 Überschichten pro Woche dabei, damit sie so auf etwa 1 700 DM netto kommen. In manchen Betrieben mußt du auch einfach genug ‚Doppelte' machen, sonst fliegst du raus.

Die Hafenkollegen haben auch oft noch so etwas wie Arbeitsstolz, weil sie irgendwie sehen, was sie geschafft haben (wieviele Container ausgeladen oder bewegt). Das ist nicht so eine total entfremdete Arbeit wie am Fließband zum Beispiel, immer nur drei Schrauben festdrehen (bei einigen Arbeiten gibt's das auch). Das Verhältnis zur Arbeit ist jedenfalls ein intensiveres. Die Hafenarbeit ist eben auch in allen Punkten eine Frage der Routine. Wie die da mit den VC's (Van Carrier;Containertransporter) oder den Gabelstaplern fahren, das ist wie Slalomfahren.

Die ‚Alternative' am Burchardkai

Am Burchardkai hat sich ein Kreis von Kollegen zusammengefunden, die versuchen, fortschrittliche Politik zu machen. Unter dem Namen ‚Alternative' geben wir auch seit den letzten BR-Wahlen regelmäßig Informationsblätter für die Kollegen heraus. In der Alternative arbeiten Kollegen mit verschiedenen politischen Ansichten zusammen, die auch verschieden organisiert sind (KB, SB, Unorganisierte). Wir haben eigentlich eine sehr solidarische Form der Zusammenarbeit gefunden, bei der unterschiedliche Meinungen und Positionen ausdiskutiert werden und nicht etwa eine stärkere Fraktion versucht, durch Mehrheitsentscheid andere unterzubuttern. 1975 konnten wir auf Anhieb 4 Leute (2 Frauen und 2 Kerls) in den Betriebsrat bekommen.

Zuerst überließen die Kollegen die Tarifrunde der Gewerkschaft

Die Tarifrunde war für die Kollegen zunächst nicht so brennend interessant. „Das macht die ÖTV, da kommt doch nichts bei raus". Außerdem gehen viele noch davon aus: Verdient wird durch die Überschichten. 5 oder 10% mehr Lohn bringen's demgegenüber nicht. Aber andererseits merken die Kollegen inzwischen schon, daß durch die Rationalisierung die Überschichten abgebaut werden und sie daher doch auch lohnmäßig besser abgesichert werden müssen. Außerdem wissen die Kollegen – auch durch die Infos der Alternative –, daß der Hafen reichlich Gewinne macht und teure Investitionen gemacht werden und daß mit den modernen Technologien auch die Arbeitsbelastung steigt, das spüren sie ja am eigenen Leib. Der Klose hat ja gemeint, wegen der höheren Qualifikation durch die technische Entwicklung

wären die 7% im Hafen gerade noch vertretbar. Aber die Kollegen sehen mehr ihre Arbeitsleistung, die gestiegene Tonnage, die harte Arbeit, den Streß, den wollen sie bezahlt haben.

Ende Oktober forderte die ÖTV — wie üblich — die Funktionäre auf, die Forderungen mit den Mitgliedern zu diskutieren. Es wurde auch gleich dazu gesagt, was bei diesen Diskussionen nach der Vorstellung des Vorstandes rauskommen sollte, nämlich 8,5%. Eine reine Mitsprache der Kollegen gibt's also gar nicht. Daher ja auch, wie gesagt, kein besonderes Interesse bei den Kollegen.

Aber die Alternative versucht immer sehr ernsthaft, die Tarifrunde zu diskutieren, um auch den Widerspruch darzustellen zwischen dem, was möglich ist und was die ÖTV daraus macht.

Und jetzt geht es los

streik der rollmöpse
aussperrung der profithaie
und fischmehl für alle ...

Am 11.1.scheiterten dann die Schlichtungsverhandlungen bei etwa 5%. Hier begannen die Kollegen dann doch aufzuhorchen und etwas unruhig zu werden. Nach der 9%-Forderung hatten sie doch so mit 6 1/2% gerechnet, und die Schlichtung ist wohl auch gescheitert, weil die Funktionäre wußten, daß sie weniger als 6% den Kollegen nicht verkaufen konnten.

Am 17.1. fand dann eine eiligst einberufene Vertrauensleute-Vollversammlung für Hamburg statt.

Wir kamen aus dem Stauenen nicht mehr heraus. Da fing der Gewerkschaftssekretär an und holte die revolutionären Klamotten aus der Schublade, sprach von klassenmäßiger und ideologischer Auseinandersetzung und sagte, die Hafenarbeiter hätten stellvertretend für die gesamte Tarifbewegung in der BRD die Speerspitze zu spielen, Hat da also mächtig auf die Kacke gehauen, brachte also Sprüche, die er sonst gar nicht drauf hat. Zu Beginn der Tarifrunde hatte er noch gesagt: „Ja Kollegen, die Erhöhung der Sozialabgaben können wir dem Unternehmer nicht anlasten."
Also ganz andere Schnacks...
Aber jetzt waren die Kollegen unheimlich begeistert und haben auf den Tischen getrampelt. Bei dieser Versammlung waren auch alle da (450), weil sie gemerkt hatten, daß jetzt doch was laufen könnte.

Es war ja auch am Tag zuvor schon zur Urabstimmung aufgerufen worden. Bei der ersten Funktionärsversammlung zur Aufstellung der Forderung waren nur 31% der Funktionäre dagewesen, Und dann merkte man auf einmal, was eine Gewerkschaft, wenn sie will, auf die Beine stellen kann. Jetzt fingen sie an, unheimlich für die Urabstimmung zu rödeln, denn die 75% die wollten sie nun auch unbedingt haben und da waren sie sich wohl noch gar nicht so recht sicher. Sie fuhren mit Lautsprecherwagen durch den Hafen und haben noch Mitglieder geworben. Von den 12 000 Hafenarbeitern sind zwar 10 000 organisiert, aber wenn man bedenkt, daß die HHLA schon 100% organisiert hat, dann sieht das in manchen anderen Bereichen doch recht dünn aus.

Immer noch sagten aber viele Kollegen: „Streik? — Die ÖTV doch nicht!" weil die die Funktionärsversammlung nicht mitgemacht hatten. Die Funktionäre waren da voll drauf abgefahren.

In der Alternative Nr. 17 wiesen wir darauf hin, daß auch die Kollegen in die Streikvorbereitungen einbezogen werden müssen. Schon jetzt muß die konkrete Durchführung des Streiks ins Auge gefaßt werden, müssen unsere Vorstellungen entwickelt werden und Probleme eines Streiks unter den Kollegen zur Diskussion gestellt werden. (Der erste Streik seit 27 Jahren).

Der geschlossenen Front der Unternehmer muß die geschlossene Front der Hafenarbeiter entgegengesetzt werden. Es darf den Unternehmern nicht die Möglichkeit gelassen werden, einzelnen Schwerpunktstreiks durch umdisponieren und Umdirigieren von Schiffen auszuweichen, wie das beim Containerverkehr leicht möglich ist. Wenn nirgends gearbeitet wird, kann auch nicht ausgewichen werden.

Auf der Funktionärsversammlung am 17.Januar erklärte H.Matthiessen (Tarifsekretär): ‚Es ist für uns selbstverständlich, daß vor einem Abschlüß die Mitglieder in einer weiteren Abstimmung befragt werden.' Hier sollte für alle klar sein: Kein Lohnabschluß unter 8%.

Wir haben dann im Streik zwar auch wieder aufgezeigt, daß viele Kollegen richtigerweise Festgeld gefordert hatten, wir haben aber nicht geglaubt, daß wir jetzt etwa die Möglichkeit gehabt hätten, noch eine neue Forderung durchzusetzen. Das wäre wohl auch ziemlich unrealistisch.

Dann kam das Urabstimmungergebnis 92% hatten sich beteiligt und davon 97% für Streik gestimmt. Als das raus war, liefen die Hauptamtlichen nicht etwa begeistert durch die Räume, sondern hatten plötzlich einen unheimlichen Schreck. Der Erich Rumpel (Ortsvorstand) hatte so'n blasses Gesicht, als er sah, was er da angerichtet hatte. Der „Hafenarbeiter" kommentierte unter der Überschrift: „Mit 97% haben wir die Zähne gezeigt — für 9% werden wir schon beißen müssen!"

EIN KLARER AUFTRAG

Die Frage auf den Stimmzetteln lautete unmißverständlich: „Bist du bereit, zur Durchsetzung unserer Forderungen in den Streik zu treten? " Wir haben darauf ebenso unmißverständlich nahezu 100%ig mit JA geantwortet. Nach dieser Antwort läßt sich keine Kompromißbereitschaft unter Berufung auf die Kollegen rechtfertigen. Nach diesem Ergebnis ist vielmehr den Kollegen und betrieblichen Funktionären zuzustimmen, die sagen: „Jetzt können wir alles erreichen – wenn man uns läßt!"

Wie kam es zum Streik?

Das ist irgendwie sehr schwer zu beantworten. Da spielen sicher mehrere Faktoren eine Rolle. Zum einen ist der Verhandlungsführer Merten seit letztem Jahr neu im Geschäft und neue Besen kehren gut. So kann es sicher mit eine Rolle gespielt haben, daß der für die nächsten 10 Jahre seiner Verhandlungsführung klarmachen wollte, was er so bringen kann.

Dann werden auch die BR-Wahlen eine Rolle gespeilt haben. Die kennen ja die Gewerkschaftsfeindlichkeit in den Betrieben und zumindest die betrieblichen Funktionäre werden sich was davon ausgerechnet haben für ihre Wahl, wenn sie bei der Streikgeldauszahlung hinter dem Tresen sitzen.

Der Mertens ließ ja verlauten, der eigentliche Grund des Streiks sei gewesen, daß sich sonst die Basis verselbständigt hätte. Das mit dem Druck der Basis ist aber auch nur die halbe Wahrheit. Sie haben die Kollegen auch gelockt (z.B. auch mit dem guten Streikgeld). Vor allem haben sie aber irgendwo die Begeisterung der Kollegen hervorgerufen und damit den schlafenden Löwen geweckt.

Als es dann losging mit dem Streik galt die erste Sorge der ÖTVler der Aufstellung von Notdienstplänen. Bei der HHLA sollen 400 Mann also etwa 10% der Belegschaft zur Notdienstbereitschaft eingeteilt worden sein, obwohl die Kollegen eigentlich viel lieber gesehen hätten, daß sich garnichts mehr bewegt. Dazu der ‚Hafenarbeiter':

"EIN" NOTDIENSTPLAN" RIECHT NACH STREIKBRUCH

In der "Mopo" vom 20.1. hat HHLA–Boß Kern die Forderung nach einem Notdienstplan für den Fall eines Streiks gestellt: "Die ÖTV wird sicherlich bereit sein, über einen Notbetrieb, z.B. im Bereich verderblicher Waren, mit uns zu verhandeln. Niemand will volkswirtschaftliche Werte kaputtmachen."

Horst Matthiessen, stellvertretender ÖTV–Bezirksvorsitzender in Hamburg, nimmt in der gleichen "Mopo" bereits positiv Stellung dazu: "Wir werden sofort nach einem Streikbeschluß über Notdienste im Hafen verhandeln. Schließlich sollen keine Arbeitsplätze durch den Streik verlorengehen."

Abgesehen davon, daß es wohl immer Matthiessens Geheimnis bleiben wird, was verderbliche Waren nun schon wieder mit Arbeitsplätzen zu tun haben sollen, ist unseres Erachtens das Einverständnis mit dem Notdienstplan keineswegs selbstverständlich.

Ein Streik ist dazu da, die Kapitalisten unter Druck zu setzen, um sie zu einer Lohnerhöhung zu zwingen, zu deren Zahlung sie freiwillig nicht bereit sind. Den Streikenden die Verantwortung für aus einem Streik entstehende Schäden in die Schuhe zu schieben, ist ein allzu beliebtes Mittel, das die Tatsachen auf den Kopf stellt.

Es liegt einzig und allein in der Hand des Kapitalisten: Sie brauchen nur zu zahlen und schon haben sie ihre Ware gerettet!

Inzwischen liegt für die HHLA bereits ein fertiges Notprogramm vor, während für den übrigen Hafen am Montag noch verhandelt wird. Wenn sich die Gewerkschaftsführung auf den Plan eingelassen hat, den die HHLA vorgesehen hatte, wäre das ein Skandal. Nach diesem Plan sollte jeder Schuppen mit mindestens 2 Mann besetzt werden, die die LKW's aus dem Inland abfertigen. Außerdem sollten die Kühl– und Fruchtschuppen bzw. Stationen, sowie die Auslieferlager für Siemens, Sharp und Quelle besetzt werden."

Nicht nur stumpfsinnig Streikposten stehen

Ansonsten wurde von der ÖTV nur das Stempeln organisiert und die Streikposten eingeteilt. Allerdings wurden die auch nur eingeteilt und kriegten einen Zettel in die Hand, wo draufstand, was man als Streikposten darf bzw. besser nicht darf – im Grunde darf man ja gar nichts, außer sich die Beine in den Bauch stehen – aber sonst gab es keinerlei konkrete Anweisungen von Seiten der ÖTV.

Die Kollegen haben natürlich trotzdem immer wieder versucht, die Leute tatsächlich aufzuhalten. Da gab's dann jeden Morgen Rangeleien vor allem mit den Angestellten, die da durchwollten. Die ÖTV–Funktionäre beschränkten sich eben auf diesen bürokratischen Kram. Daraus ergab sich, daß wir sehr viel Raum für eigenständige Aktivitäten hatten. Wir haben dann z.B. einen Teil der Streikpostenbusse umgestellt, weil die Hauptamtlichen sich ja auch gar nicht richtig im Hafen auskannten und daher gar nicht wußten, wo die am günstigsten aufzustellen sind. Wir haben Streikposten – vor allem von der HHLA, weil da eh' kein Streikbruch zu erwarten war – zu anderen Betrieben geschickt. Die konnten dann nur dazu sagen : "Na gut, macht das mal ruhig, organisiert das selbst .... (Hauptsache, ihr la ßt uns unsere Streikleitung)".

Wir von der Alternative haben also versucht nicht nur stumpfsinnig Streikposten zu stehen, sondern eben die Verbindung zwischen den Betrieben herzustellen, versucht, die Kollegen zusammenzubringen, damit sie sich besser kennenlernen, weil das die Solidarität stärkt. Auch von daher war das 'ne gute Sache, Streikposten zu anderen Hafenbetrieben zu schicken.

An einer Stelle mußten wir eine öffentliche Straße zumachen, weil da ein Betrieb war, der nicht anders abzusperren war. Da hatten wir natürlich gleich die Polizei da und auch der ÖTV–Sekretär erzählte den Kollegen, daß sie da nicht stehen dürften. Klar, daß wir auch versuchten, möglichst viele Kollegen zu einer aktiven Streikteilnahme zu bewegen, damit sie den Streik auch zu ihrem machten.

Es gelang auch immer mehr Kollegen klarzumachen, daß der Streik nicht beim "Stempeln" stattfindet, sondern im Hafen. Daß immer mehr Kollegen bereit waren, sich aktiv einzusetzen, ist natürlich nicht allein auf unsere Propaganda zurückzuführen, sondern das spontane Element darf man da auch nicht unterschätzen, daß die Kollegen selbst plötzlich unheimlich kreativ wurden und selbst sahen, das und das muß gemacht werden.

Kontaktadresse: ID– Stichwort Betrieb

WOLF BIERMANN: DIE STREIKPOSTEN VOR EURO–KAI

1.
Wir haben geschuftet und hielten den Mund
an die siebenundzwanzig Jahr.
Jetzt haben wir wieder ein Wort gelernt
das fast schon vergessen war
Und die Bosse dachten, das Weißbrot hat
uns zahnlos gemacht und feig
Jetzt wissen sie wieder
was das ist:
STREIK!

Du! das war mal schön:
Streikposten stehn!
Wir standen da untergehakt in der Reih
Da mußten die Lastwagen alle drehn!
Und Kuddel haut
mit dem Handhaken noch
ein hübsches Loch
in den Streikbrecher-Bus
und SCHLUSS!!
So war das vier Tage vor EURO-KAI
AN UNS KAM KEINER VORBEI

2.
Doch HOLZMÜLLER, der war schlauer als wir
er holte sich seine Kulis die vier
Tage ran mit Barkassen
Und wir?
Wir standen da auf dem Trocknen
und mußten sie schwimmen lassen!
O Mann, da lernst du
das Hassen!
da denkst du: verdammt nochmal
VERDAMMT!
Beim nächsten Streik
da werden solche Nußschalen mal
ganz sacht mit dem Schlepper gerammt!
Und darum HOLZMÜLLER, freu dich man
bloß nicht zu früh!
Das nächste Mal
Kucken wir uns das nicht mit an
und stehn da rum
und gucken dumm
wie diese Tage vor EURO-KAI
–DANN KOMMST DU NICHT MEHR VORBEI!

3.
Und doch war es schön
Streikposten stehn!
Endlich mal
andere Kollegen sehn!
in Ruhe klön'n Mensch!
Keiner kennt doch den andern hier:
Die drüben von HALA, die machten auf ‚fein'
und wir selber früher ein' auf „Hau-Ruck"
Die Bosse aber lachten sich ein'
– NU KUCK:
Was oft nur als Phrase hingeschmiert
mit roter Farbe auf Mauern steht
jetzt wissen wir wieder was das ist:
SOLIDARITÄT
und das ist vielleicht noch wichtiger als
die paar Prozente und die paar Mark!
So war das vier Tage vor EURO-KAI
–AN UNS KAM KEINER VORBEI!

4.
Und die Bosse kunkelten sich ein' aus
und kamen mit ‚7 Prozent' groß raus
–doch für ELF Monate nur!
Sie tönten: Kollegen!
seid nicht stur!
das ist genug!
„Man sachte" sagt Kuddel
und rechnet mit Bleistift selber nach
und sagt: „dat ist Betrug"
Ab FEBRUAR 7%, das macht
aufs GANZE Jahr 6,4
Jungs! ohne den Januar steht die Sieben
doch nur auf dem Papier!
Das ist mal wieder ein dicker Hund!
Und der Hund ist falsch!
Und der Hund ist krumm!

ich
Teil n.
, der ande
zensiert
ungen und Zeitschriften mit der
cherlichsten Begründungen an
en, die zudem noch unzu
sind! So z.B. eine Ze
nergiepolitik (Mini

Die denken wir sind zum Arbeiten gut
und sind zum Rechnen zu dumm.
Nee! Dafür haben wir nicht gekämpft
vier Tage vor EURO-KAI
–SO KOMMT IHR AN UNS NICHT VORBEI!

5.
Wir haben geschuftet und hielten den Mund
an die siebenundzwanzig Jahr.
Und viele in Hamburg wissen nicht mehr
was damals im Hafen war:
im Jahr Einundfünfzig! Der letzte Streik
drei Tage lang war er zahm
nun fragt die Alten warum es dann
zum großen, zum wilden Streik kam!
Die Bosse denken, das Weißbrot hat uns
schon zahnlos gemacht und feig
– jetzt dauert es nicht noch mal so lang
bis zu dem nächsten Streik!
Dann stehen wir wieder in der Reih
und die Busse mit Streikbrechern drehen bei
und nicht nur bei uns hier am EURO-KAI
– AN UNS KOMMT KEINER VORBEI!

*** Bei der Firma EURO-KAI arbeiten etwa 360 Kollegen. Bei der HHLA (Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG), genannt ‚HALA', arbeiten die meisten Hafenarbeiter von Hamburg. HOLZMÜLLER ist einer der wenigen Hafenbetriebe, wo weitergearbeitet wurde.

VERANSTALTUNGEN ZUM RUSSELL–TRIBUNAL

FRANKFURT
15. März

Zu den Rahmenveranstaltungen während des Russell–Tribunals vom 28.3. bis 4.4. in Frankfurt:

Am 28. März findet in der Pupille (Studentenhaus der Frankfurter Uni um 20.00 Uhr) eine Veranstaltung statt, die im vorigen ID mißverständlich angekündigt war. Und so soll es sein:

Ein deutscher Herbst.
Szenen, Bilder, Filme, Texte, Geräusche, Musik und Diskussionen – eine politische Show, zusammengestellt von der Frankfurter Kooperative ROSIGE ZUKUNFT.

Ebenfalls ein wenig voreilig war die Ankündigung, daß das Karl Napp's Chaos Theater am 3.4. um 20 Uhr in der Harmonie spielt. Die Napp's treten nur am Freitag, 31.3. ab Nachmittag im Studentenhaus der Universität auf.

An der Veranstaltung "Zensur in den Medien" am Mittwoch, 29.3. um 19.00 Uhr in der Stadthalle Offenbach nehmen teil: Arnfried Astel, Peter O. Chotjewitz, Sebastian Cobler, Erich Fried, Walter Mossmann, Klaus Staeck, Hermann Treusch (Theater am Turm, Frankfurt), Theater Collage, und zensierten Theaterleuten, Journalisten, Verlagen, Druckern und Buchhandlungen.

Die Veranstaltung "Gewerkschaftsausschlüsse vors Russell–Tribunal? " der Russell–Initiativen Köln und Frankfurt am Dienstag, 28.3. um 20 Uhr im Bürgerhaus Nordweststadt (Grosser Saal) hat folgendes Programm:

1. Teil: eine ca. 30 minütige Tonbildschau:

– Bestandsaufnahme, Ausmaß – Zahlenbelege, Einzelgewerkschafts–DGB–Beschlüsse, Entwicklung der Gründe, die von den Gewerkschaften angegeben werden, Übernahme der FDGO, Anti–AKW, § 218, Betriebsratswahlen, 'klassische UVB's', Nichtübernahme der Satzung (GEW Berlin).

– Fallsammlungen: 1. Gründe, 2. Methoden, Vorschläge für Fälle, 14 Fälle, Schwarze Listen (Veröffentlichung der Namen der ausgeschlossenen Kollegen in der IGM–Zeitung), Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz, Zusammenarbeit mit der Polizei, (Z.Bsp. Druckerstreik 1976 Reutlingen).

2. Teil

– Einschätzung zur politischen Funktion der Ausschlüsse
Referat: Heinz Brandt

– Behinderung im Betrieb – Zusammenarbeit rechter Betriebsrat Unternehmensleitung, Krisensituation
GEW Berlin, GOG Opel, Bochum

– Kritik aus den Gewerkschaften zum Radikalenerlaß/Berufsverboten UVB's

– Juristische Definition der Menschenrechtsproblematik
Referat: Armin Golzem
GFDT – Genevieve Peutiot

Musik: Pflastersteine Köln, evtl. Mossmann

Einen detaillierten Plan aller Veranstaltungen (des Tribunals und der drumrum) in Form von Flugzetteln und Plakaten gibt es ab Mittwoch, den 22. März im Sekretariat der Frankfurter Russell–Initiative, c/o Club Voltaire, Kleine Hochstrasse 5, 6000 Frankfurt 1. Diesen Plan soll es auch im nächsten ID geben.

GRÜNER SENDER VON DER POLIZEI BESCHLAGNAHMT – UMWELTSCHÜTZER FORDERN HERAUSGABE

LÖRRACH/
FREIBURG
13. März

Die Freie Presseagentur Hochrhein bringt folgende Meldung:

„Am Freitag, den 10.3.78, wurde während der Abendstunden von der Lörracher Polizei ein Sender des Umweltschutzsenders „Radio Grünes Fessenheim" („radio verte fessenheim") beschlagnahmt. Der Sendeapparat wurde während der freitäglichen Abendsendung der Umweltschützer von einem Spezial-Suchwagen in einem Wald bei Lörrach aufgefunden. Zur gleichen Zeit verhaftete die Polizei einige Passanten, die sich in der Nähe des Senders aufgehalten hatten. Sie wurden jedoch nach dem Verhör wieder freigelassen.

Mit der Beschlagnahme des Senders von „Radio Grünes Fessenheim" hat die Auseinandersetzung um die alternativen Radios in unserer Region einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Im Sommer 1977 wurde in Gösgen das dortige „Radio Freies Gösgen" von der Polizei beschlagnahmt und die mit dem Sender angetroffenen Personen zu 16 Tausend Franken Geldstrafe verurteilt. Die Verurteilten mußten damals auch den damaligen Polizeihubschraubereinsatz bezahlen.
In Frankreich ging man bisher von der dortigen Postverwaltung mit Störsendern gegen den Sender der Umweltschützer vor. Trotzdem gelang es den französischen Behörden nicht, den unbequemen Sender völlig auszuschalten.

Das „Radio grünes Fessenheim" bietet jeden Freitag und Samstagabend ab 19 Uhr 30 auf UKW 101 - 104 MH aktuelle Informationen aus dem Umweltschutz-Bereich der Regionen Baden, Elsaß und der angrenzenden Schweiz.

Aus Kreisen der Umweltschützer war am Wochenende zu erfahren, daß man von den Behörden die Herausgabe des Senders fordere und geeignete Maßnahmen in der Öffentlichkeit plane.

RADIO FESSENHEIM SENDET WEITER, AUCH IM BEZIRK LÖRRACH.

Kontakt: HOCHRHEIN FORUM - freie presseagentur hochrhein, c/o s'Lädeli Lörrach, Rainstr. 17, 785 Lörrach

ERLANGEN IST GRÜNER GEWORDEN

ERLANGEN 7. März 78 *In Erlangen hat die Grüne Liste einen Sitz im Stadtrat erhalten (von insgesamt 50 Sitzen). Die SPD hat die absolute Mehrheit verloren. Wir erhielten dazu folgenden Bericht:*

"Wenn ihr noch einmal Franken als Provinz bezeichnet (wie im ID 219), werden wir euch als Frankfurter Beton-Provinzblatt nix mehr schreiben!

Zur Erlanger Grünen Liste

Wir sind keine übliche Grüne Liste, mit Ökologie und so. Das haben wir zwar auch drauf, im wesentlichen sind wir aber ein Zusammenschluß der Erlanger Freak- und Politgruppen.

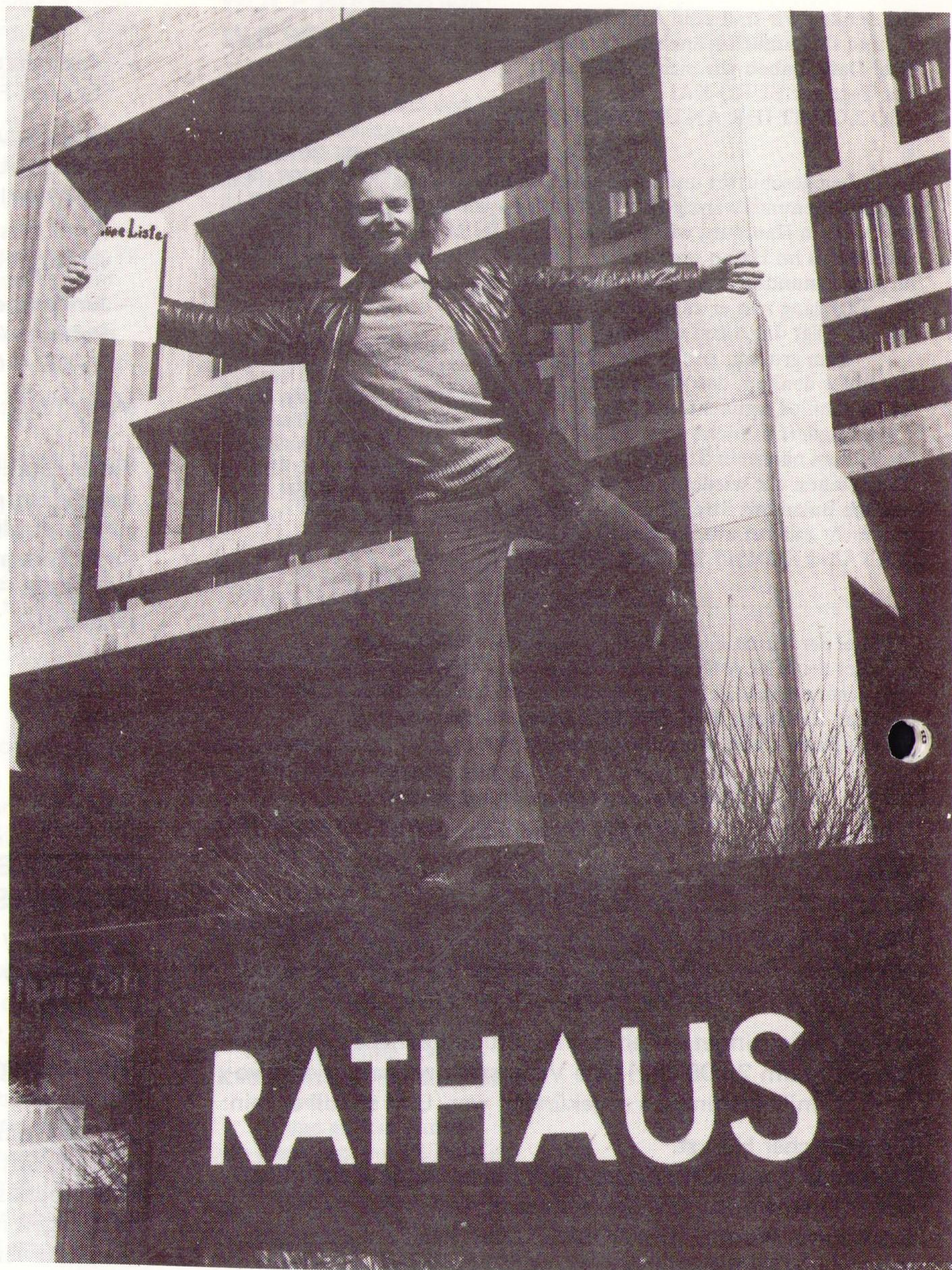
Deswegen rauschts bei uns auch manchmal ganz schön, mit gegenseitigen Vorwürfen von 'Spinner' bis 'SPDler', aber die Wahl hammer überstanden. Und wahrscheinlich auch dazugelernt, daß die Scheiß-Vereinheitlicherei gar net notwendig ist, um miteinander was zu machen.

Jetzt, wo wir einen Sitz im Stadtrat haben, wirds wahrscheinlich wieder losgehen, was der machen soll, weil die Situation völlig unklar ist: Wir sind möglicherweise 'Zünglein an der Waage', weil keiner die Mehrheit im Stadtrat hat. Wir ham uns zwar mehr Sitze ausgerechnet, aber mit einer solchen Rolle hammer net gerechnet.

Der Wahlkampf war eigentlich ganz lustig, weil mer dauernd erklären hat müssen, warum die Frankenseparatisten oder das Sozialistische Zentrum auch dabei ist.

Die Parteien haben uns natürlich ignoriert, aber das war nicht weiter wichtig, weil wir schon von selber in der Presse untergekommen sind. Ein paar Tricks haben wir schon verwendet: Einer von unseren Kandidaten ist CSU-Mitglied und das haben wir bei jeder Gelegenheit gesagt.

Wir haben jedenfalls einen Wahlkampf gemacht, der noch relativ wenig mit Dash-Verkauf der Parteien zu tun gehabt hat. Vielleicht haben wir deswegen bloß 2 % Stimmen, aber dafür brauchen wir nicht um unsere Wählerstimmen zu fürchten, wenn wir Scheiß bauen.



Wolfgang Lederer, der für die Grüne Liste in den Erlanger Stadtrat einzieht.

Zur Aussperrung in der Druckindustrie

Die 'Was lefft' hat am Dienstag, den 7.3., ihre erste Tageszeitung gebracht, mit den genauen Wahlergebnissen vom Sonntag. Binnen ein paar Stunden waren ein paar Tausend verkauft.

Am Dienstag war in Erlangen keine Zeitung erschienen. Es gibt in Mittelfranken zwar keinen Streik und keine Aussperrung, aber die lokale Zeitung hat halt vorm Arbeitgeberverband gekuscht und nix rausgebracht. Weil sowas halt Meinungsmache gegen die Drucker und Setzer ist, haben wir die Rolle der Lokalzeitung übernommen, die genauen Ergebnisse der Wahl gebracht, und den Druckerstreik a weng kommentiert. Ein paar Nachrichten haben wir noch von Radio und Fernsehen abgeschrieben. Am nächsten Tag waren die gleichen Meldungen in der Tageszeitung.

Und unsere hat bloß 20 Pfennig gekostet!

Kontakt:
Heiner c/o Was Lefft, Altstädter Kirchplatz 7, 8520 Erlangen, Tel. 09131/27789

„GRÜNE LISTE FRANKFURT" ZUR LANDTAGSWAHL

FRANKFURT 8. März **Die 'Grüne Liste Frankfurt/M.' beteiligt sich an den hessischen Landtagswahlen im Oktober 1978 in Frankfurt/M. Sie wird zusammen mit anderen lokalen und regionalen Umweltinitiativen eine Landesliste in Hessen aufstellen. Diese Wählergemeinschaft ist für alle nicht parteigebundenen Gruppen, Initiativen und Interessierte der Ökologiebewegung offen.**

Die 'Grüne Liste Ffm' bereitet für die Zeit vom 21.. - 23. April eine Veranstaltung vor, auf der

– Bürgerinitiativen und Umweltgruppen über ihre Beteiligung an der Landtagswahl, aber auch über direkte Aktionen zur Veränderung der Lebensverhältnisse diskutieren sollen
– in der Form eines Jahrmarktes Alternativen vorgestellt werden
– eine Diskussion mit Sprechern der Ökologiebewegung aus Europa stattfinden wird
– Filme gezeigt werden, musiziert und getanzt wird.

Die 'Grüne Liste Ffm' bereitet einen Report über die ökologische Lage und die Lebensbedingungen in Frankfurt/M. vor.



In einer Erklärung der „Grünen Liste Frankfurt" heißt es:

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts sehen die Länder der westlichen Welt (und potentiell alle Länder) die Möglichkeit eines materiell bis zum Überfluß abgesicherten, fast arbeitsfreien Zeitalters. Mit Hilfe qualitativ neuer Technologien sind wir heute in der Lage Nahrungsmittel, Unterkunft, Kleidung und auch Luxusgüter herzustellen, ohne dafür unser Reservoir an schöpferischer Energie mit geistloser Arbeit zu vergeuden. Aber in den entwickelten Ländern bedeutet Arbeitslosigkeit immer noch materielle und soziale Deklassierung und in der 'Dritten Welt' dominieren Hunger und Mangel. Bereits vor der letzten Krise wurde zuviel produziert und die Hungersnot für Millionen von Menschen begann nicht wegen Mißernten, sondern weil die Speicher voll waren.

Sowohl der Mensch als auch die Natur waren immer und sind die gemeinsamen Opfer der hierarchisch, zentralistischen Gesellschaft.

Hier nur einige Fakten:
Die Ozon-Schicht der Erde wird zerstört vom Treibgas der Spraydosen und von den Triebwerken der Düsenjets.
Die Luft, die wir atmen, wird verpestet durch den Bleiausstoß der Autos und durch die Giftwolken der Industrie.
Die Gewässer der 'zivilisierten' Länder sind verdreckt und erwärmt bis zum biologischen Tod. Alleine in den vielbesungenen Rhein kippt die deutsche und französische Industrie täglich die Menge an Salzen, die 50 vollbeladenen Güterwaggons entspricht. Die USA, in vieler Hinsicht einige Jahre voraus, weist heute die ersten brennbaren Flüsse auf. Brennbar, weil voll von Chemikalien.
Riesige zentrale Kraftwerke stören den Wärmehaushalt der Erde. Niemand kann angeben, welche Klimaänderungen dies zur Folge haben wird.

Das ökologische Gleichgewicht wurde endgültig zerstört. Heute führen wir einen chemischen Krieg um unsere Kulturpflanzen. Die stattliche Zahl von 1.6oo Schädlingsbekämpfungsmitteln wird eingesetzt. Die meisten davon sind Nervengifte für den Menschen. Einige führen zu Erbschäden.
New York, Tokio, Mexiko City zeigen uns die Perspektive der Städte: Großraumbüros, Betonsilos, Slums, Schnellstraßen, die so breit sie auch sind, dennoch verstopft sind, Müll, Lärm, Dreck und Gestank.
Um diese riesigen Ballungsgebiete mit Energie versorgen zu können, macht sich die Atomindustrie an ihr Jahrtausendwerk. Dies sind nur einige aktuelle Brennpunkte von Ausbeutung und Zerstörung der Natur. Wie aber steht es um die Menschen? Noch arbeiten die meisten fünfmal in der Woche acht Stunden, fein getrennt nach Hierarchien und Spezialisierung. Mit dem Geld, das wir mit der meist unbefriedigenden Arbeit verdienen, können wir einige nützliche und sehr viel unnütze Sachen kaufen. In der Freizeit sollen uns Riesenspektakel ergötzen, aber auch einschüchtern und Wünsche produzieren: Olympiaden, Königs-Hochzeiten, Mondlandungen. Der Mann fiebert der Fußballweltmeisterschaft in Argentinien entgegen, in einem Land, in dem Folter und Todesschuß auf der Tagesordnung stehen. Die Direktübertragung erfolgt via Fernsehsatellit. Tausende dieser Satelliten werden uns in den nächsten Jahren auf den Kopf fallen. Sie sind atomgetrieben, wird der Krisenstab tagen; sonst schlägt uns höchstens ein Metallteil den Schädel ein.

Ferner sorgen die chemischen Konzerne mit ihren 'happy pills' und Schlaftabletten für unser seelisches Gleichgewicht und für ihren Profit. Allein 1971 haben die Bundesbürger 400 Millionen Einzeldosen Valium geschluckt.

Alle diejenigen, die sich trotz alledem noch unbehaglich fühlen und dies ändern wollen, werden durch Spezialisten für krank, für irre erklärt oder zum Sympathisanten gestempelt.

Wenden wir nun den Blick von der allgemeinen Lage auf unser menschliches Frankfurt/M.:
Bankhochhäuser, zerstörter Wohnraum, Messehallen, Autolärm, Fluglärm, Verkehrsstauungen, Schnellstraßen, Smog-Alarmpläne, eine verdreckte Nidda, ein verdreckter Main, ein ausgetrockneter Schwanheimer Wald, die Giftwolke aus Höchst.

Und was ist geplant:
Neue Autoschnellstraßen werden das Leben noch unerträglicher machen: der Riederwälder Rüssel, die drei- bis fünfspurige Bockenheimer Landstraße, der Autobahnzubringer durch Niederrad.
Das Großkraftwerk Fechenheim wird den verdreckten Main endgültig in eine lauwarme Kloake verwandeln.
Bockenheim wird wegsaniert und in eine U-Bahnrampe und eine zweite Zeil verwandelt.
Frankfurt wird täglich unbewohnbarer!

Was machen in dieser Situation die Politiker, unsere Stadtväter (-mütter, soweit vorhanden) und Stadtverordneten?
Sie vertuschen in Untersuchungsausschüssen ihre Machenschaften. Sie halten große Reden oder schlafen in ihren Bänken. Sie fordern Freiheit statt Sozialismus, Freie Fahrt für Vernunft oder seien Sie stolz auf Deutschland.

Die Spezialisten ersinnen vierspurige Straßen und dazugehörige Smogpläne. Sie finden, daß Grünanlagen und Kinderspielplätze dem Verkehrsfluß weichen müssen. Sie ersinnen vierzigstöckige Betonklötze. Sie erklären die Neutronenbombe zur Friedenswaffe. Sie verkaufen uns tagtäglich für blöd!
Uns reicht es!
Wir wollen eine grüne, eine ruhige, eine liebenswürdige Stadt. Aber wir wissen, daß für eine menschliche Stadt Grünanlagen, Alleen und saubere Gewässer nicht ausreichen. Um eine Stadt menschlich zu machen, muß es auch menschliche Beziehungen geben können. Auch diese gilt es zu entwickeln.

Wir möchten daher an einer Bewegung teilnehmen, in der Bürgerinitiativen, Gruppen und Individuen, die sich für Ökologie und ein menschliches Leben einsetzen, ihre Interessen und Bedürfnisse diskutieren und aktiv dafür kämpfen. Wir glauben, daß die Landtagswahlen dazu einen guten Rahmen abgeben: Dem Wahlkampf der Parteien, ihren wehenden Fahnen, ihrem Himmelsblau, ihren leeren, aus tausend Nahaufnahmen ausgewählten Gesichtern, ihren blöden Waschmittel-Werbesprüchen, wollen wir unseren Willen zum Leben entgegensetzen. Widerstand und Alternative, Aktion und Vermittlung werden unseren Wahlkampf bestimmen.

Kontaktadresse:
'DISTEL', Überlebensmittelladen, Kurfürstenstr. 16 H, 6 Frankfurt, Tel. 0611/77 94 05

GIFTWOLKE ÜBER INGOLSTADT

MÜNCHEN 15. März

Am Samstag, den 18.2.78 wurden aus der Ingolstädter Esso-Raffinerie 90 t gifthaltiger Katalysatorstaub über einen Notkamin abgelassen, der auf ein 40 qkm großes Gelände in der näheren Umgebung niederging. Dies ist nach dem "Störfall" in Ohu Anfang Februar der zweite in allerjüngster Zeit bekannt gewordene Betriebsunfall einer technischen Großanlage mit möglicherweise gesundheitsgefährdenden Folgen für die Bevölkerung in der jeweiligen Region.

Die Tagespresse befaßte sich mit den offensichtlichen Mängeln im Sicherheitssystem und fragte sich, ob die Esso den Unfall von sich aus hätte melden sollen. Aber wie üblich diente die Berichterstattung in erster Linie dazu, die Bevölkerung mit umweltschutzamtlichen Ungefährlichkeitsbeteuerungen zu beruhigen. Wie sich sowas auf die Dauer auswirkt, läßt sich deutlich aus den Interviews mit den Leuten in Ingolstadt ablesen.

Wir sind nach Ingolstadt gefahren, um möglichst direkte Informationen zu sammeln, und mit den Leuten aus dem betroffenen Gebiet zu reden. Uns ging's um genauere Erfahrungen, um einen umfassenderen Überblick darüber, wie verantwortliche Behörden und die Industrie die gesetzlichen und technischen Maßnahmen zum Umweltschutz handhaben, die die Sicherheit und Gesundheit der Menschen und ihrer natürlichen Umgebung garantieren sollen. Solchen "Garantien" mißtrauen wir zu recht. Hier aber wollten wir vor allem klarmachen (auch uns selbst), warum wir das tun. Grund dafür ist nicht nur, daß sich die unkontrollierbaren Giftstoffemissionen in letzter Zeit auch in Bayern ziemlich häufen — noch während wir an diesem Artikel bastelten meldete das Radio erneut einen unvorhergesehenen Zwischenfall aus Ingolstadt, diesmal mit übelst riechendem und auch nicht ungiftigen Schwefelwasserstoff. Die Frage ist vor allem, wie sie es tun. Ingolstadt ist ein Beispiel, ein besonderes wohl nur deshalb, weils bekannt geworden ist. Vielleicht gelingt es uns, mit diesem Bericht unsere Kritik anschaulicher und die Impotenz der "großen Brüder" bei der Kontrolle ihrer "Brüter" transparenter zu machen.

DER ABLAUF DES UNFALLS

Also an jenem Samstag kam es in der Esso-Raffinerie gegen 9.30 h zu einer Störung im automatisch gesteuerten System der Crackanlage. Was dazu führte, daß 90 t Katalysatorstaub durch einen plötzlich entstandenen Überdruck aus dem Notkamin der Raffinerie geschleudert wurden. Das Gelände, auf dem der Staub niederging, umfaßt das nördliche Stadtgebiet von Ingolstadt, vor allem die Orte Lenting, Kösching und Unterhaunstadt, sowie weite landwirtschaftlich intensiv genutzte Ackerflächen.

Bei dem Katalysatorstaub handelte es sich um Tonerde und die beim Crackprozeß freiwerdenden angelagerten Abfallprodukte: Vanadiumpentoxyd (V_2O_5), Nickel und Kohlenstoff (Ruß). Unter normalen Umständen wird der Katalysator dauernd in einer Entstaubungsanlage gereinigt und wieder benützt. Dazu braucht man Druckluft. In diesem Fall jedoch ist durch einen witterungsbedingten (so kalt war's aber nicht!) technischen Defekt, wahrscheinlich im Meßsystem, die Druckluft plötzlich ausgefallen und der für solche Fälle als Ersatz vorgesehene Dampf kondensierte "wegen der Kälte" zu Wasser. Es kam zu explosionsartigen Reaktionen, der Katalysatorstaub entwich ungefiltert über einen für solche Fälle eingeplanten 60 m hohen Notkamin. Wie die Esso erst später zugegeben hat, wurde über längere Zeit immer wieder versucht, die Anlage unter Zufuhr neuen Katalysators wieder in Betrieb zu bringen. "Was bisher in solchen Fällen auch immer gelang" (Esso). Prompt schoß auch der neue Dreck immer wieder aus dem Kamin. Obwohl offiziell erklärt wurde, die Crackanlage sei "produktionsmäßig" gegen 12 h außer Betrieb gegangen, räumt die Esso später ein, daß "sich im System natürlich noch Katalysator befand und es bis Samstag oder Sonntag Nacht gedauert haben kann, bis das System vom Katalysator befreit war". Wie sie ihn da rausgebracht haben, lassen wir mal offen.

Nach Angaben der Bevölkerung rieselte am Samstag — eine Frau erzähte uns sogar, bis Dienstag — feiner, grau-schwarzer Staub vom Himmel. Er schwärzte den Schnee, bedeckte Häuser, Pflanzen und Autos und konnte mitunter kübelweise zusammengekehrt werden. Bald nachdem der unbekannte staubige Niederschlag eingesetzt hatte, trugen Anwohner, von der Esso als "irgendwelche Privatleute" bezeichnet, die sich eingemischt haben, den Staub zur Polizei, die dann das Landesamt für Umweltschutz in München (LAU) verständigte. 5 Stunden nach Beginn des Unfalls begann der aus München angereiste Meßtrupp endlich mit den Untersuchungen.

DIE INGOLSTÄDTER INDUSTRIEREGION

Für die dortige Bevölkerung war dieser Unfall der bislang schwerwiegendste, den man zudem im Zusammenhang mit der allgemeinen Belastung dieser Region sehen muß. Obwohl die Beschwerden über die extreme Belastung der Luft in der Region Ingolstadt eine lange Geschichte haben, ist es nach Angaben der LAU zwar des öfteren zu einem erheblichen Anstieg des Luftverschmutzungsindex gekommen, der Smogalarm auslösende Grenzwert wurde jedoch bisher nicht erreicht.
Das Donaubecken zwischen Neuburg und Neustadt ist seit der

Fortsetzung auf Seite 17

Interviews mit der Ingolstädter Bevölkerung

Haben Sie was von dem Unfall gemerkt, der letzten Samstag in der Esso-Raffinerie passiert ist?

Mann um die 40: Nein, i hab gar nichts gmerkt. I war ganz überrascht, als i's in der Zeitung glesen hab. Ja da hab i mir gedacht, warum machen die so einen Zirkus draus, wo's doch gar nichts zu bemerken gab.

Hausfrau: Waas? Bei uns war so dick blauschwarzer Sand auf den Fensterbrettln glegen.

Taxifahrer: Also, i hab nichts abkriegt. Ihr vielleicht in Lenting und Unterhaunstadt. Und wenn des wirklich so schlimm gwesen wär, dann hätten die sofort Alarm gebn. In Ingolstadt haben wir ja 5 Stück, die hätten sie ja dann eingestellt, die dürfen ja nicht weiterarbeiten.

40-jähr. Hausfrau: Ja, jaa, aber meine Tochter in der Müllerbadsiedlung, die hat gjammert.Wie Mohnkörner hat der Dreck ausgeschaut, mit dem Besen habn sie's direkt schaufelweis vom Garten draußen, vom Balkon, von de Fenster kübelweis zsamtragn. Am Montag, am Dienstag hat sie noch den Dreck drunten ghabt, immer wieder, immer wieder is er gkommen, jetzt is besser.

Junge Frau: Ja, haargenau. Der Schnee war total schwarz und als i in der Früh lüften wollt, hab i die Fenster sofort wieder zugmacht, es stinkt scheißlich. Wenn man nicht unbedingt nausmuß auf'd Straß, soll man am besten zhaus bleibn. Mit meim Kind hab i mi 5 Tag nicht mehr raustraut.

Was haben Sie dann gemacht, als Sie den ganzen Dreck bemerkt haben?

Hausfrau: Ja, bei der Polizei habn wir angrufen und die habn gsagt, daß das ausgefallen ist und daß man da gar nichts machen kann.

40-jähr. Hausfrau: Also wir habn den Dreck kübelweis zum Bürgermeister bracht, der hat gleich veranlaßt, daß die kommen und dann hat man nachgschaut, was da los ist. Aber die ham uns gsagt, daß es nicht gefährlich sein soll, daß das bloß so eine Rußart is, ham halt die Leit a bisserl beruhigt.

Glauben Sie auch, daß dieser Dreck nicht gefährlich ist?

Mann um die 40: Nein, möglicherweise, wenn mehr gkommen wär, wärs gfährlicher worn, aber in dem Fall wie des war bis zur Eindämmung war keine Gfährlichkeit vorhanden. Solche große Ausmaße hat's wirklich nicht ghabt. Ja wenn ganz Ingolstadt schwarz gwesen wär ... die ham ja alles untersucht, von Gefahr wär da nichts da gwesen, kein Gsundheitsschaden.

Hausfrau: Doch, doch, des war schon, also in dem Raum Unterhaumstadt, Deschin, die Außenbezirke von Ingolstadt, des war voll.

Taxifahrer: Jaa, da müssen die erstmal Meßstationen aufbaun, hier überall, wenn die wirklich meinen, daß soviel Gift rumflogn is. Aber i glaub nicht, daß das so schädlich is, wie die des in der Presse wiedergebn hab. Ja, wenn des da untn in der Giftmühl passiert wär, in der chemischen Fabrik, dann wär es a mittlere Katastrophe worn. In der Raffinerie ham sie sowieso schon die Schornstein höher baut, die ham da Filter und alles drin.

Aber es geht ja nicht nur um die direkt bemerkbare Schädlichkeit, sondern auch darum, daß diese Giftstoffe auf längere Zeit sich ansammeln und dann gefährlich werden.

Mann um die 40: Also, i find des nicht so wichtig, des Kapitel Umweltverschmutzung. Also i persönlich, die halten die Werte sowieso so niedrig, daß wenn es mal zum Ausbruch kommt, daß da effektiv nichts passieren kann.

Schüler: Solang des net bei uns runterkummt, solang i net selber draufgeh, ist des alles unwichtig. Wichtig is für mi: Mädchen, die interessieren mi, net arbeiten müssn, Schul in d'Luft geh lassen und so Zeigl. Ja, des wär des Beste, so dyna, it fabriziern oder Nitroglycerin und dann ins Schulhaus neischmuggeln.

ältere Frau: Doch, freilich is des wichtig, denn des gefährdet ja die Gsundheit von uns und unsern Kindern, Enkelkindern, aber wos wollns denn machen? Da könnens gar nichts machen. Wenn des runterkommt, was kann man da objektiv machen. Das Öl, d'Heizung brauch ma und da gibt's ja heit soviel Sachn, die Chemiefabrik und all die Verpackungen, da weiß man gar nicht, was des is, des is zwar hygenisch, sagt man, aber man weiß nicht, wie sich des auf'd Gsundheit auswirkt. Die ganze Industrie hat ja erst vor 60 Jahren angefangen ... Letzthin hab i soviel verkrüppelte Kinder vorbeilaufen sehn, soviel hats früher net gebn.

Bekommen Sie da nicht einen Schreck, wenn Sie von dem Unfall hören und haben Sie dann viel zusammen geredet?

40-jähr. Hausfrau: Im ersten Moment kriegt man natürlich einen Schreck, aber was soll man da sagen, des is abputzt worn und aus. Des hat sich alles schon erledigt, alles schon vergessen. Jetzt warten wir schon wieder auf was neues.

Frau im selb. Alter: Des war je net des erste Mal, das so was gwesen is. Letzten Sommer hamma's doch auch erst hinterher erfahren, daß ma bald Alarm kriegt hätten, höchstalarm.

Mann: Wissen Sie, hier heraussen stinkt's öfters nach der Esso, vor allem wenn der Ostwind kommt wenns Wetter neblig is, im Sommer da merkt man bsonders, weil man da die Fenster aufhat, des stinkt wie faule Eier. Da is net viel Luft zum Schnaufen da. Vor allem, wenn die ablassen, da is der Smog oft so dick, daß man kaum durchsieht. In der Nacht wird man oft direkt wach vom Geräusch, wenn die ablassen.

Hausfrau: Wir merkens ja auch auf unserem Gmüs. Die Blumen, die Rosen ham oft, wenn a so schlechts Wetter is direkt a Fettschicht, und des is genauso mit unseren Gurken, die san verreckt, die warn schneeweis hinterher.

jüngere Frau: Wenn des amal scheppert, dann san ma alle hin, dann san mir die ersten, die hin sind, also i möcht weg von Unterhaunstadt, des is nichts.

Sehen Sie denn gar keine Möglichkeit, daß man dagegen was machen kann?

40-jähr.: Die Raffinerien sind nun einmal da, des ganze Zeigel hätts doch gar net braucht. Wie ham sich die Ingolstädter gesträubt, daß die Ölraffinerien herkommen. Ja glauben Sie denn, da werden d' Leit gfragt? Die hams halt nausbaut weils Arbeitsbeschaffung is, ja die Arbeitslosigkeit is da, mein Gott, da bringt ma halt wieder soundsoviel unter.

älterer Mann: Heit stehts in der Zeitung drin, daß die von der Esso wieder Verbesserungen machen wolln. Aber wir wissen nicht, was des is, wir können uns net überzeugen, weil wir net naufsteign können. Wenn die Herren, die an den Stellen hocken, wenn die sich schon nicht durchsetzen können, was will dann der Kleine machen? Wir kriegen bloß den Trost, es wird was unternommen, des bleibt in der Verhandlung und dann wirds untern Tisch neikehrt. Und wenn dann einer neistiert, dann heißts, des is a Meckerer.

Hausfrau: Ja, wenns in Ingolstadt so was gäb wie "jetzt red i", die Sendung im Fernsehn, da würd ich auch hingehn, da könnt das Volk redn. Aber was taten denn die Leit sagn, wenn wir hier in der Fußgängerzone zum protestieren anfangen würden. Die taten sagn, ja fangen die jetzt zum Spinnen an! In Italien, ja des san alte Demonstranten, da rührt sich gleich alle acht Tage was. Aber bei uns ...

Heute abend findet eine Veranstaltung von Esso und dem Bezirksausschuß zu den Vorgängen statt. Was halten Sie davon?

älter Frau: Das find ich sehr gut, da hben die Betroffenen, z.B. die Wohnungen von der Neuen Heimat, die sind ja Werkswohnungen von der Esso, die so eine gewisse Angst haben, vielleicht unbegründet, die Möglichkeit sich aufklären zu lassen und zu hören, was für die Zukunft unternommen werden soll, um sowas zu vermeiden, wie man sich davor schützt.

edeka-Frau: Die brauchen mi da gar net aufklären, des weiß i sowieso was da runterkommt. Drum hat des gar keinen Wert, wenn man sich da aufregt oder hingeht, da ruiniert man bloß seine Nerven und fertig.

Fortsetzung von Seite 15

Inbetriebnahme der transalpinen Ölleitung (TAL) zu einer der größten Industrieregionen Bayerns gemacht worden. 5 Raffinerien, zwei große Ölheizkraftwerke in Vohburg und Großmehring, sowie die Auto-Union, um nur die größten zu nennen. Die Belastung der Luft durch Schwefeldioxyd, die allgemeine Staubkonzentration und die Ausdünstungen der Lackierereien der Auto-Union, mit ihren dem DDT ähnlichen chemischen Eigenschaften führte zu ständigen Klagen der dort lebenden Menschen über erhebliche Geruchsbelästigung, Übelkeit, Herzbeschwerden und Kreislaufzusammenbrüchen zu Spitzenzeiten.
Die im Sommer 1976 geründete BI "Gesunde Umwelt" macht bereits die Durchschnittswerte der Belastungen verantwortlich für das Ansteigen von Bronchialerkrankungen, Asthma und Lungenkrebs. Der Bund Naturschutz verweist auf absterbende Föhrenwälder in Abendsberg, das in die Windschneise der Raffinierien fällt. Einem Hausbesitzer aus Katherinenberg, das direkt neben der Shell-Raffinerie liegt, sind im Frühjahr 1976 sämtliche Nadelbäume und alle Dachziegeln kaputt gegangen. Zur selben Zeit beobachtete man bei Behinderten einen Anstieg epileptischer Anfälle ums Mehrfache.
Prof. Antweiler vom Institut für Lufthygiene und Silikoseforschung der Uni Düsseldorf bezeichnete die Ingolstädter Luft als "nicht gesundheitsschädlich". Dies, obwohl im Donaubekken erschwerend hinzukommt, daß seine Wetterlage zu 30 % im Jahresdurchschnitt als "austauscharm" also smoggefährdet, ausgewiesen ist.
Diese Umstände machen deutlich, daß vom Anspruch des technischen Umweltschutzes, wie er gezwungenermaßen von den Technokraten in Behörden und Industrie vertreten wird, in Wirklichkeit nicht viel übrigbleibt.
Vordergründig fragen wir hier nach der technischen Durchführbarkeit der staatlichen Sicherheitsgarantien.

SIND "UNSERE" HEUTIGEN INDUSTRIEANLAGEN NOCH KONTROLLIERBAR?

Dies betrifft z.B. die Filter- und Sicherheitstechnik in der Esso-Raffinerie, für deren Betriebsgenehmigung und Kontrolle das Landratsamt Eichstädt in Zusammenarbeit mit dem TÜV zuständig ist. Die Messungen des TÜV sind Grundlage einer Beurteilung des LAU, aufgrund derer die Betriebsgenehmigung erstellt wird.
Die Filteranlagen der Esso-Raffinerie sind zentral den einzelnen Kaminen vorgeschaltet. Der Notkamin, durch den der giftige Katalysatorstaub entwich, ist nicht an diesen Filter angeschlossen. Die Filteranlage hätte nach allgemeiner Einschätzung von Fachleuten die explosionsartig entweichenden Staubmengen auch nicht abfangen können, denn die Filter arbeiten elektrisch, indem sie den Staub ionisieren und in einem Magnetfeld abfangen. Geht man weniger selbstlos an die Sache ran als der Sachverständige für Emissionsschutz bei der Regierung von Oberbayern, der meinte, derartige Unfälle seien der Preis für die Industrialisierung, so fragt man sich doch, warum die Anlage genehmigt wurde, obwohl die Filteranlage den Notkamin nicht erfaßte, und obwohl die Filter selbst nur auf den Normalbetrieb, nicht aber auf etwaige Störfälle vorbereitet sind.
Die Esso und das LAU können mit der Feststellung, daß unvorhersehbare Ereignisse — sowas hat es angeblich noch nie gegeben — nicht einzuplanen sind, die Vorwürfe nicht entkräften. Denn daß die sicherheitstechnische Anlage mangelhaft ist, wird auch ohne neuartige Störfälle einsichtig.
Zumal die installierten Filter im Normalbetrieb nur einen Wirkungsgrad um die 95-99 % erreichen. Ab diesem Wirkungsgrad wird es immer schwieriger, Giftstoffe abzufiltern. Jedes Prozent mehr bedarf eines ungemein größeren technischen Aufwandes. Die Esso sagt von sich, die modernsten Filteranlagen installiert zu haben. Selbst wenn man das glaubt, so kommt bei einem Produktionsdurchlaß von 7 Mio. t jährlich mit jedem Prozent Giftstoff, das dennoch entweicht, immer noch ein ganz schöner Waggon zusammen übers Jahr, der zwar in den aktuellen Meßwerten kaum auftritt, aber dennoch als Gift in die Umwelt gelangt.

DAS LUFTHYGIENISCHE ÜBERWACHUNGSSYSTEM IN BAYERN: RATLOS!

Dasselbe gilt für das lufthygienische Überwachungssystem des LAU, das zwar — wie im Nachhinein festgestellt wurde — am betreffenden Samstag einen Anstieg der Staubkonzentration im Ingolstädter Raum registrierte, aber keinen Alarm auslöste.
Dieses lufthygienische Überwachungssystem mißt an 48 Orten in Bayern automatisch rund um die Uhr den sog. Luftverschmutzungsindex, der aus 4 Werten besteht: Schwefeldioxyd, Kohlenmonoxyd, Stickstoff und Staubkonzentration pro Kubikmeter Atemluft. Mit Ausnahme von Schwefeldioxyd, bei dem bei Überschreitung automatisch Alarm ausgelöst wird, werden alle anderen Werte im Normalfall nur alle 8 Stunden abgerufen. Aus der Rekonstruktion konnte man im Nachhinein feststellen, daß ein exakter Meßwert für die Staubkonzentration vorgelegen hat (0,29 mg pro Kubikmeter Atemluft bei einem Grenzwert von 0,4 mg). Die Behörden haben aber weder das giftige Vanadiumpentoxyd(V_2O_5) registriert, noch wurden sie durch die Staubkonzentration alarmiert.
Also: es kann stundenlang rußiger Staub vom Himmel fallen und immer noch sind nur zwei Drittel der erlaubten Höchstmenge erreicht. Da erstaunt auch nicht mehr, daß es so selten "nötig" ist, Smog-Alarm zu geben oder von Gesundheitsgefährdung zu sprechen.

Von Umweltschützern wird dieses Meß- und Alarmsystem vor allem deshalb kritisiert, weil es zu sehr auf den Schwefeldioxyd-Gehalt der Luft ausgerichtet ist und zuwenig andere, inzwischen weit bedeutendere Gifte mißt. Außerdem ist es zu wenig verursacherbezogen ausgerichtet, d.h. der Index wird in der jeweiligen Umgebung gemessen, nicht aber an den Verursachern, z.B. den Raffinerien direkt. Die Esso kontrolliert ihre eigenen Meßanlagen selbst, wie alle anderen Raffinerien auch. Die örtliche BI "Gesunde Umwelt" forderte vor zwei Jahren die offiziellen Meßgeräte nicht nur außerhalb der Betriebe, sondern auch direkt am Kamin zu installieren. "Dann wäre endlich das Schwarze-Peter-Spiel vorbei. Denn, wenn die Luft schlecht ist, sagt die Esso, das war die Shell und umgekehrt."
Den konkreten Fall vom 18.2. hat das Alarmsystem nicht erfaßt, erst als die Bevölkerung Rabbatz machte, wurde die Staubkonzentration abgelesen, das giftige v2o5 wurde nach Stunden an Ort und Stelle festgestellt.
Hier werden die Grenzen des technokratischen Umweltschutzes klar: Es ist längst allgemeine Erfahrung, daß sich behördliche Maßnahmen ebenso wie die der Industrie dann vor allem auf das Herunterspielen der Gefahr und die Beruhigung der Bevölkerung beschränken. In Ingolstadt hat sich das erneut bestätigt. Gutachter bestellen und Untersuchungsergebnisse abwarten: Basta.

VANADIUM UND VANADIUMPENTOXYD

In Stellungnahmen, die die giftigen Stoffe des ausgetretenen Staubs behandelten, sprechen sowohl die Esso als auch das LAU von Vanadium, als einer nur in hoher Konzentration für den Menschen gefährlichen Substanz, die aber auch in der Natur, in Mineralien und Pflanzen vorkommt. Das Umweltbundesamt in Berlin hingegen spricht von Vanadiumpentoxyd, einer Sauerstoffverbindung; was auch wahrscheinlicher ist, weil v2o5 bei der Verbrennung von Erdöl frei wird und weil die hohen Temperaturen beim Cracken (600) Vanadium mit Sauerstoff reagieren lassen. Im "Handbuch der anorganischen Chemie" kann man nachlesen, daß Vanadium ähnlich giftig wirkt wie Blei oder Quecksilber, und giftiger als Arsen ist.Das Pentoxyd wird darüber hinaus als besonders gefährlich beschrieben. Dieser Unterschied ist wichtig, weil es Bronchitis und sonstige Erkrankungen der Schleimhäute und der oberen Luftwege, sowie Lungenentzündung verursacht. Bei Kaminkehrern sind das Berufskrankheiten, und hier ist das Pentoxyd als eine Ursache bekannt geworden. Außerdem ist es verdächtig, Krebs zu erregen.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern

Diesen schwerwiegenden Unterschied zwischen Vanadium und Vanadiumpentoxyd zu mißachten ist nicht der einzige Vorwurf, den man den verantwortlichen Behörden in diesem Zusammenhang machen kann. Mit ihren bekannten Ungefährlichkeitsattesten sind ihnen eine ganze Reihe weiterer Ungenauigkeiten unterlaufen. So ist die vom LAU am Samstag aufgezeichnete Staubkonzentration nur die allgemeine, nicht aber die Konzentration des V_2O_5 am Boden. Zwar läßt sich daraus keine Überschreitung der Höchstwerte errechnen, aber diese Zahlen spiegeln auch nicht die tatsächlichen Umstände wieder. Zum einen sind sie nur theoretische Schätzwerte (da ja immer nur im Durchschnitt errechnet), zum anderen ignorieren sie die örtliche Langzeitbelastung.
Die ökologische Kritik wendet sich im Gegensatz zum technischen Umweltschutz gerade deshalb gegen solche Zahlen, weil sie – entsprechend ihrer Erforschung – nur kausale Zusammenhänge zwischen Gift und Körperwirkung messen können, weil sie alle anderen natürlichen Umstände vernachlässigen. Die amerikanischen Höchstbelastungs-Werte für das Pentoxyd wurden an Ratten ausgetestet und aus Krankheitsbildern von Kaminkehrern zusammengestellt. Das Problem bei diesen Verfahrensweisen ist, daß sie bestenfalls die offensichtlich giftigen bzw. tödlichen Dosen, nicht aber Auswirkungen von Langzeitbelastungen berücksichtigen. Allein die 1 % - 2 % Abgasemissionen, die die Filteranlagen der Esso nicht erfassen, rechtfertigen die Vermutung, daß die Ingolstädter Bevölkerung seit langem dem nicht gemessenen Gift Vanadiumpentoxyd ausgesetzt ist.
Ein zweiter Wert soll die Wasserunlöslichkeit und damit auch zugleich die Unbedenklichkeit der Schadstoffe in ihrer Wirkung auf die landwirtschaftliche Produktion und das Grundwasser beweisen. Hier aber wird die Unbrauchbarkeit solcher Zahlen noch klarer. Auswaschungen des Landratsamtes für Wasserwirtschaft haben ergeben, daß die Wasserlöslichkeit des v2o5 sehr gering ist, also nicht damit zu rechnen sei, daß sich das Gift im Grundwasser löst und so das Trinkwasser verseucht. Dies und vor allem die geringe Menge von v2o5 wie es am Boden vorzufinden war, genügte dem LAU, auch hier zu entwarnen. Aber diese Zahl geht davon aus, daß sich der Staub gleichmäßig verteilt hat. Hinter dieser Zahl berbirgt sich die Unverfrorenheit von Beamten und Raffinerieleitung. Die trauen sich, einer Bevölkerung, die hier den Staub kübelweise wegräumen konnte und dort nur einen Grauschleier wahrnahm, mit Durchschnittswerten die Ungefährlichkeit ihres Drecks zu beweisen. Im Durchschnittswert steckt der Fehler, der sich dadurch potenziert, daß auch er nicht die spezielle Langzeitbelastung der Ingolstädter Region berücksichtigt.

Zusammenfassend können wir sagen: Das LAU hat im Gegensatz zum Umweltbundesamt in Berlin immer nur von Vanadium gesprochen, v2o5 ist aber weit giftiger als reines Vanadium. Die Behauptung, daß die Ingolstädter Bevölkerung nicht gefährdet sei, kann mit keiner angegebenen Zahl bewiesen werden. Tatsache ist, daß letztlich noch immer nicht klar ist, wieviel Katalysatorstaub tatsächlich in die Luft ging, daß die v2o5-Konzentration nicht gemessen wurde und alle anderen nachträglich festgestellten Werte lediglich Durchschnittsangaben sind. Tatsache ist auch, daß die Angabe des Anteils von v2o5 am Boden von einer Gleichverteilung ausgeht, und das ist falsch.
Es gibt keinerlei Forschung, die die weiteren Wirkungen und Reaktionen von v2o5 im Wasser, im Boden und in den Pflanzen beschreibt. Die Erkenntnis, daß der Mensch Vanadium nicht aufspeichere, sagt nichts über die Depotwirkung bei Pflanzen und Mikroorganismen aus. Ebenso ist keineswegs geklärt, ob und in welchem Ausmaß sich v2o5 im Boden in ebenfalls giftige Vanadinsäuren wandelt, wenn v2o5 nur gering wasserlöslich ist.
Auch wenn der Anteil des v2o5 in den ungefilterten Staub wirklich zu gering war um akute Schäden zu verursachen, so hat dies in Anbetracht der extremen Belastung in dieser Region keine besondere Aussagekraft mehr.
Wenn alles wegen zu geringer – als direkte Gefahr nicht meßbarer – Mengen "vernachlässigt" werden kann, so kann man auch hier davon ausgehen, daß sich all diese Geringfügigkeit zumindest aufaddiert.
Das LAU hat keine Möglichkeit dafür parat, wie das giftige V_2O_5 wieder aus dem Biozyklus rausgeholt werden kann. "Das mit dem Humus abtragen wird man nicht machen können. Das ist eine Erfindung des Herrn Schneider von der SZ. Höchstens kann man sagen, es darf so und so lang nichts angebaut werden, aus der Grundwassersohle darf so und so lange kein Grundwasser entnommen werden" (Pressestelle des LAU). Also bleibt's drin! Das ist aber entscheidend! Solange kein wirkliches Wissen über die umfassenden Auswirkungen von V_2O_5 in der Natur besteht, solange ist es auch egal, ob es nun im Grundwasser ausgewaschen wird oder "nur" im Boden ablagert. Pflanzen oder andere Organismen können dieses giftige Element nicht vernichten.

Die Ökologie betrachtet Mensch und Natur als ein komplexes Ganzes. Ihr Zusammenwirken kann eine isolierende, von allen "Störfaktoren" abstrahierende Forschung und industrielle Technik überhaupt nicht verstehen. Da haperts nicht an der schlechten Verantwortlichkeit oder zu geringen finanziellen Mitteln, da fehlts an Überschaubarkeit und identischer Vertrautheit, am Einblick und am Überblick, den streng definierte Daten nicht ersetzen können. Die Meßwerte, die an Tier- und Menschenversuchen ermittelt oder im Reagenzglas austaxiert werden, sind deshalb so wenig nützlich, weil sie viel zu menschenbezogen sind. Der Mensch und die Ratte, sein treuester Parasit, vertragen vielleicht am allermeisten von allen Lebewesen, alles andere Leben deformiert sich viel schneller, stirbt unwiederbringlich vorher ab. Die eigentliche bislang noch gar nicht richtig bemerkte Gefahr geht davon aus, daß die untere, weniger widerstandsfähige Basis viel eher kaputt geht als der Mensch.
So weiß man zum Beispiel von Fischen, denen die "unbedenklichen" Giftstoffe zunächst nichts anhaben konnten, daß sie regelrecht verhungert sind, weil die Kleintiere und Algen, die ihnen als Nahrung dienen, am Gift gestorben sind. Zahlreiche Vogelarten sind gefährdet. Nicht weil die weitverbreitetten Pestizide in der Luft sie unmittelbar bedrohen, aber ihre Gelege werden kleiner, ihre Eier sind zerbrechlicher, die Nestlinge sind weniger widerstandsfähig (FR, 3.2.77). So gesehen hat auch in Ingolstadt die Zukunft längst begonnen !
Es ist eine tödliche Arroganz, mit der sich nicht nur die großindustriellen Ableger der Menschen als Beherrscher der Natur aufspielen. Und ihr entspricht die kleinkarierte Borniertheit, mit der solche Artgenossen die Zerstörung menschlicher Lebensgrundlagen zu verhindern suchen. Dem Nichtwissen über

die natürlichen Zusammenhänge entspricht die zusammenhanglose Spezialisierung in Forschung, großindustrieller Anwendung und unverantwortlicher Politik.
Wir gehen davon aus, daß die Menschen wie die Natur in der Umgebung der Indurtrieregion im Donaubecken (und nicht nur dort) nicht nur einmalig, sondern langjährig solchen Giften und ihren Auswirkungen ausgesetzt sind. Dies behaupten wir solange bis uns das Gegenteil glaubhaft bewiesen ist. "Wir haben Seveso im Hinterkopf" ließ das LAU angesichts der Wirkungslosigkeit seiner Meßanlagen verlauten. Womit es wohl die Notwendigkeit unterstreichen wollte, alles im Nachhinein mögliche zu tun, um nämlich katastrophale Konsequenzen zu verhindern. Die Erfahrungen, die wir beim Zustandebringen dieses Artikels gesammelt haben, deuten eher auf das Gegenteil hin. Wir assoziieren dabei vielmehr ein ungewolltes Eingeständnis der Unfähigkeit und Ohnmacht der Verantwortlichen, solche nicht mehr rückgängig zu machenden (Über-)Lebensprobleme technisch überhaupt noch korrigieren zu können.

Aus: BLATT, Stadtzeitung für München, Nr. 116

HINTERGRÜNDE EINER INDUSTRIEANSIEDLUNG

VIERSEN
6. März 78

Das Viersener Volksblatt "Ömmes" veröffentlichte in seiner Februarausgabe einen Bericht über die Hintergründe einer Industrieansiedlung. Die Schokoladenfirma Mars, die in der BRD pro Jahr für 300 Millionen Mark Süßigkeiten produziert, hat die Absicht, sich in Viersen niderzulassen. Diese Absicht macht sie aber abhängig von einer Reihe von Forderungen an die Stadt Viersen. Die Forderungen sind in einem Vertrag festgehalten, der zwischen der Stadt und Mars ausgehandelt wurde. Wir bringen Auszüge aus dem "Ömmes"-Bericht:

"Obwohl eine solche Industrieansiedlung die ganze Wirtschaftsstruktur unserer Stadt verändern wird, hielten die Verwaltungsbürokraten und unsere 'Vertreter' im Stadtrat es nicht für nötig, die Bürger über den Inhalt des Vertrages zu informieren. Für ein solches Verhalten kann es nur zwei Gründe geben: entweder halten die Stadtväter uns für zu dumm, um eine solche Sache zu beurteilen, oder sie scheuen das Licht der Öffentlichkeit wie die Pest, weil sie nicht in der Lage sind, die Sachen, die sie da aushecken, auch zu begründen und zu verantworten.
Die Ömmes-Redaktion erhielt vor kurzem eine Kopie des Vertrages. Nachdem wir uns diesen Vertrag durchgelesen hatten, sind wir fast vom Hocker gefallen. Überall ist von den ungeheuren Vorleistungen und Zugeständnissen der Stadt der Rede, nirgendwo aber von einer vergleichbaren Gegenleistung der Firma Mars. Dafür wimmelt es in dem ganzen Vertrag von Vertragsstrafen, die die Stadt zahlen muß, falls sie irgendeine Abmachung nicht pünktlich erfüllt. Nirgendwo ist in dem Vertrag ausdrücklich festgelegt, daß Mars wirklich 450 bis 500 Arbeitsplätze einrichten wird. Wir sind fast versucht, diese Zahl für illusorisch zu halten. Denn in einer völlig neuerrichteten Fabrik werden auch die supermodernsten Maschinen stehen, von denen jedermann weiß, wieviele Menschen zu ihrer Bedienung nötig sind. Ferner wird durch die Mars-Ansiedlung die Croferit-Eisengießerei verdrängt. Das heißt: Bevor Mars auch nur den ersten Arbeiter einstellt, haben über 160 Gießerei-Arbeiter ihre Jobs verloren.
Die Verwaltung von Mars in Düsseldorf soll auch nach Viersen verlagert werden. Dies wiederum heißt: es werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, sondern 150 alte Arbeitsplätze von Düsseldorf nach Viersen verlagert. Die Stadt verpflichtet sich, in Mackenstein keine weiteren Betriebsansiedlungen ohne ausdrückliche Genehmigung von Mars zuzulassen. Ebenso kann Mars jede sonstige Industrieansiedlung in ganz Viersen verhindern. Hier wird des ganz offensichtlich: die Wirtschaftsstruktur unserer Stadt wird in Zukunft auf Gedeih und Verderb von der Willkür der Mars-Bosse abhängen. Will sich in Zukunft 'mal ein Kleinbetrieb z.B. in Süchteln-Nord ansiedeln, so muß die Stadt erst einmal untertänigst bei Mars um Erlaubnis fragen, ob sie diesem Kleinbetrieb überhaupt ein Grundstück verkaufen darf.

Die Tatsache, daß Viersen in Zukunft voll von Mars abhängig sein soll, hat sich die Stadt allerdings nicht von Mars bezahlen lassen. Nein, umgekehrt: Mars hat sich das von Viersen bezahlen lassen. Und zwar nicht zu gering. Die Stadt überläßt Mars ein knapp 140.000 qm großes Grundstück zum Spottpreis von 0,25 DM (in Worten: fünfundzwanzig Pfennige) pro qm. (Fragen Sie doch mal beim Stadtdirektor Herrn Vollert an, ob er Ihnen für den Preis, den Sie für den ömmes bezahlt haben, nicht auch irgendwo 2 qm Bauland verkauft!) Ferner verpflichtet sich die Stadt, die Industrieringstraße erstklassig auszubauen, der Firma Mars eine Baustraße kostenlos zur Verfügung zu stellen und auf eigene Kosten einen Gleisanschluß (Industriebahn) anzulegen, für dessen Benutzung Mars keinen Pfennig zu bezahlen braucht. Nur zum Vergleich: jeder Anlieger der beiden anderen Industriebahnen in Viersen muß für Bau und Benutzung eines Gleisanschlusses kräftig Gebühren berappen. Darüber hinaus wird die Stadt auf eigene Kosten sämtliche Versorgungsleitungen für Strom, Gas, Wasser und Abwässer verlegen, die von Mars zu zahlenden Anliegerbeiträge und Erschließungsbeiträge übernehmen und Mars auch noch die Grunderwerbssteuer erlassen.

Normalerweise würde eine Firma, die in Viersen neu baut, einen Zuschuß in Höhe von 0,5% der Investitionssumme vom Land Nordrhein-Westfalen bekommen, in einem strukturschwachen Gebiet mit hoher Arbeitslosenzahl wie z.B. Schwalmtal einen Zuschuß von 15%. Für Mars allerdings hat aber auch die Landesregierung ein Extrawürstchen gebraten. Nur um die Fabrik überhaupt nach Nordrhein -Westfalen zu bekommen, hat man Mars überall einen Investitionszucschuß von mindestens 15 % zugesagt. Die Stadt Viersen hat sich vertraglich dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, daß Mars sogar 20% Zuschuß vom Land bekommt. Dies sind ungefähr 33 Mio. DM, die einfach so aus unseren Steuermitteln bezahlt werden.

Hier Auszüge aus dem Vertrag.

ZUM GRUNDSTÜCKSKAUFVERTRAG
"Die Stadt Viersen verkauft an die Mars-Grundbesitz GmbH gemäß gesonderter notarieller Urkunde das in der Anlage 1 zu der notariellen Urkunde näher bezeichnete und rot umrandete Grundstück von insgesamt ca. 138,260 qm zum Kaufpreis von ca. 34.565,-- DM.

ZUM BEBAUNGSPLAN, ANLIEGER:
"Die Stadt wird im Industriepark Makkenstein keine weitere Ansiedlung von Industrie— und/oder Gewerbeunternehmen ohne ausdrückliche Zustimmung von Mars vornehmen."
"Die Stadt wird darüber hinaus im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen keine sonstigen Industrieansiedlungen in ihrem Stadtgebiet zulassen oder fördern, die zu Geruchsimmissionen führe, welche zu einer Beeinträchtigung der Produktion von Mars-Erzeugnissen führt." "Zur Sicherung des Interesses von Mars an die Abwehr unerwünschter Ansiedlungsbetriebe, verpflichtet sich die Stadt, von der Firma Henkel KGaA sämtliche dieser gehörenden und im Industriepark Mackenstein gelegenen Grundstücke unverzüglich nach Abschluß dieses Vertrages zu kaufen."

ZU CROFERIT EISENWERKE GMBH:
"Im Hinblick auf die schädlichen Einflüsse der Gießerei von Croferit auf die Produktion der Mars–Erzeugnisse verpflichtet sich die Stadt, für jeden angefangenen Monat, den Croferit nach dem 1. Februar 1979 im Industriepark Mackenstein noch Geruchsimmissionen verursachen sollte, an Mars eine Vetragsstrafe von 250.000,-- DM/pro Monat zu zahlen."

ZUR ERSCHLIESSUNG:
„Die Stadt verpflichtet sich, bis spätestens Ende 1978 die in Anlage 1 ausgewiesene Industrieringstraße auf eine Breite von 7m einschließlich der endgültigen Asphaltdecke so auszubauen, daß sie zweispurig von 25t-LKW's befahren werden und den erwarteten Güterumschlag von Mars von jährlich 100.000 t leicht bewältigen kann;..."
Die Stadt wird darüber hinaus die ebenfalls in Anlage 1 ausgewiesene "Schokoladenstraße" entsprechend den Vorstellungen von Mars planerisch verlegen und innerhalb von zehn Monaten nach Baubeginn von Mars auf eigene Kosten bis zur Grenze des Kaufgrundstückes auszubauen, wobei die Schokoladenstraße die gleiche Beschaffenheit wie die Industriestraße haben muß. Die Stadt stellt auf ihre Kosten Mars voraussichtlich bis zum 31. Dezember 1980, spätestens jedoch bis zum 30. Juni 1982 einen an das Kaufgrundstück angrenzenden Gleisanschluß zur Verfügung, den die Stadt auf ihre Kosten unterhalten wird, soweit die entsprechenden Kosten nicht von der Deutschen Bundesbahn getragen werden. ... Eine Gebühr für die Nutzung des Gleisanschlusses wird seitens Mars nicht gezahlt."

"Die Stadt wird innerhalb ihres unmittelbaren oder mittelbaren Einflußbereiches dafür sorgen, daß Mars zumindest die günstigsten Tarife für die Straßenreinigung, Müllabfuhr, Gas- und Wasserzufuhr sowie Kanalisation eingeräumt werden, die irgendeinem anderen vergleichbaren gewerblichen Abnehmer in Viersen eingeräumt werden."
"Anliegerbeiträge und Erschließungsbeiträge, die für das Kaufgrundstück und das Optionsgrundstück anfallen, werden von der Stadt übernommen. Das gleiche gilt für Gebühren, Kosten und sonstige Entgelte, die für den Anschluß des Grundstückes an Anlagen der Ver- und Entsorgung für Gas, Wasser, Strom und Abwasser entstehen."

ZUM ARBEITSPLATZZUSCHUSS:
"Die Stadt steht dafür ein, daß die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Viersen Mars pro in Viersen geschaffenen Arbeitsplatz (Verwaltung, Vertrieb und Produktion) auf entsprechenden Nachweis hin einen Arbeitsplatzzuschuß von 500,-- DM gewährt."

ZUR SONSTIGEN UNTERSTÜTZUNG:
"Die Stadt verpflichtet sich, eingehende Bauanträge von Mars, die bei der Stadt einzureichen sind, unverzüglich zu bearbeiten. Die Stadt wird sich dafür einsetzen, daß Mars für die geplante Gesamtinvestition in Höhe von ca. 160 Mio. DM vom Lande NRW einen Investitionszuschuß von 20% erhält."

Kontakt: Erich Feldt, Süchtelnerstr. 36, 4060 Viersen



SCHIKANEN GEGEN DAS JUGENDZENTRUM NEHMEN ZU

BAD SCHUSSENRIED 16.März — *Aus dem Schussenrieder Jugendzentrum (s. ID 215, 218, 220):*
Im Schussenrieder JUZE-Kampf gibt's inzwischen fast täglich Neuigkeiten. Die Schikanen von seiten der Stadt gegen uns Jugendliche nehmen ständig zu. Letzte Woche hat uns Bürgermeister Kohler untersagt, am 8. April nach der DEMO die Stadthalle zu einem großen Solidaritätsfest zu nutzen. Und das, obwohl wir per Gemeinderatsbeschluß und aufgrund Kohlers eigener Zusagen jederzeit kostenlos die Stadthalle nutzen können.
Wir hatten nach der letzten Mitarbeitersitzung im JUZE eine solche Wut im Bauch, daß wir gegen 21.30 Uhr spontan mit über 50 Leuten zum Haus des Bürgermeisters marschierten, um ihm unseren Protest über dieses Stadthallen verbot vorzubringen. Kohler war leider nicht da — doch seine Frau war ziemlich beeindruckt.
Im städtischen Mitteilungsblatt werden nicht einmal mehr Musikveranstaltungen abgedruckt, die "dazu dienen, Streitigkeiten zwischen Stadt und Jugendzentrum aufrechtzuerhalten oder zu verschärfen, oder mit denen die sogenannte 'Kampfkasse' finanziert werden soll" (der verantwortliche Redakteur). So fielen bereits Solidaritätskonzerte von Jazzgruppen und Liedermachern unter diese Art von Zensur.
Auch unternehmerisches Kalkül dient Bürgermeister Kohler dazu, vor allem die unter 16-jährigen Hauptschüler zu verunsichern bzw. deren Eltern. Süffisant gibt Kohler immer wieder zum besten, Unternehmer aus dem Kreis Biberach hätten ihn wissen lassen, sie würden vor einer Einstellung prüfen lassen, ob jugendliche Lehrstellen bzw. Arbeitssuchende im Schussenrieder Jugendzentrum aktiv waren oder nicht. Kurz nach Ende des Redaktionsschlusses dieses ID's (Donnerstag, 16. März) versammeln wir Jugendlichen uns im Foyer der Stadthalle, um die Gemeinderatssitzung etwas bunter zu gestalten. Wir werden unser Jugendzentrums-Lied singen, Kohler die bisher gesammelten 1.400 Unterschriften überreichen und mit Transparenten bestückt eine nette Kulisse für unsere ‚Volksvertreter' abgeben. In der Bürgerfragestunde werden wir Kohler und Stadträge dann massiv unter Beschuß nehmen.

ÜBRIGENS: Wie repressiv die Schussenrieder Stadtverwaltung derzeit an allen Fronten gegen unliebsame Aktivitäten vorgeht, sieht man auch daran, daß Bürgermeister Kohler höchstpersönlich am 11.März einen Informations-Stand zum Russell-Tribunal verboten hat.

Daß der Stand natürlich trotzdem gemacht wurde, versteht sich von selbst.

Kontakt: **Selbstverwaltetes Jugendzentrum c/o Ulli v.d.Berge, Wuhrstraße 29, 7953 Bad Schussenried**





MÜNCHNER SCHÜTTELREIME
2 Urteile

MÜNCHEN 10.März

Rolf Pohle wurde für schuldig befunden, "unter massiven Drohungen" die exakte Einhaltung der Forderungen von den Lorenz-Entführern — den auszufliegenden Gefangenen 120.000 Mark auszuhändigen und nicht 100.000 (s. ID 211/212, 219) — durchgesetzt und so räuberisch erpresst und genötigt zu haben. Er ist zu 3 Jahren 3 Monaten verurteilt worden. Eigentlich niemand hatte bei dieser Farce mit einem derartigen Urteil gerechnet, außer einem kleinen Kreis, der sich in der Justiz auskennt und dann nur noch über die Höhe geschockt war.
Was soll man zu diesem Urteil sagen? Auf den Trost, daß es wohl als klassisch in die Annalen eingehen wird, können wir pfeifen.
Am selben Tag, 1 Stunde später, erging ein Urteil in einer 2. Polit-Sache, dem "Müll"-Prozeß (während einer offenen Dauerüberwachung im letzten Frühjahr, von der 20 Wohngemeinschaften und Projekte in München betroffen waren, wollten ca. 30 Betroffene gegen diesen Terror protestieren. Vorm Amtsgericht griff eine Hundertschaft in das harmlose Geschehen ein, was 3 Leuten eine Anklage wegen Widerstand, Beleidigung, Körperverletzung und Vortäuschung einer Straftat einbrachte.):
Richter Ralph Orlin, der während des Prozesses rigoros Ordnungsstrafen verhängt hatte — Margarete von Trotta verdankt ihm einen Tag Knast — und immer bemüht gewesen war, den Staatsanwalt nicht zu erschrecken, sprach Jutta Fritton und Jonny von Rauch frei und sah bei Margit Czenki nur Widerstand und Beleidigung als erwiesen an, wobei er einer Geldstrafe den Vorzug vorm Knast gab. Margits Chancen, daß ihre Bewährung bleibt, sind damit gestiegen.

Hatte man beim Pohle-Prozeß damit gerechnet, daß die Zeugenaussagen, die für Rolf Pohle sprachen nur gegen die Anklage ausgelegt werden könnten, so hatte man beim "Müll"-Prozeß befürchtet, daß die Zeugenaussagen eher gegen die Angeklagten verwendet würden.
Gefehlt.
Während der Ausgang des "Müll"-Prozesses orgiastisch und massenhaft gefeiert wurde — zumal der Erfolg nicht zuletzt den Öffentlichkeitsaktivitäten und der offensiven Prozeßführung zuzuschreiben ist — blieb beim Pohle-Urteil nur Wut und Beklemmung. Von dem abstrakten Repression-wird-immer-schlimmer-Gerede auf den Boden widerlicher Realität geholt, erfährt man, wie Staatsanwälte und Richter sich die juristische Auslegungsfreiheit (das ist die Freiheit, alles so auszulegen, wie's einem passt) zunutze machen und locker Knast-Jahre verteilen. Der Sicherungsverwahrung für Rolf Pohle haben sie ein gutes Stück Weg bereitet. Es lebe die freiheitlich-tote Grundordnung!

FREISPRUCH FÜR EINEN DER DREI ANGEKLAGTEN IM ENTEBBE-PROZESS

DÜSSELDORF 15. März

„Im Düsseldorfer Prozeß wegen der Aktion gegen den Entebbe-Film, dem ersten 129 a-Prozeß in der BRD, wurde das Verfahren gegen Hans-Joachim Schlehuber wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung abgetrennt; am 8. März wurde Jo freigesprochen. Gerd Albartus und Enno Schwall, die beiden Hauptangeklagten, sitzen noch immer in Untersuchungshaft. Und das, obwohl die Anklage gegen die beiden immer mehr zusammenfällt. Am Anfang des Prozesses hieß es noch, die beiden hätten einen Sprengsatz gegen diesen faschistischen Film gelegt oder zumindest eine menschengefährdende Brandstiftung versucht. Durch Zeugenaussagen und Gutachten wurde dies inzwischen widerlegt. Doch dies alles ficht das Oberlandesgericht unter Vorsitz von Richter Dr. Wagner (Telefon 0211 / 497 13 55) überhaupt nicht an. Entlastende Aussagen oder Gutachten werden kaum gehört. („Das wissen wir doch alles, Herr Verteidiger " ist ein beliebter Satz von Wagner.) Bei einer Ortsbesichtigung im Aachener Kino (wo der Brandsatz gefunden wurde) bewiesen die Anwälte, daß Enno von seinem Platz aus überhaupt nicht den Brandsatz hätte legen können, ohne aufzustehen (und die Zeugen hatten vorher bestätigt, daß er die ganze Zeit auf seinem Platz gesessen hätte). Doch das „hohe Gericht" meinte, die Zeugen hätten vor Rührung über den Film so weinen müssen, daß sie nicht hätten erkennen können, ob Enno tatsächlich immer dort gesessen hätte. Polizeizeugen gegenüber jedoch zeigt sich Wagner von einer ausgesuchten Hilfsbereitschaft. Wenn ihnen auf Fragen der Anwälte keine passenden Lügen einfallen, Wagner hilft immer. So als ein LKA-Bulle sich verplapperte und erzählte, daß er die Anklageschrift gelesen hätte und die Anwälte wissen wollten, woher er denn die Anklage wohl bekommen hätte, da half ihm Wagner, indem er ihm die Frage der Anwälte noch einmal erklärte und dann meinte : „Sie haben sie doch auf dem normalen Behördenweg bekommen." Ein ganz normaler Gesetzesbruch also. Wenn die Herren Zeugen von der Polizei keine Aussagen zu bestimmten Fragen machen, dann sagt Wagner nur: „Es liegt in Ihrer Verantwortung, Herr Zeuge, ob sie die Frage beantworten möchten." Daß diese Herren die Angaben zu ihrem Wohnort verweigern mit der Begründung, „von Besuchern dieser Prozesse seien normalerweise Repressalien zu erwarten" und dann etwas von „ominösen Anrufen" faseln, gehört schon zur Tagesordnung.

Bevor Jo freigesprochen wurde (ihm wurde die Unterstützung vorgeworfen, weil er angeblich eine Kiste von Enno in seiner Wohnung stehen hatte), hielt ihm Richter Wagner noch vor, „es ist sehr bedauerlich, daß Sie sich nicht ausreichend von Herrn Schwall distanziert haben".

Obigen Bericht erhielten wir von einem Prozeßbesucher.

Hans-Joachim Schlehuber hat am für ihn letzten Verhandlungstag eine persönliche Erklärung abgegeben, die wir hier im Wortlaut veröffentlichen.

"Ich sehe in der Abtrennung des Verfahrens gegen mich und der vorgezogenen Urteilsverkündung keine qualitativen, grundsätzlichen Unterschied zwischen mir und den bisherigen Mitangeklagten Gerd Albartus und Enno Schwall. Gerd und Enno sind genauso schuldig oder unschuldig wie ich; nämlich unschuldig im Sinne der Anklage wegen Mitgliedschaft in, bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung nach § 129 a. Wir sind unschuldig im Sinne der Anklage und in Anführungszeichen schuldig im Sinne der Voraussetzungen der Anklage. Die Voraussetzung der Anklage gegen Gerd, Enno und mich ist Identität auf das generalisierte und abstrakte Feindbild des Terroristen.

Eine linke Gesinnung, Beziehungen und Kontakte zu anderen Linken, d.h. die Zugehörigkeit zum antiautoritären Lager und Widerstandshandlungen gegen dieses lebensfeindliche Gesellschaftssystem sind bei allen dreien die elementare Voraussetzung dafür, daß es überhaupt zu so einem Prozeß kommen kann. Aus der bisher abgelaufenen sogenannten Beweisaufnahme habe ich gelernt, wie selektiv und einseitig die Ermittlungen geführt worden sind, nämlich nur in die Richtung, was in ein bestimmtes terroristisches Täterbild paßt; ich habe gesehen, wie z. T. banalste Sachen wie Werkzeuge, Bücher etc. vor dem Hintergrund der berühmten staatsanwaltlichen 'Gesamtschau' gewaltsam in was belastendes umgebogen wurden; ich habe gesehen,

auf welchen Phantasieleistungen und Lügengebäuden die ganze Konstruktion d er terroristischen Vereinigung beruht. Ich kann nur von Glück sagen, daß ich am 3.1. nicht zufällig im Kino war, sonst wäre ich flugs Mitglied einer terroristischen Vereinigung. Ich fordere daher die sofortige Einstellung des Verfahrens wegen 129 a gegen Gerd, Enno und mich und sofortige Haftentlassung für Enno und Gerd.

Jetzt noch was zu meiner Funktion in diesem Verfahren. Ich bin in dieses Verfahren hineingezogen worden, weil es wohl notwendig war, den optischen Eindruck von 3 Terroristen zu vermitteln; schließlich können 2 Leute keine terroristische Vereinigung bilden; und was wäre das schließlich auch für 'ne Vereinigung, die noch nicht mal 'nen Unterstützer auf die Beine bringt; was wären das für Terroristen, die ohne Sumpf und Umfeld sich vereinigen.

Meine zweite Funktion hier ist — Gerd hat es schon gesagt — als rechtsstaatliches Feigenblatt zu fungieren, sofern ich freigesprochen werde; davon gehe ich aber aus, denn meine Verurteilung wäre — auch unter den heutigen Verhältnissen — logisch unmöglich, moralisch 'ne Schweinerei und politisch (vielleicht noch) ein Skandal. Mein Freispruch soll die Verurteilung von Gerd und Enno möglich machen — gegen die genausowenig an Beweisen vorliegt wie gegen mich hinsichtlich Mitgliedschaft oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

Im übrigen ist meine Vorverurteilung eh gelaufen, selbst bei Freispruch bin ich nicht frei, nur freier als im Knast; denn ich häng im großen Computer des BKS drin, die Bullen haben wie immer natürlich mit Gefahr im Verzug freien Zutritt zu meiner Wohnung; wenn bestimmte Leute zu Tode kommen oder entführt werden, bin ich erstmal verdächtig und muß meine Unschuld beweisen; die Forderung zu erheben, meinen Namen aus der großen Liste der Terrorsümpfler zu streichen, ist illusionär, weil sie von einem illusionären Schuld- bzw. Unschuldbegriff ausgeht. Für den Staatsschutz ist so was eh irrelevant, den wo Rauch ist, ist auch Feuer, egal, wer den Rauch gemacht hat. Wer als 'gefährlich' und verdächtig gespeichert ist, bleibt es auch auch, bis wir derartige Computer abgeschafft haben.

Im übrigen habe ich auch nach der Anklageerhebung Leuten beim Umziehen geholfen, Sachen von denen unterstellt, bei mir übernachten lassen, linke Bücher gelesen, und politische Diskussionen geführt; um mehr ging's ja bei der Anklage nicht und ich sehe auch nicht ein, meinen Lebensstil und die Qualität meiner Beziehungen wegen staatsanwaltlichen Phantasiegebilden zu verändern. Das sollte auch jeder so machen.

Jetzt noch 'ne Bemerkung zu diesem Prozeß selbst. Ich habe hier gelernt, daß es bei diesen politischen Prozessen vor Sondergerichtshöfen (nur 9 OLGs sind in der BRD für 129-Sachen zuständig!) weder um schuldig oder unschuldig geht; einfach deswegen, weil beiden Kategorien hier irrelevant sind: Es geht nur noch darum, ob genügend Indizien dafür frisiert werden können, ob jemand in die 'terroristische Täterpersönlichkeit' reinpaßt oder nicht, ob Linke unters Terrorismusbild subsumiert werden können oder nicht; bei mir reichts wohl noch nicht ganz, vielleicht beim nächsten mal.

Abgesehen von der Irrelevanz von Kategorien wie Schuld und Unschuld in diesen politischen Prozessen, hat für mich dieses Gericht nicht mehr das Recht, darüber überhaupt zu bef inden. Spätestens nachdem dieses Gericht es widerspruchslos hinnimmt, daß ein Polizeipräsident darüber entscheidet, welche Verteidigerfragen der Wahrheitsfindung dienen und welche nicht — Polizeipräsidenten also jetzt die Fleischwerdung der Wahrheit sind — ist mir mit entsprechender Deutlichkeit klargeworden, daß die formellen Prozeduren der sogenannten Wahrheitsfindung nur noch mühsam haftende Tünche auf der alternden Fratze legitimationsloser staatlicher Gewalt sind; es reicht nicht zu sagen, wer die Macht hat, hat das Recht, sondern es muß hinzugefügt werden: wer die Macht hat, hat auch das Recht, die konkrete Anwendung des machtfunktionalen Rechts zu steuern! Von den Ermittlungen zum Hauptverfahren bis hin zu den Haftbedingungen.

Mir war schon irgendwann klar, daß der Paragraph 129 a ein eminent politische Kampfparagraph zur selektiven Kriminalisierung der subversiven Bewegung ist; was mich aber doch ungeheuer erstaunt hat, und was für mich schon 'ne besondere Qualität dieses Prozesses darstellt, ist die frappante Offenheit und Unverschämtheit, mit der Staatsschutzmacker, also Exekutivorgane in das Verfahren selbst eingreifen; nicht nur in das Ermittlungsverfahren, das ja eh unheimlich selektiv in ausschließlich belastende Richtung gesteuert wurde, sondern auch im Hauptverfahren. Nicht nur die Gesetze selbst wie die ganzen sogenannten Antiterrorismus-§§ werden nach den Interessen der Staatsschutzbehörden gemacht, sondern die greifen auch noch direkt in das Verfahren der Subsumption von Handlungen unter diese Paragraphen ein: vom kleinsten Observationsbullen zum noch kleineren Polizeipräsidenten.

Vor über 100 Jahren hat Lewis Caroll dies in einer Episode seines Märchens 'Alice hinter den Spiegeln' unübertrefflich klar zum Ausdruck gebracht: Hier trifft Alice im Wunderland einen seltsamen Knilch namens Goggelmoggel und führt mit ihm ein Gespräch darüber, daß man zwar an 364 Tagen im Jahre etwas zum Ungeburtstag geschenkt bekommen kann. Goggelmoggel erwidert, daß man nur an einem Geburtstag etwas geschenkt bekommen kann und fügt hinzu: 'Wenn das keine Glocke ist!'

'Ich verstehe nicht, was Sie mit Glocke meinen', sagte Alice. Goggelmoggel lächelte verächtlich. 'Wie solltest du auch — ich muß es dir doch zuerst sagen. Ich meinte: Wenn das kein einmalig schlagender Beweis ist.' — 'Aber Glocke heißt doch gar nicht ein 'einmalig schlagender Beweis' ', wandte Alice ein. 'Wenn ich ein Wort gebrauche', sagte Goggelmoggel in recht hochmütigem Ton, 'dann heißt es genau, was ich für richtig halte — nicht mehr und nicht weniger.' — 'Es fragt sich nur', sagte Alice, 'ob man Wörter einfach etwas anderes heißen lassen kann.' — 'Es fragt sich nur', sagte Goggelmoggel, 'wer der stärkere ist, weiter nichts.'

Wer statt Glocke Recht und Rechtsstaatlichkeit setzt, ist sehr nahe an der Wahrheitsfindung über diesen Prozeß."

Kontakt:
Prozeßbüro für Gerd Albartus, Enno Schwall
Konkordiastr. 81, 4 Düsseldorf-Bilk, Tel. 0211/ 39 65 14

ROOS/SCHULZ — EIN GANZ NORMALER MORDPROZESS

FRANKFURT 7. März *Der 12. und 13. Verhandlungstag im Mordprozeß gegen Johannes Roos und Detlev Schulz stand im Zeichen der Staatsanwaltschaft, die nicht ganz so große Schlappen erlebte wie bisher. Geladen waren Zeugen, die Aussagen über das weitere Geschehen am Tattag — an der Sprendlinger Kiesgrube war der Polizist Sippel, als er einen vermeintlichen Exhibitionisten kontrollieren wollte erschossen worden — machen sollten. Die drei unbekannten Täter waren nach der Schießerei geflohen. Zwei von ihnen — so die Ermittlungen der Polizei — sollen auf der Flucht ein Auto gestohlen haben. In der Anklageschrift steht, sie hätten in einer nahegelegenen Siedlung — bleich und abgehetzt — einen Gartenbesitzer angesprochen, sie brauchten dringend ein Auto, im Wald sei ein Kind vergewaltigt worden. Dieser Gartenbesitzer — Stusch, Bauingenieur, 35 Jahre alt — verwies die beiden an eine Nachbarin, die gerade zufällig mit dem Auto vorbeikam. Als die Frau mit den beiden losfuhr, zog der eine seine Pistole; sie versuchte zu fliehen und wurde dann aus dem Auto gestoßen.*

Es tritt der Zeuge Peter Stusch auf. Stusch macht einen sicheren Eindruck. Der Grundstückbesitzer und Maschinenbauingenieur fertigt eine Skizze an, wie wann und wo er von den beiden Tatverdächtigen angesprochen wurde. Er stand gerade in seinem Garten und schaufelte Sand. Sein Grundstück nimmt auf der Skizze halb Sprendlingen ein. Er ist selbstbewußt und sehr sicher, Johannes zu erkennen. Die Frage des beisitzenden Richters Krebs, ob er wirklich so sicher sei, denn es ginge ja schließlich für Johannes Roos um „lebenslänglich", beantwortete er: „mit menschlicher Sicherheit!" Was er damit meine, was das Gegenteil davon sei? Staatsanwalt Rammelmeyer: „Mit tödlicher Sicherheit!" Stusch zum Beisitzer: „Wenn Sie mir nicht glauben, kann ich ja wieder nach Hause gehen."

Wie es um die Sicherheit des Zeugen wirklich bestellt ist, ergibt eine Befragung durch die Anwälte. Stusch hat Ähnlichkeiten entdeckt, als er Photoalben der Polizei durchblätterte, unter anderem bei Manfred Ohlsen, Pauli Joerger und Siegfried Haag. Dann erkannte er Johannes Roos bei Gegenüberstellungen. Daß er danach dann wieder unsicher wurde, geht aus den Akten hervor. Als er eine Schleyer-Fahndung im Fernsehen sah, entdeckte er wiederum jenen Mann, mit dem er am Gartentor gesprochen hatte. Gezeigt worden war ein Photo von Willi Peter Stoll. Stusch rief die Polizei an und machte sie darauf aufmerksam. Später entschied er sich dann doch wieder für Johannes. Worin er denn bei Johannes Ähnlichkeiten mit dem Täter entdeckt hat, kann er nicht genau bestimmen. Ja, irgendwie sei es die Nase, die Kinnpartie gewesen. Tatsächlich, auch Johannes hat ein Kinn und eine Nase. Rechtsanwalt Koch zitiert u.a. aus einem Polizei-Protokoll, das Stusch unterschrieben hat. Damals ist ihm auch noch der auffällige Kehlkopf ins Auge gestochen. Aber, einen Adamsapfel hat Johannes nun wirklich nicht. Ungereimtheiten zwischen seinen „sicheren" Aussagen vor Gericht und den damaligen Protokollen erklärt der Zeuge mit ungebrochenem Selbstvertrauen: „Da müssen die vernehmenden Beamten einfach was hingeschrieben haben, das hab' ich nie gesagt. Man kennt das ja, die müssen ja mit einem Ergebnis wieder nach Hause kommen." Die Beamten vom Landeskriminalamt im Zuschauerraum schauen ausgesprochen säuerlich drein.

Die Frage, ob er bei den beiden Männern Waffen gesehen habe, verneint Stusch. Auch das unterscheidet sich von seinen früheren Aussagen. Der Zeuge scheint das alles nicht so wichtig zu nehmen, er fragt, wie er diese Unstimmigkeiten denn wieder gut machen könne.

Eine Meisterleistung des Verwirrspiels gelingt der Staatsanwaltschaft am 13. Verhandlungstag. Sie hat den Justizvollzugsbeamten Janowski geladen. Dieser tut seinen Dienst in der Vollzugsanstalt Limburg. Nachdem Johannes — eben weil der Sprendlinger Täter keinen Vollbart hatte — für eine Gegenüberstellung zwangsrasiert wurde, hatte Janowski die ehrenvolle Aufgabe, den Bartwuchs von Johannes zu beobachten. Wie schnell wächst der Bart bei Johannes Roos? Herr Janowski, der die Staatsanwalt durch seinen zackigen Einzug in den Gerichtssaal — Hut ab und ein geschmettertes „Guten Morjen" — sicher zu Hoffnungen berechtigte, war eine Enttäuschung. Er brachte einfach alles durcheinander. An dem Tag, an dem er Johannes laut Bundeskriminalamt beobachtet haben soll, war er gar nicht zur Arbeit gekommen, weil er einen Unfall hatte, dann gabs Urlaub, wann wurde nicht ganz klar und krank war er zwischendurch auch noch.

Das Gericht schickte den Zeugen Hausaufgaben machen. Er solle in Limburg anrufen und sich seinen damaligen Dienstplan geben lassen. Am Ende stimmten weder Daten, noch Zahlen noch Fakten. Zurück blieben ein schlechtgelaunter Oberstaatsanwalt und ein Zeuge, der sich später vor der Gerichtstür beklagte, das Gericht sei ihm auf die Nerven gegangen.

Zeugin Gertrud Grass, mit deren Wagen die beiden Verdächtigen flohen, erklärt, sie habe die beiden jungen Männer, die etwas von einem vergewaltigten Kind erzählten, spontan einsteigen lassen. Mißtrauisch sei sie nicht gewesen. Erstens habe ihr Nachbar Stusch neben den Männern gestanden, zweitens machten die beiden jungen Männer auf sie wirklich einen flehenden Eindruck. Der Blick des einen sei bettelnd und unterwürfig gewesen. Das hätte sich jedoch im Auto geändert, da sei aus ihm ein eiskalter Bursche geworden, der um sich geschossen hätte. Diese Person soll der Johannes gewesen sein. Sie hätte ihn an der Augenpartie wieder erkannt. Sie identifizierte immer den stechenden Blick und wiederholt immer wieder: „Die Augenpartie, die Augenpartie!" Gesprochen hat sie mit dem Mann neben sich auch. Obwohl sie sich im Gericht an anderes erstaunlich gut erinnert, kann sie die Stimme von Johannes nicht identifizieren.

Detlev Schulz und seine Anwälte sind während der Vernehmungen zum Komplex „Autoklau" nicht anwesend, weil diese Aussagen für sie unwichtig sind. Detlev Schulz sagte in seiner Erklärung zur Sache (siehe ID 218), er sei allein geflohen und wisse nicht, was die beiden anderen Tatbeteiligten gemacht hätten.

Der 14. Verhandlungstag endet im Fiasko. Die Anwälte von Detlef Schulz hatten den Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls gestellt. Richter Spahn wirkte, als wollte er dies am liebsten gar nicht zur Kenntnis nehmen. Er denkt nicht daran, den Antrag zu beraten, bleibt stur hocken und drängt immer wieder auf die Vernehmung eines weiteren Zeugen. Endlich entschließt er sich doch, den Zeugen wieder nach Hause zu schicken und über den Antrag zu beraten. Das Ergebnis kommt schnell und für alle unerwartet: Nach fast 1 1/2 Jahren U–Haft kommt Detlef Schulz endlich raus.

Vorausgegangen war dem die Vernehmung des medizinischen Sachverständigen Lins, der aussagen sollte, daß nur Detlef Schulz die tödlichen Schüsse abgegeben haben könnte. Lins, ein Wissenschaftler der gründlichen Art, spielt das Spiel der Staatsanwaltschaft nicht mit. Er sagt klar und deutlich, daß er allein auf Grund des Schußkanals nicht sagen könne, wer bei dem Schußwechsel wo gestanden habe. Also könne er auch nicht sagen, wer woher geschossen habe. Damit ist die Theorie vom Detlef Schulz als Todesschützen gestorben. Staatsanwalt Rammelmeyer versucht, zu retten, was zu retten ist. Er verweist noch einmal darauf, das die Tatsache, daß es sich bei der tödlichen Kugel um Polizeimunition handelte, gar nichts zu bedeuten habe. Schließlich habe der berühmte und gefährliche Terrorist Carlos in Paris auch 7.65er Munition verwendet. Diese Konstruktion war — wie aus der Haftentlassung von Detlef zu sehen ist — selbst dem Gericht zu abenteuerlich.

Das Gericht hat jetzt ein Osterpäuschen. Weiterverhandelt wird wieder ab 7. April, in der JVA Preungesheim, „Mehrzweckhalle", Obere Kreuzäckerstr. Frankfurt.
Weitere Informationen über ID, Tel. 0611/ 70 43 52.

SOLIDARITÄT MIT DEN AGIT-DRUCKERN SCHREIBT BRIEFE AN DEN RICHTER

BERLIN
13. MÄRZ

Von der Redaktion der ‚Lateinamerika-Nachrichten' stammt ein Brief, in dem zur aktiven Solidarität mit den AGIT-Druckern aufgerufen wird. Der Brief wurde an 70 Alternativzeitungsredaktionen verschickt, mit der Bitte, die Kampagne um die Freilassung der Drucker zu verstärken. Hier Auszüge aus dem Brief:

Liebe Genossinnen und Genossen!
Ihr habt wahrscheinlich alle von den 3 bzw. 4 verhafteten Berliner Druckern des AGIT-Druck-Kollektivs gehört.

Die Drucker/in sitzen schon seit einem halben Jahr (das sind einhundertsechsundsiebzig Tage und Nächte) im Knast, weil sie im Auftragsverfahren eine Zeitung gedruckt haben, in der ab und an Texte der RAF und RZ abgedruckt wurden. Wer jedoch die Begründung der Haftfortdauer anläßlich des 2. Haftprüfungstermin liest, sieht ein, daß da 3 Linke stellvertretend für die gesamte Linke sitzen. Auf der Anklagebank sind nicht die Unterstützer einer kriminellen Vereinigung, sondern Linke, die durch alternative (kollektive) Produktionsformen der Staatsanwaltschaft ein Dorn im Auge sind. (Das AGIT-Kollektiv hat schon für die meisten linken Gruppen in West-Berlin gedruckt; auch unsere Zeitung wurde die ersten Jahre von AGIT gemacht!)

Es ist notwendig, durch eine breite Solidaritätskampagne die Drucker/in zu befreien. Das heißt zum einen, in Westdeutschland breit über die Geschehnisse zu berichten. Informationsveranstaltungen können bereits mit den von dem AGIT-Komitee hergestellten Info-Materialien durchgeführt werden. Eine andere Möglichkeit ist, eine Briefkampagne zu machen. Das klingt vielleicht zunächst etwas unbeholfen, erscheint uns jedoch nach längeren Überlegungen sehr sinnvoll zu sein.

Deshalb schreiben wir euch. Ihr seid dringend im Namen der Redaktion und des Komitees zur Freilassung der AGIT-Drucker gebeten, einen Protestbrief, mit Begründung warum sowas sinnvoll ist, in eurer Zeitung abzudrucken und auch in eurer Redaktion zu diskutieren. Es wäre gut, wenn ihr das alle in der APRIL-Nummer unterkriegen könntet. Das wäre dann eine massive Angelegenheit. Es ist auch ungeheuer wichtig, alle Auslandskontakte, die vorhanden sind, auszunutzen, damit auch aus anderen Ländern Proteste kommen. Dies scheint ein geeignetes Mittel zu sein, für die Inhaftierten was zu tun.

In einer redaktionellen Bemerkung schreibt die Redaktion der ‚Lateinamerika-Nachrichten' unter anderen:

Wenn wir nun schon offensichtlich keine ‚deutsche Solidaritätsstrategie' entwickeln können, warum greifen wir nicht auf die ‚lateinamerikanische Strategie' zurück? Jeder weiß doch ganz genau, daß man Faschisten vom Schlage Pinochet nicht an einer ‚menschlichen Ader' rühren kann. Trotzdem rufen wir aber – mit Erfolg – zu Briefen an „excelentisimo senor presidente de la republica" auf. Diese Ambivalenz gilt es zu begreifen.

Die deutsche Justiz ist unbestechlich. Klar! Aber wird ein (Haftprüfungs)richter auch so sorglos urteilen, wenn er sich von einer beachtlichen Zahl von Beobachtern kontrolliert fühlt und dies auch sinnlich erfahren kann? Die Antwort muß lauten: Nein! All diese Argumente sprechen dafür, eine breitangelegte Brief- und Protestaktion zu starten.

Es folgt ein Brief-Vorschlag:

Protesterklärung

An den 4. Strafsenat des Kammergerichts Berlin, Witzlebenstr. 4, 1000 Berlin 19

Betr.: Inhaftierung von Jutta Werth, Gerdi Foß, Heinrich Weyer

Ich verurteile schärfstens die Inhaftierung und weitere Haftfortdauer der drei AGIT-Drucker, die sich seit Oktober 1977 in Haft befinden und alle in diesem Zusammenhang erfolgte Maßnahmen wie Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmeaktionen und erkennungsdienstliche Behandlung.

Ich sehe diese Vorfälle als Bestandteile der Maßnahmen der Justiz und Staat, die ein Klima der Angst und Unsicherheit erzeugen sollen.

Ich fordere die sofortige Freilassung der AGIT-Drucker/-in und Einstellung aller in diesem Zusammenhang stehenden Ermittlungsverfahren!

Kontakt: Komitee für die Freilassung der AGIT-Drucker, Mehringdamm 99, 1000 Berlin 61, Tel. 030/693 21 99

INFORMATIONSMATERIAL ÜBER DIE VERHAFTUNG DER AGIT-DRUCKER

BERLIN
13. März 78

Das Komite zur Befreiung der AGIT-Drukker schreibt:

"Wir haben mittlerweile eine Veranstaltung vorbereitet, die wir soweit wie möglich einsetzen wollen, um über die Verhaftung der Agit-Drucker, die aktuelle Situation usw. zu informieren und zu diskutieren und den exemplarischen Charakter des Falls herauszustellen. Sie besteht aus einem Film (ca. 10 Min. Video oder 16 mm) und Informations- und Diskussionsbeiträgen (Ablauf, Haftbedingungen, Einschätzung, Briefe aus dem Knast, Aktivitäten) und kann je nach Art entsprechend lang sein (ca. 20 - 40 Min.).

Wenn ihr bei euch am Ort eine Veranstaltung macht, die über Repression in der BRD und Westberlin geht, und wo ihr über die AGIT-Drucker informieren wollt, so schreibt uns bitte. Wir schicken euch sämtliches Material über AGIT und kommen auch gern selbst.

Kontakt:
Komitee zur Befreiung der AGIT-Drucker, Mehringdamm 99, 1000 Berlin 61, Tel. 030/ 693 21 99

ZUM PROZESS VON GÜNTER SONNENBERG

BERLIN
15. März

Zur Frage der Verhandlungsfähigkeit von Günter Sonnenberg schreibt sein Verteidiger, Philipp Heinisch:

"Nachdem Prof. Krott zutreffend bemerkt hatte, daß überhaupt kein hirnpathologischer Befund vorlag und demgemäß sämtliche Gutachten auf Mutmaßungen angewiesen waren, beantragte ich die Durchführung einer Computer Tomografie, mit Hilfe derer unschwer hätte festgestellt werden können, welche Hirnregionen mit welcher Funktion mit welcher Intensität verletzt worden waren. Ich stellte unter Beweis, daß die für das Kurzzeitgedächtnis verantwortlichen Regionen getroffen seien – d.h. mithin die für die Verhandlungsfähigkeit wichtigste Region überhaupt.

Das Gericht lehnte ab und bezog sich auf Telefonate mit Tomografie-Spezialisten, die meinten, entsprechende Untersuchungsergebnisse führten nicht zu klaren Ergebnissen, wohingegen Dr. Poremba immerhin zugestand, daß ersteinmal eine Untersuchung vorgenommen werden müsse, bevor man feststellen könne, ob die Computertomografischen Bilder Aufschlüsse ergäben oder nicht. Das Gericht folgte den Gutachtern, die eine Untersuchung von vornherein für entbehrlich erklärten.

Günter Sonnenberg ist sich seines Zustandes bewußt. Er weiß, daß er alles vergißt und nicht das sagen kann, was er will.
Er ist nicht bereit, ununterbrochen sich als geistigen Invaliden im Prozeß darzustellen und auf Kommando seine Verhandlungsfähigkeit zu demonstrieren. Er hat es nach zwei Tagen daher abgelehnt, an dem Prozeß weiterhin teilzunehmen.
Die Verteidigung stellt fest, daß nur noch quantitativ argumentiert werden kann: Erst wenn 12 Gutachten vorliegen, die bestätigen, daß eine Computertomografie und eine Feststellung der Hirnseitendominanz durchgeführt werden muß, werden sich neue Perspektiven ergeben. Die Zitierung umfangreicher Fachliteratur hat jedenfalls nichts genutzt: Grundlegende und bahnbrechende fachärztliche Darstellungen von Wüllenweber und Schneider, Kazner und Lanksch oder Ostertag/Sternsdorff unterlagen den fachärztlichen Aussagen eines Prof. Driesen. Nicht einmal ein Obergutachten wollte das Gericht einholen, für das Prof. Dr. Fuchs, kommissarischer Leiter des Klinikum Steglitz (Abtlg. Neurologie) benannt worden ist.

Die Haftbedingungen von Günter Sonnenberg werden ab 14.3. 1978 in der Weise geändert, daß er gemeinsamen Hofgang

mit den politischen Gefangenen Mayer und Haag erhält, sowie mit diesen einmal pro Woche Tischtennis spielen kann. Ferner wird Sonnenberg in eine andere Zelle verlegt."

In einem Brief an den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Berlin, in dem Günter Sonnenbergs Verteidiger auf die sitzungspolizeiliche Verfügung vom 22.2.78 (siehe diesen ID) und deren Auswirkungen auf seine Tätigkeit als Anwalt eingeht, heißt es u.a.:

„Ich habe mich gegen derartige Kontrollen ununterbrochen verwahrt, wurde jedoch gezwungen, mich ihnen zu unterwerfen, da ich andernfalls nicht die Pflichtverteidigung hätte wahrnehmen können. Ich habe im Verlauf der Kontrollen den Vorsitzenden des Strafsenats gefragt, mit welchem Recht er z.B. meinen Hosenlatz kontrollieren lasse, ob er annehme oder mir unterstelle, ich würde verbotene Gegenstände wie Waffen, Sprengstoff oder Sägen einschmuggeln. Daraufhin antwortete er mir, das unterstelle er mir nicht, aber ich könnte ja g u t g l ä u b i g Gegenstände einbringen, deren Mitnahme ich für zulässig hielte, der Senat aber nicht. Ich antwortete dem Vorsitzenden, wenn ich etwas in den Gerichtssaal einbrächte, dann ganz sicher nicht in der Hose, versteckt unter dem Reißverschluß.

Ich bin der Auffassung, daß derartige Kontrollen noch dazu mit derart dürftigen Argumenten (Gutgläubigkeit beim Einschmuggeln) die Zumutbarkeitsgrenze übersteigen. Ich bin auch nicht gewillt, die mir für notwendig erachteten Verteidigungsunterlagen einer auch nur optischen Kontrolle unterziehen zu lassen, da ich dadurch nach meiner Auffassung das strikt geltende Gebot der Anwaltsverschwiegenheit verletze.

Ich beabsichtige daher, unter diesen Bedingungen einen Entpflichtungsantrag zu stellen und im Falle der Ablehnung nicht mehr als Verteidiger aufzutreten. Da ich in diesem Falle mit einer nicht absehbaren Regreßforderung des Staates Baden–Württemberg zu rechnen habe (§ 145 StPO), wende ich mich an die Standesorganisation mit der Frage, ob das Nichterscheinen bzw. meine beabsichtigte Niederlegung der Verteidigung standesrechtlich zu beanstanden ist oder nicht.

Angesichts der Aktualität meines Anliegens — das Verfahren soll am 26.4.78 beendet sein — wäre ich für eine umgehende Antwort dankbar."

Kontakt: Philipp Heinisch, Magdeburger Platz 2, 1000 Berlin 30, Tel.: 030 / 26 22 023/24

HAFTBEDINGUNGEN VON RECHTSANWALT NEWERLA

MANNHEIM
24. Februar

Rechtsanwalt Armin Newerla hat einen Bericht über seine Haftbedingungen im Gefängnis Heidenheim (Baden-Württemberg) geschrieben. Seine Anwältin hat ihn uns zugeschickt. Den Begriff "Isolationshaftbedingungen" verstehen wir an einigen Stellen nicht. Aber seine Auseinandersetzung mit dem Knastapparat und mit den anderen Gefangenen im Alltag ist deswegen nicht weniger bedeutsam.

„Am 29.12.1977 wurde ich in die JVA Heidenheim verlegt und nach viermonatiger Isolationshaft am 30.12. in den Normalvollzug der Untersuchungsgefangenen integriert. Mit dieser Integration begründete die Dienstleitung eine einschneidende Kürzung der bisherigen Freizeit- und Umschlußregelung in einem Maß, daß die Bezeichnung Isolations-Haftbedingungen für alle U-Gefangenen gerechtfertigt ist.

Nach der alten Regelung hatten die U-Gefangenen jeden zweiten Abend von 18.30 Uhr bis 22 Uhr Fernsehen; wenn dabei ein Spielfilm beispielsweise erst um 21 Uhr begann, konnten sie diesen bis zu Ende ansehen. Samstagabend begann das Fernsehen wegen der Sportschau bereits eine Stunde früher um 17.30 Uhr. Daneben hatten sie pro Woche noch dreimal je zwei Stunden Freizeit an Vormittagen. Nur der tägliche Hofgang von einer Stunde und der wöchentliche Sport von eineinhalb Stunden blieb unverändert. Diese beiden nicht miteingerechnet belief sich also die wöchentliche Freizeit auf etwa 23 1/2 Stunden.

Mit Ausnahme einer kurzfristigen Übergangsregelung im Januar wurde Anfang Februar das abendliche Fernsehen ersatzlos gestrichen. Dafür haben die U-Gefangenen jetzt nur noch viermal zwei Stunden Freizeit pro Woche insgesamt, teils vormittags, teils nachmittags. Da werden dann per Videogerät aufgezeichnete Fernsehfilme gezeigt, damit die gerichtliche Ablehnung von Anträgen auf Gestattung eines eigenen Fernsehgerätes weiterhin mit dem Hinweis auf das gemeinsame Fernsehen begründet werden kann, wie es verschiedentlich schon geschehen ist.

Die schwerwiegendste Einschränkung, die die Bezeichnung Isolationshaftbedingungen rechtfertigt, besteht nun darin, daß während jeder Freizeitveranstaltung ein Bediensteter mit im Raum sitzt und damit objektiv eine dauernde Kontrolle über das, was gesprochen wird, ausübt. Daß unter solchen Bedingungen keinerlei Gespräche zustandekommen, entspricht bereits den elementaren Sicherungsbedürfnissen der anderen U-Gefangenen, weil sie im geringsten Fall als Sympathisanten des Umfelds terroristischer Vereinigungen angesehen und behandelt werden, wenn sie mal häufiger oder intensiver Gespräche mit mir führen. Anfänglich kam hinzu, daß ihre Zellen häufiger durchsucht wurden, wenn sie sich während des Hofgangs mit mir unterhielten.

Eine weitere Beschränkung sozialer Kontakte ergab sich für einige U-Gefangene dadurch, daß sie nun wegen einer neuen Verlegenspolitik, aufgrund derer sich das Verhältnis von Strafgefangenen zu U-Gefangenen zu deren Lasten geändert hat, seit dem 1.2. nicht mehr arbeiten können, weil alle Arbeitsplätze für die Strafgefangenen gebraucht würden; und nur diese haben einen Anspruch auf Arbeit. Das trifft nicht nur diejenigen sehr hart, die von außerhalb keine Unterstützung bekommen und deshalb auf den „Verdienst" für den Einkauf angewiesen waren, sondern nimmt ihnen den menschlichen Kontakt, den ihnen die bisherige gemeinsame Arbeit in den Werkhallen und -räumen bot. Die Möglichkeit der U-Gefangenen auf freien, unkontrollierten Kontakt beschränkt sich also auf den Hofgang von 8 Uhr bis 9 Uhr, zu dem nur etwa 30% der Gefangenen kommen, weil es früh sehr kalt ist und viele Gefangene erst gegen Morgen einschlafen können, insbesondere wenn sie erst kurz inhaftiert sind.

Weil meine sämtlichen Bewegungen außerhalb der Zelle von jeweils zwei Bediensteten kontrolliert und gesichert werden, führt das zu der Situation, daß am Ende des wöchentlichen Sports zehn und mehr Gefangene auf einem Raum, 1,50/2,50 qm, zusammengepfercht und eingeschlossen werden, bis ich mich geduscht habe. Beteiligung an Gemeinschaftsduschen ist mir verboten. Eine zusätzliche Isolationsschranke, die es zwischen den anderen U-Gefangenen nicht gibt, besteht darin, daß ich meine vier Tages- und Wochenzeitungen nicht an andere weitergeben darf, obwohl ein reges Interesse besteht und das Gefängnis nur so wenige freie Exemplare bekommt, daß ein Großteil der Gefangenen leer ausgeht.

Die Absicht all dieser Maßnahmen - Spaltung - wird in folgender Begebenheit deutlich: Obwohl der neue Plan seit dem 6.2. gültig ist, gab es am Dienstag, den 7.2., kein Fernsehen, weil das seit Wochen in der Reparatur befindliche Videogerät noch immer nicht da war. Als es auch am Donnerstag trotz Versicherungen usw. noch nicht da war, bestand die Aussicht, daß

es in dieser Woche überhaupt kein Fernsehen geben würde. Die Stimmung während der vorgezogenen Freizeit war entsprechend, es kam zu Auseinandersetzungen mit dem stellvertretenden Dienstleiter. Er lehnte die einstimmige Forderung, am Abend fernsehen zu können, erst einmal rundweg ab: Er bekomme jetzt keinen zusätzlichen Bediensteten zum Aufpassen mehr, der Plan sei gemacht; ändern könne ihn nur der Dienstleiter selber, der sei jetzt aber die ganze Woche weg und auf das Argument, es könne doch der aufpassen, der sowieso nachts für mich eingeteilt sei, ging er nicht ein. Zuletzt bot er den Kompromiß an, daß die anderen wie üblich fernsehen könnten, wenn ich freiwillig darauf verzichten würde. Alle U-Gefangenen diskutierten diese Möglichkeit. Die beigefügte Erklärung vom 9.2. 1978 ist das einstimmige Ergebnis dieser Diskussion. In diesem Fall ist eine Spaltung der Gefangenen nicht gelaufen. Wenn diese dauerhaft nicht gelingt und wenn die U-Gefangenen für die Forderung: vollständige Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes kämpfen, wird eine Lösung in meiner erneuten Isolierung unter Sicherheitsgesichtspunkten möglich. Noch jegliche Isolation politischer Gefangener wurde zu ihrem Beginn damit begründet und gerechtfertigt.

Erklärung:

Hiermit erkläre ich freiwillig meinen Verzicht, heute Abend zur üblichen Zeit (19 Uhr bis 22 Uhr), zusammen mit den anderen U-Gefangenen fernzusehen. Die Freiwilligkeit meiner Erklärung besteht

- darin, daß ich den anderen U-Gefangenen nicht zumuten will, mehrheitlich gegen mich zu stimmen, wenn ich mich zum Verzicht nicht bereit erkläre;
- in der Zusage der anderen U-Gefangenen, im Falle der Wiederholung dieser Situation von sich aus geschlossen auf das Fernsehen zu verzichten;
- in der Zusage des Stellvertreters der Dienstleitung, daß es sich hier und heute um einen Ausnahmefall handelt.

Heidenheim, den 9.2.1978 Armin Newerla, Rechtsanwalt."

Inzwischen sind die Maßnahmen vom 6. Februar rückgängig gemacht worden.

Verteidigerin: Monika Schiele, Karl-Ludwig-Str. 14, 6800 Mannheim 1, Tel. 0621/ 40 26 61

HUNGERSTREIKERKLÄRUNG

KÖLN 16. März *Die Gefangenen aus der RAF Hanna Krabbe, Karl-Heinz Dellwo, Bernhard Rößner und Lutz Taufer befinden sich seit dem 10. März in einem unbefristeten Hungerstreik. Ihre Forderungen lauten:*

"- für Gefangene aus antiimperialistischen Widerstandsgruppen, die in der Bundesrepublik kämpfen, eine Behandlung, die der im April 77 auf der Konferenz des internationalen Roten Kreuz durchgesetzten Erweiterung der Genfer Konvention zum Schutz von Kriegsgefangenen auf Guerillagruppen und Befreiungsbewegungen entspricht;
- die Zusammenlegung aller Gefangenen aus der RAF und anderen bewaffneten revolutionären Gruppen in ein Gefängnis und dessen Überwachung durch Amnesty International und das internationale Rote Kreuz;
- eine unabhängige internationale Untersuchungskommission zur Untersuchung des Todes von Andreas, Gudrun, Jan und Ingrid;

wir fordern weiter:

- sofortige Freilassung des haft– und verhandlungsunfähigen Günter Sonnenberg
- die Herausgabe aller im November 77 vom Bundeskriminalamt bei den Presseagenturen beschlagnahmten Erklärungen der RAF, in denen die von Staatsschutzstellen in die Öffentlichkeit lancierten Meldungen, die RAF würde als Konsequenz für den Tod der vier Gefangenen jeweils ein vollbesetztes Flugzeug abschiessen, als Produkte der psychologischen Kriegsführung denunziert sind, die in der reaktionären Konditionierung der Gesellschaft auf Legitimation für weitere tote Gefangene und dem staatlichen Faschismus aus sind."

HUNGERSTREIKERKLÄRUNG VON GABRIELE KRÖCHER–TIEDEMANN UND CHRISTIAN MÖLLER

ZÜRICH, 14. März 78 *Am 10. März haben die beiden Gefangenen einen unbefristeten Hungerstreik begonnen. In einer Pressemitteilung geben sie ihre Forderungen bekannt. Wir veröffentlichen Auszüge aus der Erklärung.*

„Wir fordern:

1. Die Aufhebung der Isolationsfolter
2. Die Verlegung in Normalzellen und die Aufhebung der Spezialabteilung im 4. Stockwerk des Amtsgefängnisses Bern.
3. Die Zusammenlegung der politischen Gefangenen untereinander.
4. Die Abschaffung der Fernsehkamera–Überwachung der Zelle, d.h. die Beendigung des Versuchs, uns zu psychiatrisieren. Die Behauptung, wir seien selbstmordgefährdet, dient sowohl diesem Zweck als auch dem der präventiven Tarnung unserer eventuellen Hinrichtung als Selbstmord.
5. Die uneingeschränkte Zulassung der Besuche unserer Anwälte.
6. Die Abschaffung der Trennscheibe bei den Anwaltsbesuchen.
7. Mindestens 30 Minuten Hofgang täglich im Freien.
8. Die Aufhebung der Informationssperre durch Zulassung von Zeitungen, Zeitschriften und Radio.
9. Die uneingeschränkte Bewilligung von Besuchs- und Briefkontakten mit Freunden.

Wir fordern die Einsetzung eines internationalen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Morde in Stammheim und Stadelheim. Die Einsetzung irgendwelcher weiterer Repressalien wird von uns mit einem Durststreik beantwortet.
Wir sind solidarisch mit den Forderungen der Gefangenen aus den Guerilla in der BRD, Holland und Österreich.
Wir sind solidarisch mit den Forderungen der Gefangenen aus Marokko, die sich zur Zeit ebenfalls im Hungerstreik befinden.

Bern, im März 1978
Die Gefangenen aus der Bewegung 2. Juni in Bern"

Kontakt über Rechtsanwalt H. Zweifel, c/o Anwaltskollektiv Badenerstr. 89, CH–8026 Zürich.
Anschrift der Gefangenen: Amtsgefängnis Bern.

ZUR SITUATION VON G. KRÖCHER–TIEDEMANN UND C. MÖLLER

ZÜRICH 6. März *Vom Komitee gegen Isolationshaft erhielten wir folgende Pressemitteilung:*

„Das 1975 eröffnete neue Untersuchungsgefängnis im Amtshaus Bern stellt eine Hochburg der perfektionierten Isolation von Gefangenen dar.

Für praktisch alle Gefangenen gilt: Einzelhaft (ca. 23 1/2 Stunden allein pro Tag völlig isoliert) in einer Zelle, deren Milch-

glasfenster mit kleinem Sehschlitz nie geöffnet werden können, 20 Minuten Spaziergang pro Wochentag in einem geschlossenen Raum mit Glastrennscheibe (jeglicher physischer Kontakt — wie Händedruck — ist verunmöglicht). Kurz: Ein "so supermodernes Gefängnis, daß jeder Einzelne maximal isoliert ist. Es ist härter als früher im Berner Bezirksgefängnis eine Strafe abzusitzen oder auf den weiteren Gang des Verfahrens zu warten" (so Gerichtspräsident Schweingruber gemäß "Der Bund" vom 21. Mai 1977).

Seit 20. Dez. 1977 sind hier auch die beiden deutschen Gefangenen Gabriele Kröcher-Tiedemann und Christian Möller inhaftiert. Die extremen Haftbedingungen, denen alle unterworfen sind, wurden bei ihnen noch folgendermaßen verschärft: Unterbringung in einen toten Trakt (der 4. Stock wurde evakuiert), während über 2 Monaten Tag und Nacht grelles Licht in der Zelle (seit kurzem "nur" noch während ca. 17 Std. pro Tag), ständige TV-Überwachung, Rauchverbot, Zeitungs- und Radioverbot, Abnehmen der Uhr, keine eigenen Kleider, Übermalen des kleinen Sehschlitzes im Milchglasfenster, zeitliche Beschränkung der Verteidigerbesuche, die im übrigen auch noch hinter einer Trennscheibe stattfinden.

Wissenschaftliche Ergebnisse belegen eindeutig, daß die Isolation eines Menschen u.a. die Hirnfunktion stark beeinträchtigt und ähnliche Folgen wie sie von den "Gehirnwäsche"-Techniken bekannt sind, bewirkt. Dies kann nur als Folter im Sinne von Art. 3 MRK bezeichnet werden.

Der Versuch unserer Behörden, diese Folter-Methoden mit dem Haftzweck (Verhinderung von Flucht- und Verdunkelungsgefahr) zu begründen, überzeugt nicht. Vielmehr wird immer offensichtlicher, daß es nur darum geht, den Widerstand der Gefangenen zu brechen, um Geständnisse zu erzwingen und die physische und psychische Integrität sowie politische Identität zu zerstören.

Das Komitee gegen Isolationshaft fordert die sofortige Aufhebung der besonderen Haftmaßnahmen bei den beiden deutschen Gefangenen."

Das Komitee hat einen Bericht über das Berner Gefängnis verfaßt: "Wird im Berner Amtsgefängnis gefoltert? ", in dem ausführlich über die Haftbedingungen von Gabriele Kröcher-Tiedemann und Christian Möller berichtet wird.

Komitee gegen Isolationshaft, Postfach, 8021 Zürich, Tel. 427530

INTERNATIONALES

GEWALT INNERHALB DER ITALIENISCHEN LINKEN

MAILAND
5. MÄRZ

Die Auseinandersetzungen innerhalb der italienischen ‚Bewegung' haben inzwischen den Grad physischer Gewalt und gefährlicher Schlägereien erreicht.

Die MLS (eine ‚gemäßigt maoistische', stalinistische Gruppierung, vergleichbar mit dem hiesigen KBW) hat in den letzten Wochen die Order an ihre Militanten ausgegeben, die Autonomisten (area dell' Autonomia) „politisch und physisch zu isolieren". Seitdem gibt es am laufenden Band in verschiedenen italienischen Städten Schlägereien zwischen Anhängern dieser beiden Richtungen. Die Gewalt der militanten Genossen (oder was?) richtet sich gegen sie selbst. Nachdem die Träume von sofortiger Machtaneignung und Insurrektion endgültig am Ende sind, schlägt die Machtlogik nach innen los.

Die Schlägereien bleiben nicht auf den Klinsch zwischen MLern und Autonomen, die sich gegenseitig die Hegemonie an politischen Aktivitäten an den Schulen — hauptsächlich in Mailand — streitig machen, beschränkt. Ende Februar zum Beispiel wurde in Mailand eine Gruppe von Symphatisanten von Lotta Continua von 50 MLS-‚Genossen' mit Steinen und Schraubenschlüsseln angegriffen, als sie gerade Plakate klebten, die sich gegen die Gewalttätigkeiten der MLS wendeten. Bei diesem Angriff wurde ein 36-jähriger Genosse, der in dem Stadtteil wegen seiner Wandmalereien an besetzten Häusern bekannt ist, lebensgefährlich verletzt.

STADTBAHN IN WIEN ENTFÜHRT

WIEN
14. März

Mittwochabend — am ersten März warteten etwa hundert Leute an der Haltestelle der Stadtbahn (Schnell-Bahn) in Hitzing, um in Richtung Hütteldorf zu fahren. Der 18.27 Uhr eintreffende Zug fuhr aber nicht bis zur Endhaltestelle, sondern hätte fahrplanmäßig in das Bahndepot fahren müssen. Als der Zugführer sagte: „Endstation, bitte alles aussteigen!" geschah das Unerwartete. Die Passagiere verständigten sich mit den anderen, die draußen noch warteten und auch weiterfahren wollten, gemeinsam brachten sie den Zug in ihre Gewalt. In Hütteldorf bei der Endstation angekommen, war die Entführung beendet. Die Wiener Stadtwerke dementierten alles, vermutlich haben sie Angst vor Lernprozessen wartender Fahrgäste.

USA: ZUM BERGARBEITERSTREIK

Die Forderungen: Streikautonomie – Sicherheit – Gesundheit
Die Reaktion: Streikverbot – Gerichte – Militär

"Zuerst versuchen sie Dich auszuhungern, dann setzen sie Polizeikräfte ein, dann versuchen sie Dir einen lumpigen Vertrag anzudrehen, dann benutzen sie die Massenmedien, dann das Militär und schließlich Taft–Hartley".
Mit diesen Worten faßte einer der streikenden Bergarbeiter aus den amerikanischen Kohlegruben die Reaktionen der Herrschenden auf den längsten Bergarbeiterstreik in der Geschichte der USA zusammen.
(Liberation News Service = "LNS", 17.2.78)
Unterdessen ist es soweit: Carters Regierung hat sich entschlossen unter dem gesetzlichen Schutz der aus dem Jahre 1947 stammenden Taft-Hartley-Act die seit dem 6. Dez. 1977 streikenden 160 000 US-Bergarbeiter zur Arbeit in den Minen zu zwingen.
Das Taft-Hartley-Gesetz besagt, daß streikende Arbeiter zunächst für 80 Tage - für eine "Abkühlungsphase" zur Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen werden können, wenn nach gescheiterten Verhandlungen "lebenswichtige Industriezweige bedroht" sind.
Die Regierung kann demnach bewaffnete Staatstruppen einsetzen, um weiterhin Streikende zur Arbeit zu zwingen, bzw. zu verhaften.
Trotz dieser Drohung, die weitere blutige Auseinandersetzungen ankündigt, sind die Bergarbeiter fest entschlossen, von ihren Forderungen nicht zurückzuweichen.
Sie fordern:
- lokales, autonomes Streikrecht, wenn die Minenbesitzer Sicherheits- und Gesundheitsbestimmungen verletzen
- Sicherung des Gesundheits- und Rentenfonds und deren Unabhangigkeit von der Menge der geförderten Kohle und den geleisteten Arbeitsstunden
- Einsatz eines gewählten Commitee-Man (Betriebsrat vergleichbar), der nur für Sicherheits- und Gesundheitsfragen zuständig sein soll und jederzeit die Grube aus Sicherheitsgründen schließen kann.

Lohnforderungen, ca. 30% für die nächsten 3 Jahre, spielen auch bei diesem Streik eine untergeordnete Rolle.
(Zu den Hintergründen und Besonderheiten der bundesweiten Streikwelle in den letzten Monaten in den USA siehe auch ID 213)

Streikhindergründe: Über 500 tödliche Unfälle – qualvoller Tod bei Tausenden von Staublungenkranken

Bereits in den Jahren 1976/77 wurde in Hunderten von Kohlegruben des Landes vereinzelt wild gestreikt.
Die Versuche der Regierung beim nationalen Energieverbrauch den Ölanteil zu drosseln haben sich auf extreme Arbeitshetze, Intensivierung der Arbeit und Rationalisierungsmaßnahmen in den Kohleminen ausgewirkt. Dies besonders im Osten und Westen des Landes, wo über 90% der Energie aus Kohle gewonnen wird.

Über 500 Tote bei Grubenunglücken in den letzten 4 Jahren, Tausende von Staublungenerkrankungen, die vor allem bei den alten Minenarbeitern einen qualvollen Tod zur Folge haben, verweisen auf die Arbeitsbedingungen, die die Bergarbeiter nicht mehr länger hinzunehmen bereit sind.

Zudem: Bei Streiks stellen die Minenbesitzer die Zahlungen in den Gesundheits- und Rentenfond ein. Es besteht das System, daß diese Zahlungen von der geförderten Kohle und der geleisteten Arbeit abhängig sind.
Dadurch ergibt sich folgende absurde Situation: Die durch Streik ausgetragene Kritik an den Arbeitsbedingungen wird mit dem Entzug der Gesundheits- und Altersfürsorge bestraft.
Dazu einige Auszüge aus einem Interview mit einem streikenden Bergarbeiter:
"Ich denke die Minengesellschaften sollten langsam begreifen, daß wir keine Horde von Tieren sind. Wir sind Menschen. Wir haben in den Minen hier den gefährlichsten Job – bei dieser Arbeit gehts ums Überleben. Die Gesetze zum Schutz gegen die Staublunge schieben sie nun schon 7 Jahre in Washington hin und her. Es gibt eine ganze Menge Minenarbeiter, die in ihrem Totenbett liegen und wegen ihrer Staublunge kaum arbeiten können. O Gott, ich kenne eine ganze Menge, die an der Sauerstofflasche zu Hause hängen."

Seit Beginn des Streiks haben sie nun auch die Gesundheitsfürsorge eingestellt.
Es gibt eine Menge Minenarbeiter, die 25, 30 gar 40 Jahre in den Minen arbeiten, die wirklich an dem Gedanken sterben, wenn sie das Bißchen, was sie gespart haben den Bach runter gehen sehen. Eine größere Krankheit für einen Monat würde ihnen alles nehmen. Sie leben wirklich unter einem ungeheuren Druck. (LNS 78)

Zur Organisationsform und Militanz des Streiks

Kaum ein Tarifvertrag ist bei den Bergarbeitern während der letzten drei Jahresrythmen ohne Streik abgeschlossen worden.
Viele der jetzt Streikenden verfügen über Streikerfahrungen und können sich gut an die vielen faulen Kompromisse erinnern, die sie in den letzten Drei-Jahresrythmen der Tarifverträge eingegangen sind.
Bereits vor dem Streik war bekannt, daß die Minenbesitzer, wie bei drohenden Streiks in USA üblich, Kohlevorräte für mindestens drei Monate zurückgelegt hatten.
Da die Gewerkschaft kaum Streikgelder zahlen kann und zudem beim Streik die Minenbesitzer die Einzahlungen in die Gesundheits- und Rentenkasse einstellen, mußte dieser auf kompromißlose Erfüllung der Forderungen ausgerichtete Streik gut vorbereitet werden.
Bereits bei den vereinzelten lokalen Streiks im vorigen Jahr wurden gut organisierte Streiklokale eingerichtet.
Um den Streik auch finanziell durchstehen zu können, wurden Härtefonds eingerichtet, aus denen Gelder für die Abdeckung von Minimalbedürfnissen, die wichtigsten Rechnungen und für Arztkosten bezahlt werden können.
Die verschiedenen Aufgaben wie Streikposten, Kinderfürsorge, Gelegenheitsarbeit zur Aufbesserung der Streikkasse werden im Rotationsverfahren durchgeführt.
An vielen Orten haben sich die Frauen in Clubs zusammengeschlossen, um die klassische individualisierende Heimarbeit zu kollektivieren, um dann den Streik besser unterstützen zu können.

Die militanten Aktionen der Streikenden werden durch zwei Tatsachen hervorgerufen:
–Die großen Kohlekonzerne verfügen über bewaffnete Schutztruppen, die oft den bezahlten Streikbrechern den Weg zur Arbeit freizuschießen bereit sind.
–Nur ca. 50% der US-Kohle wird von Gewerkschaftsmitgliedern gefördert.
Man kann sich das Gefühl der Bergarbeiter vorstellen, wenn nach 100 Tagen unter großen Entbehrungen geführten Streik immer noch Kohle an ihnen vorbeirollt.
Mittels Straßenblockaden, bewaffneten Angriffen und gezielten Sprengungen versuchen die Streikenden den Transport von Kohle aus Streikbrecherbetrieben und den Nachschub von Streikbrechern und Ordnungstruppen zu verhindern.
Bei diesen Auseinandersetzungen wurde 2 Bergleute getötet, über 500 verletzt; gegen einige Bergleute wurden längere Gefängnisstrafen verhängt.
Unterdessen sind die näheren Umstände des Todes von einem am Streik Beteiligten bekannt, geworden.
Der 65-jährige Rentner Mack Lewis hatte über 30 Jahre in den Minen gearbeitet. Er blieb auch als Rentner der Gewerkschaft eng verbunden. Täglich ging er zur Streikpostenkette auf der Schnellstraße in der Nähe seines Hauses in Floyd County, Kentucky. Am Morgen des 6. Januar verließ er das letzte Mal sein Haus um seinen Streikenden Kollegen zur Seite zu stehen.
Der Augenzeuge Marvin McKinney berichtete dem "Guardian" was danach geschah:
"Mack kam wie jeden Morgen mit Kaffee und belegten Broten für die Streikposten. Er hatte seinen Wagen abgestellt, stieg dann aus, kam zu uns und fragte uns, wie es uns ginge. Dann sah er Ralph Anderson von der Diamond Coals Co.-Schutztruppe und sagte zu ihm: 'Du solltest lieber drüben auf Deiner Seite sein anstatt hier bei den Streikposten!' Anderson ging ein paar Schritte zurück, zog sein Gewehr und schoß dann mehrmals auf Mack, so schnell er den Abzug bedienen konnte. Mack hatte schließlich 5 Kugeln in Körper."
Mack Lewis war unbewaffnet wie alle Streikposten. Er starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Macks Bemerkung war insofern berechtigt, als bekannt war, daß Anderson sich als Spitzel öfters in der Nähe von Streikposten aufhielt um danach der Polizei und den Minenbesitzern Hinweise über Akteure und Aktivitäten zu geben. Er arbeitete für die Diamond Coals Co. Dort durften nur Nicht-Gewerkschaftsmitglieder arbeiten.
Den Versuchen gegen den Streik dort viel Kohle zu fördern wurde erfolgreich entgegengewirkt: Die Streikenden haben die Zechen dieser Minenbesitzer vorläufig stillgelegt.
Mack Lewis gehörte zu den vielen Rentnern, die den Streik aktiv unterstützen. Ab 1. Februar sind den Rentnern (81 000 Bergarbeitern) die 250 Dollar Rentenzuschüsse gestrichen worden.
"Hier sind viele von den alten dabei. Sie sind nahe dran alles zu verlieren, was sie haben; viele von ihnen wissen, daß sie sowieso in paar Jahren an der Staublunge sterben werden – sie können sich ausrechnen, was sie zu verlieren haben. Sie sind eine große Unterstützung für den Streik und sie werden die letzten sein, die zurückweichen" sagte ein Streikender zu LNS am 13.2.78.

Der Tod von Mack Lewis hat sich schnell unter den Streikenden verbreitet und direkte Aktionen gegn Streikbrecherbetriebe zur Folge gehabt. Am nächsten Tag wurden mehrere Streikbrecherbetriebe stillgelegt. In Rockport stürmten 500 Bergarbeiter die Verladeanlage der B&M Coal Co. am Ohio River.

Dort sollten große Mengen Streikbrecherkohle verschifft werden. Mehrer LKWs, die Laderampen und Teile des Verwaltungsgebäudes wurden vorläufig gebrauchsunfähig" gemacht.
Im ganzen Streikgebiet gibt es seitdem heftige Zusammenstöße zwischen privaten Schutztruppen der Konzerne und Polizeikräften auf der einen Seite und den Streikenden auf der anderen Seite. (Challenge 19.1., 2,2.78

Stearns: Streik im 20. (zwanzigsten) Monat

160 Bergarbeiterfamilien befinden sich inmitten dieses nationalen Streiks im 20. Streikmonat und gelten vielen der Bergarbeiter als mutmachendes Vorbild.
Bis heute ist die bestreikte Blue Diamond Coals Co. nicht bereit, den Forderungen der Streikenden nach verbesserten Schutzbestimmungen, Sicherung der Gesundheits- und Rentenfonds sowie Absicherung des Streikrechts bei Verletzung der geforderten Bedingungen nicht erfüllt. Trotz wiederholter Einsatzversuche von extra angeheuerten Streikbrecherkolonnen, trotz verschiedener Polizeieinsätze, mehreren Verhaftungen und Gerichtsurteilen streiken die Familien entschlossen weiter.

Hier ist zu Recht von streikenden Familien die Rede: zur finanziellen Absicherung des Streiks (es gibt weder Streikgelder noch Gesundheitsunterstützung - die Sozial- und Lebensmittelkartenzahlungen des Sozialamtes sind gering) müssen im Rotationsverfahren, nach dem auch alle weiteren Aufgaben erfüllt waren, einzelne Familienmitglieder für kurze Zeit über tausend Meilen fahren, um durch Teilzeitjobs die Solidaritätskasse aufzufüllen.
Durch Einsatz aller Kräfte, Frauen, Kinder und Rentner, konnte bisher der Widerstand so entschieden und erfolgreich geführt werden.

Anlaß des Streiks war der Tod von 26 Minenarbeitern in einer Kohlenmine in Scotia/Kentucky im März 1976. Diese Mine gehört der Blue Diamond Co., die kurz darauf die Justus Mine in Stearns übernahm. Kurz nachdem der Streik begonnen hatte, gründeten die Frauen der streikenden Familien einen Women Club. Sie haben sich ein Haus eingerichtet. Mehrfach ist dieses Haus unterdessen beschossen worden. Die Frauen organisieren dort gemeinsame Verpflegung, starten verschiedene Aktivitäten, um die Streikkasse aufzufüllen. Weiterhin werden dort gemeinsame Streikaktivitäten vorbereitet, organisiert und nachbereitet, wie z.B. Straßenblockaden gegen Transport von bezahlten Streikbrechern oder Schutztruppen.

Linda Waters in einem Gespräch zu LNS:
„Als diese 26 Männer getötet waren, das berührte jede Person, die etwas mit Kohlebergwerken näher zu tun hatte. Wenn Du nicht in den Bergwerken arbeitest, mißt Du dem vielleicht nicht eine solche Bedeutung zu. Du hörst, daß da Leute getötet worden sind und sagst: 'das ist aber schrecklich'. Aber Du denkst nicht weiter darüber nach, es sei denn, Du hast zu jemand, der dort getötet worden ist, eine nähere Beziehung. Aber wenn jemand aus Deiner Familie dort arbeitet und Du lebst hier mit diesen Problemen, dann kannst Du alles verstehen...

... Das mit dem Streik war wirklich eine harte Entscheidung für uns. Unser Haus z.B. war gerade fertig und wir waren gerade dabei, Möbel zu kaufen und die fünf Kinder hatten so ziemlich alles. Mein Mann brachte damals 317 Dollar in der Woche für sechs Tage Arbeit heim. Und wir wußten, was wir verlieren könnten.
Aber ich glaube nicht, daß es da irgendwelchen wirklichen Zweifel gab, sich gewerkschaftlich auf den Streik einzulassen, auch wenn wir das Haus, den Wagen und alles verlieren würden. Denn was hätten wir, wenn er plötzlich nicht mehr da wäre? Und ich glaube, das gilt für viele andere hier, denn wir kennen andere Familien, die die gleichen Überlegungen anstellen.
Wir wollen nicht, daß jemand irgendetwas verlieren muß. Aber wir wollen auch nicht, daß jemand getötet wird. ... Es geht um unsere Zukunft."

Durch die gemeinsamen Aktionen, die Aktivitäten der Frauen, haben sich in Stearns während des 20-monatigen Streiks auch die Beziehungen der Geschlechter geändert: „Nun, wo mein Mann öfters zu Hause ist, da merkt er, was das für eine Arbeit mit den fünf Kindern ist. Ich sagte ihm: 'Nun begreifst Du einiges'. Wenn er mit den Kindern nicht klarkommt und er sagt: 'Junge (?), ich will wieder zurück zur Arbeit', dann sage ich: 'Das geht jetzt uns beide was an."
Linda Waters ist überzeugt, daß in dem Frauen-Club auch nach dem Streik weiter Selbsthilfeaktionen für die Gemeinschaft durchgeführt werden.

Entschiedene Kritik an der Gewerkschaftsspitze

Bereits nach dem letzten Tarifvertrag 1974, dessen Originaltext erst Wochen nach Abschluß den Mitgliedern bekannt wurde, hatte sich deutliche Kritik der Gewerkschaftsbasis kundgetan. Auch damals ging es um die Sicherheitsbestimmungen in den Kohlegruben. Anstelle von Streikrecht bei Verletzung der Arbeitsplatzsicherheit sah dieser Vertrag ein kompliziertes Beschwerdesystem und bürokratische Schlichtungsverfahren vor. Sogenannte Schiedsmänner entschieden, wenn überhaupt, fast immer gegen die Interessen der Arbeiter.
Deutlicher Ausdruck dieser Kritik war ein Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades von ca. 75% auf 50% in den Jahren 1974 bis 1977.

Wie groß die Kluft zwischen Gewerkschaftsspitze und der aktiven Basis ist, zeigt z.B. die Tatsache, daß der Vorsitzende der Bergarbeiter-Gewerkschaft, Miller, während der kritischen Verhandlungsphase in Stearns Anfang Februar zwei Gewerkschaftsvertreter, die bei der Organisation des Streiks eine bedeutende Rolle spielten und dort dringend gebraucht wurden, telegrafisch abberufen hat. Die zwei anstelle der Abgerufenen von Miller gesandten Funktionäre hatten mit ihren Kompromißvorschlägen bisher keinen Erfolg.

Der Riß zwischen der Gewerkschaftsführung und der streikenden Basis wurde im Rahmen der Tarifverhandlungen des nationalen Streiks Ende Februar noch tiefer. Wie 1974 versuchte auch diesmal Miller einen nur in Auszügen bekannten Kompromißvorschlag vorzulegen. Als bekannt wurde, daß dieser Vertrag nicht nur die zentrale Forderung nach Streikautonomie nicht erfüllte, sondern gar vorsah, daß die an wilden Streiks Beteiligten mit einer Geldstrafe von 20 Dollar bestraft werden sollten, Initiatoren von Streiks sofort entlassen werden sollen und aktive Streikposten für 30 Tage ohne Bezahlung ausgesperrt werden sollen, da wagte selbst die Tarifkommission es nicht, diesen Vertrag der Basis zur Abstimmung vorzulegen und wies ihn mit 32 zu 7 Stimmen zurück. Als Einzelheiten des bis heute nicht vollends bekannten Entwurfs zu den Streikenden durchsickerten, gab es Äußerungen wie: „Wenn die uns den Vertrag vorgelegt hätten, wir hätten ihn unter den Tisch gelacht", oder: „Wir haben das Gefühl, daß die Leute am Verhandlungstisch die letzten Monate nur auf dem Klo gesessen haben. Sie ignorieren einfach die Probleme, die wir ihnen klar gezeigt haben. Es ist völlig unverständlich, wie sie solch einen Vertrag der Tarifkommission zur Unterzeichnung vorlegen konnten" (LNS 10.2.78).

Während des gesamten Streiks wurden die Streikenden, selbst die Distrikt-Funktionäre, über den Stand der Verhandlungen im Dunkeln gelassen. Zur Zeit läuft eine Absetzungskampagne unter den Streikenden. Bereits nach wenigen Tagen hatten 13.500 Gewerkschaftsmitglieder eine Resolution unterschrieben, die die sofortige Absetzung von Miller verlangt. „Unsere Hauptforderung ist das Recht zu streiken. Jetzt legt er einen Vertrag vor mit einer Streikverbotsklausel, schlechter als in irgendeinem Industriezweig. Das, was der Miller vorher versucht und nicht geschafft hat, ist ihm jetzt gelungen: er hat die Minenarbeiter zusammengebracht - die Jungen, die Alten, die Liberalen, sogar die Säuglinge. Wenn er jetzt kommt und will uns erzählen, daß das ein guter Vertrag ist, dann kann man verstehen, daß die Minenarbeiter ihn nicht mehr an der Spitze der Gewerkschaft haben wollen.
Das letzte, was er tun konnte, war uns zu sagen: 'Hört Leute, die wollen die Gewerkschaft kaputtmachen; ich kann Euch keinen besseren Vertrag geben, weil ihr sonst gar keinen kriegt'. Ich glaube, niemand versucht nach 60 Verhandlungstagen solch

einen Vertrag vorzulegen, es sei denn als Versuch, die Gewerkschaft zu zerschlagen. Und ich sage Dir, sie versuchen die Gewerkschaft zu zerschlagen."

Angesichts des Drucks durch die Regierung: Arbeitszwang mit Militär, Gerichten und Gefängnissen, sehen die Bergarbeiter bei der Frage nach der weiteren Perspektive auch nur eine Chance: Ausweitung und Unterstützung des Streiks durch andere Gewerkschaften. „Wenn wir jetzt mit diesem vorgelegten Vertrag zu den Automobilarbeitern und Stahlarbeitern gehen, dann werden sie sagen, daß sie verstehen, daß wir damit nicht wieder an die Arbeit gehen. Denn wenn sie zulassen, daß so etwas mit den Kohlearbeitern passiert, dann passiert das auch bald mit den anderen Arbeitern."

Die Stahlarbeiter haben von Anfang an die Bergarbeiter finanziell im Streik unterstützt. Die streikenden Landarbeiter haben Lebensmittel zu den Streikfonds geschickt. Die Kontakte der Bergarbeiter zu anderen Teilen der Arbeiterbewegung haben sich in den letzten Wochen intensiviert.

Letzte aktuelle Meldung:
Die Gewerkschaftsführung hat am letzten Wochenende entschieden, sich dem Taft-Hartley (Anti-Streik-)-Gesetz zu beugen.
Am Montag, dem 13. März, haben die streikenden Bergarbeiter kein Gramm Kohle gefördert!!!!!

(Quellen: Socialist Challenge, London / Guardian, New York / LNS, New York)

GESETZE GEGEN RECHTE DER INDIANER UND INDIANISCHER PROTESTMARSCH DURCH DIE USA

SACRAMENTO/KALIFORNIEN MÄRZ 1978

Die anti-indianische Einstellung existiert, seit die Nichtindianer kamen, um das Land zu nehmen. Sie manifestiert(e) sich in offenem Mord am indianischen Volk durch Krieg, Krankheit und gebrochene Herzen, sowie in vielen Formen des Ethnocidis (Völkermordes), dem Verbieten der indianischen Sprache, Kultur und Religion zugunsten eines nicht-indianischen Erziehungs- und Sozialisationsprozesses, dem Aufzwingen der Werte einer materiell und wettbewerbsorientierten Industriegesellschaft statt der traditionellen Stammesgesellschaft, sowie dem Fehlen von Arbeitsplätzen und adäquater Hilfe zur Verbesserung von Lebensbedingungen, die weit unter denen der übrigen Amerikaner liegen. Und schließlich das Fehlen von Respekt der Nichtindianer für Indianer als Menschen mit unveräußerlichen Rechten und einer eigenen Lebensweise, die gegründet ist auf dem Respekt und der Verantwortung füreinander und die gesamte Umwelt. Stattdessen wurde (und wird) in den Massenmedien und Schulbüchern das Stereotyp vom „unmenschlichen Wilden" geschaffen. — Die Assimilierung in den Schmelztiegel der amerikanischen Gesellschaft ist die subtilste und hartnäckigste Form: nicht länger Indianer, nur Amerikaner.

Eine Zeilang schien es, als sei auch dem halsstarrigsten Assimilationspolitiker klar geworden, daß ein großer Teil der indianischen Bevölkerung nicht für den US-amerikanischen Schmelztiegel gewonnen werden kann. „Self-determination" (Selbstbestimmung) wurde das Schlagwort. Aber angesichts der Energiepolitik der USA und der Tatsache, daß viele der letzten Resourcen der Nation auf Indianerland liegen (so z. B. 75 % aller großen Kohlevorkommen, 80 % des Wassers und schätzungsweise 60 % des Urans) wurde aus „Selbstbestimmung" wieder einmal „Fremdbestimmung".

Während die Indianerbewegung zunehmend stärker wird und sogar einige Gerichtsentscheidungen zu ihren Gunsten verbuchen konnte (in Washington, Maine und New York State) und die indianischen Nationen immer mehr internationale Sympathien für ihre Forderungen nach Anerkennung und Souveränität bekommen, wird zum Gegenschlag gerüstet: allen voran der „Interstate Congress for Equal Rights and Responsibilities", der aus rechtsgerichteten Kräften aus 12 Staaten — die mit Vereinigungen wie dem „Ku-Klux-Klan", der „John-Birch-Society" und ähnlichen Organisationen zum Teil in Verbindung stehen — besteht. Er verleiht den Interessen wohlhabender Geschäftsleute und Ranger und der kommerziellen Fischerei Ausdruck. Ihr Slogan: die verfassungsmäßigen Rechte aller Amerikaner müssen vor den Vertragsrechten einiger Amerikaner Vorrang haben. Ihr Ziel: Einschränkung oder Abschaffung indianischer Gerichtsbarkeit zugunsten uneingeschränkter Geltung staatlicher und kommerzieller Gesetze auch auf Indianerland, keine Vergrößerung der Reservationen und Stop der Vergabe von Bundesmitteln für ethnische Minderheitsgruppen.

Die Forderungen fielen auf fruchtbaren Boden, wie die anti-indianischen Gesetzesvorschläge zeigen, die in Arbeit sind:

Cunningham, Republikaner: *Vollständige und endgültige „Auflösung" (termination) des indianischen Volkes, d. h. keine Indianer mehr, sondern nur noch amerikanische Staatsbürger*

Meads, Republikaner: *Beschränkung der indianischen Gerichtsbarkeit sowie der Jagd- und Fischrechte*

Meads: *Reglementierung des indianischen Wasserverbrauchs, was faktisch indianisches Wasserrecht liquidieren würde*

Meads: *Schaffung einer Komission für indianische Fischrechte außerhalb der Reservation zum Ausverkauf der Handelsrechte*

Dingell: *Ermächtigung der Staaten zur Regulierung des Jagens und Fischens außerhalb der Reservate*

Cunningham: *Verbot des kommerziellen Verkaufs von Steelhead-Forellen der Indianer in den USA*

Walsh: *Beseitigung der Ansprüche von Indianern in New York State gemäß der Verträge*

Kennedy: *Erweiterung staatlicher und Bundesgerichtsbarkeit auf Reservate*

Das Passieren dieser Gesetze würde faktisch dem Ruf nach der sofortigen Aufhebung aller Verträge zwischen USA und den indianischen Stämmen gleichkommen und einen tiefen Einschnitt in das Leben jedes Indianers bedeuten.

So würden:

- *die indianischen Alternativ-Schulen (Survival-Schools) geschlossen werden und indianische Studenten würden aus Colleges und Universitäten vertrieben werden,*
- *indianische Kliniken und andere medizinische Projekte beendet werden,*
- *alle Häuserprojekte in den Reservaten abrupt gestoppt werden,*
- *die Stätten ihrer Religion nicht länger geschützt werden,*

(um nur einiges zu nennen) und schließlich:

- *durch die Aufhebung der indianischen Fisch-, Jagd- und Wasserrechte*
- *und durch die Übergabe vom sämtlichen Indianerland an die USA*

ihnen die unmittelbare Lebensgrundlage und kulturelle Eigenständigkeit entzogen werden.

Die Informationen in der nichtindianischen und auch in der indianischen Bevölkerung über das Ausmaß und die Folgen der Gesetzesvorschläge — Meads gibt sich den Anschein, als wolle er nur einige gesetzliche Ungereimtheiten klären — sind spärlich. Deshalb wurde am 17. November 77 in Sacramento, Kalifornien die „National Indian Coalition" gegründet. Um gegen die Gesetzesvorschläge zu demonstrieren, veranstalten

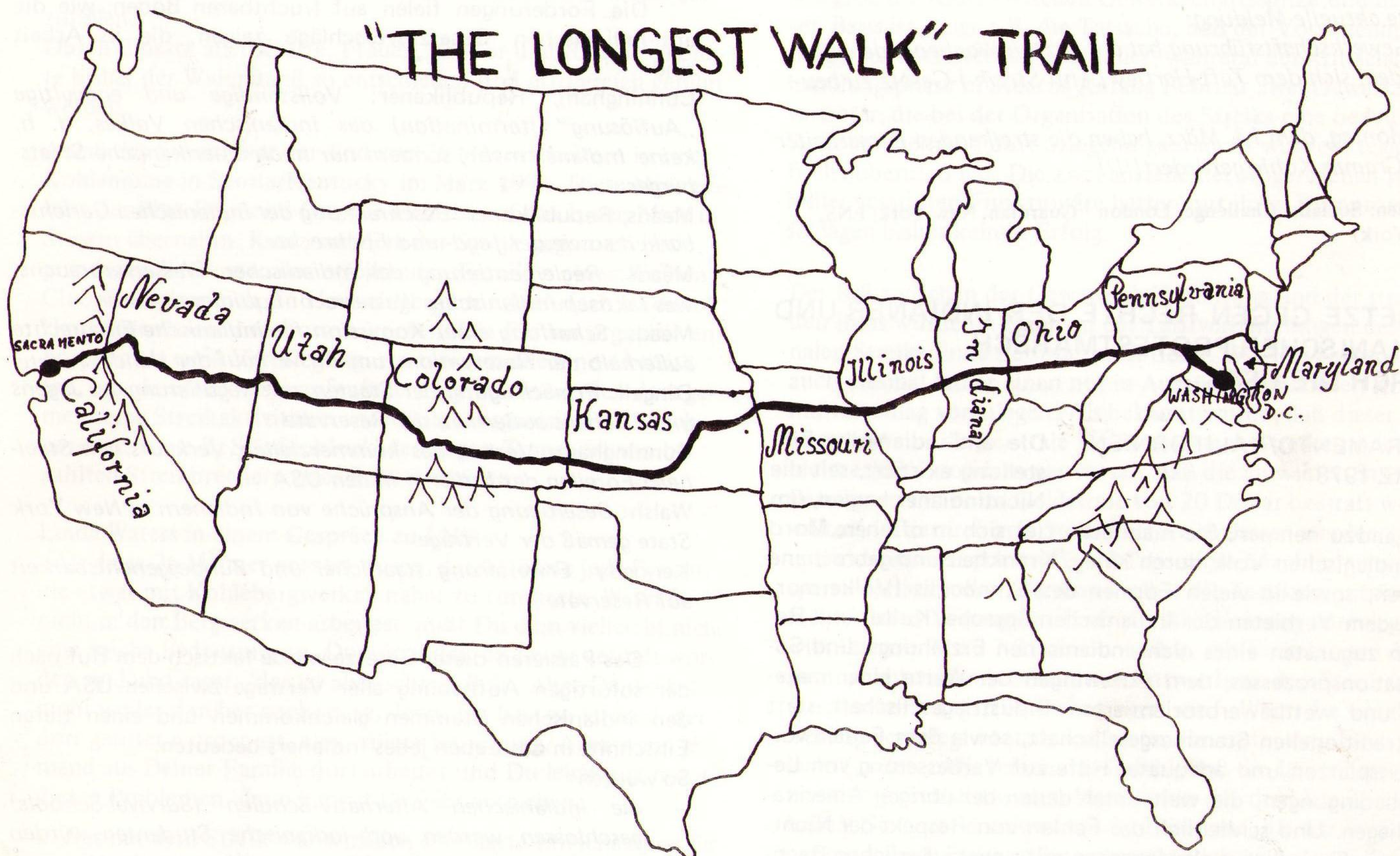
Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID-Nummer	Exemplare
		3

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID-Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !?!

Posteinlieferung des letzten ID: Freitag NR. 221



sie den „Longest Walk": Indianische Männer, Frauen und Kinder starteten am 11. Februar in San Francisko/Kalifornien zu einem Marsch quer durch die Staaten, der sie vorraussichtlich im Juli nach Washington D.C. bringen wird, wo sie mit Präsident Carter sprechen wollen.

Dennis Manks, einer der Veranstalter:
„Es gibt viele Dinge, die wir heute für die künftige Generation tun müssen. Viel wurde von der vergangenen Generation für uns getan. Darum laßt uns so handeln, daß unsere Ur-ur-Enkel in 100 Jahren auf unsere Aktionen zurückblicken können, ohne sich zu schämen. Wenn auch die Bedingungen, mit denen wir in den nächsten Tagen konfrontiert werden, nicht immer freundlich und angenehm sein werden, das soll uns nicht hindern. Wir müssen diesen Kampf überleben und ich glaube, wir werden es, ganz gleich, wie die Bedingungen sein werden."

Kontaktadressen: Gesellschaft für bedrohte Völker, Parkallee 18, 2000 Hamburg 13; und GfbV - Koordinationsgruppe Indianer, Blumenstr. 30 a, 8000 München 2

